Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien. Telefon: 0222/57-37-23. Redaktion: Rienößlgasse 12, 1040 Wien, Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. – Fr. 18 – 19.30 Uhr.

Pbb Erscheint 14-tägig am Donnerstag Preis S 5,-

5. Jän. 1978 3. Jhg. Nr. 1

Es ist soweit: Ab 10. Jänner werden Brennelemente angeliefert

Kein Uran nach Zwentendorf! Keine Inbetriebnahme!

Am 23.12.1977 hat das Gesundheitsministerium der GKT (Betreibergesellschaft des AKW Zwentendorf) die „1. Teilgenehmigung zur Handhabe von unbestrahlten Brennelementen für den Erstkern" erteilt. Damit hat die Regierung endgültig grünes Licht für den Antransport der Brennelemente für das Atomkraftwerk Zwentendorf gegeben.

Ein von uns nach Hanau/BRD entsandter Kundschafter hat mitgeteilt, daß ab den frühen Morgenstunden des 10. Jänner mit der Anlieferung zu rechnen ist.

Schon am 13. April 1977 (Ergänzungsbescheid 28. April 1977) hat das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung „einvernehmlich mit der Niederösterreichischen und Salzburger Landesregierung" die erforderliche Transportgenehmigung auf dem Straßenweg erteilt.

Der Antransport war ursprünglich für September 1977 und auf dem Straßenweg geplant. Mit LKW's sollten die insgesamt etwa 90 Tonnen zu Fuhren von je 18 Tonnen über drei Monate hinweg angeliefert werden. Damals kam es nicht dazu: Der massive Widerstand und die Kampfentschlossenheit der Bewegung gegen Atomkraftwerke waren es vor allem, die der Regierung und den Behörden einen Strich durch die Rechnung machten.

Nach wie vor ist es der Bundesregierung offenbar zu brenzlig die Brennelemente per LKW über Passau nach Zwentendorf rollen zu lassen, wie es die GKT plant. Sie weiß nur zu gut, daß die Atomkraftwerksgegner entschlossene Kämpfer sind und sich auf große Teile des österreichischen Volks stützen können. Der 26. Oktober ist dem Bundeskanzler noch in guter Erinnerung. Darum bemüht er sich jetzt krampfhaft, die Anlieferung der Brennelemente *auf dem Luftweg* zu erwirken. Um alle „Risikofaktoren" auszuschalten müßten die Brennelemente mit großen Militärhubschraubern direkt ins Werk eingeflogen werden. Eine Landung auf den Flugplätzen Langenlebarn oder Schwechat mit anschließendem Straßentransport ins Werk böte nur weitere Ansatzpunkte für eine Verzögerung oder Verhinderung des Transports.

Der Hubschrauberplan heißt, daß die Anlieferung unter fast ausschließlicher Regie der Bundesregierung erfolgt. Die endgültige Entscheidung über die Transportart soll in den allernächsten Tagen auf höchster Ebene fallen.

Der ganze Zeitplan der Regierung ist leicht zu durchschauen. Beginnt die Lieferung am 10. Jänner und verläuft die Operation klaglos, dann ist das Atomkraftwerk in drei Monaten für den radioaktiven Probebetrieb bereit. Kurz davor wäre dann wohl die Parlamentsdebatte. Die Operation wird aber nicht klaglos verlaufen und bis zur geplanten Inbetriebnahme im Herbst 1978 ist noch einige Zeit in der sich der Widerstand und die Bewegung durch weitere Aktionen noch mehr stärken können. Der Kampf gegen die Anlieferung der Brennelemente ist jetzt die nächstliegende Aufgabe im Rahmen des Kampfs gegen die Inbetriebnahme. Der Hubschrauberplan muß zu einem Bumerang für die Regierung gemacht werden, auch wenn es ihr gelingt mit viel Polizeischutz den Einflug der Brennelemente über die Bühne zu bringen. In ganz Österreich müssen wir das Aufsehen, das die beginnende Lieferung erwecken wird nutzen, um den Kampf gegen die bürgerlichen Politiker und Parteien zu verstärken.

Der Innenminister Lanc orakelte im Herbst, als eine Demonstration zu ihm ins Ministerium marschierte und Aufklärung verlangte, daß, „wenn man jetzt die Brennelemente herbeischafft, bei der Bevölkerung nur der Eindruck entstehen würde, die Parlamentsentscheidung sei nur ein Nachgesang auf bereits getroffene Entscheidungen." So wird es auch jetzt sein. Erstens wird der Betrug mit der Parlamentsdebatte schon heute von vielen Tausenden Menschen durchschaut. Zweitens wird die Anlieferung der Brennelemente bewirken, daß noch viel mehr Menschen die hinterlistige und betrügerische Vorgangsweise der Regierung, ihre reaktionäre Politik durchschauen und bekämpfen.

Auch das geplante „Parteiengespräch" von SPÖ, ÖVP und FPÖ über Atomkraftwerke am 19. Jänner steht für die Teilnehmer unter keinem guten Stern, wenn gleichzeitig Hunderte und Tausende im selbständigen Kampf allen bürgerlichen Parteien eine Absage erteilen.

KEIN URAN NACH ZWENTENDORF!
KEINE INBETRIEBNAHME DES AKW!

4.1.1978

Aus dem Inhalt

Im Massenstreik schließen sich die Stahlarbeiter gegen die US-Bourgeoisie zusammen



Auf Seite 4 bringen wir ein ausführliches Interview mit einem Führer des im Dezember siegreich beendeten Metallarbeiterstreiks in Minnesota/USA.

Große Lohnrunde steht bevor:

Es geht um Fortschritte beim Aufbau einer Front gegen die Steigerung der Ausbeutung

Die ersten KV-Abschlüsse nach Mitte des Jahres 1977 waren Nachzüge einiger kleiner Branchen auf die Lohnrunde Anfang 77. Es gab - ohne viel Aufsehen - Lohnerhöhungen von 7,5% (Brauerei- und Zuckerindustrie) bis 10,4% (Lederwaren- und Knopfindustrie). Mit den Abschlüssen im Handel und in der Textilindustrie hat die Lohnrunde 77/78 begonnen (5,8% bzw. 4,8%). Auch die kaufmännischen Angestellten im Zeitungsbereich fallen da nicht aus dem Rahmen: 7,5% auf 18 Monate (!) sind nicht mehr als 5% auf das Jahr.

Diese Abschlüsse lassen einige Schlußfolgerungen zu, was die Arbeiterklasse bei der bevorstehenden großen Lohnrunde für 600.000 Arbeiter und Angestellte erwartet: Am 14.3. läuft der Metall-KV aus (für 330.000 Arbeiter in der Metall-, Bergbau- und Energieindustrie), am 31.3. die Kollektivverträge für 230.000 Industrie-Angestellte und für über 40.000 Chemiearbeiter. Die Kapitalisten haben sich auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen gut vorbereitet. Sie stützen sich dabei auf die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung, die ihr Vorgehen ebenfalls schon festgelegt hat.

Die Arbeiterklasse muß sich darauf einstellen, indem sie Fortschritte beim Aufbau einer Abwehrfront gegen die Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung erzielt.

Die verschärfte Gangart der Kapitalisten

Die propagandistische Vorbereitung der Lohnrunde 77/78 durch die Vertreter der Kapitalistenverbände hat ihr Vorgehen bei den Verhandlungen bereits abgesteckt:

1. Verschiebung der Geltungstermine mindestens um ein Vierteljahr
2. Keine (Brutto-)Abschlüsse über der Inflationsrate. In Branchen, die „in oder an den roten Ziffern" stehen, darunter.

(Stellungnahme der Bundeskammer vom 18. Oktober 77).

Weiters haben die Kapitalistenverbände die Orientierung auf eine Verlängerung der Laufzeiten und auf ein offensives Vorgehen gegen rahmen- und zusatzkollektivvertragliche Errungenschaften ausgegeben.

Sowohl die Handels- als auch die Textilkapitalisten sind voll auf dieser Linie aufgetreten: Bei einer offiziellen Inflationsrate von ca. 5,75% für 1977 bot der Handel 4,5% Brutto-Erhöhung der KV-Löhne, die Textilindustrie 2–4%! Beide mit 1.4.78 – was für die Beschäftigten im Handel eine Verzögerung um 3 Monate, für die Textilarbeiter um 5 Monate (Auslaufen des gültigen KV mit 31. 10. 77) bedeutet hätte. Durchgesetzt haben die Kapitalisten eine Verschiebung in der Textilbranche um 2 Monate (Inkrafttreten des neuen KV mit 1.1.78). Eine Verlängerung der Laufzeit ebenfalls in der Textilbranche und bei den Versicherungsangestellten im Innendienst (jeweils auf 14 Monate) sowie bei den Zeitungsangestellten (18 Monate!).

Nicht durchgesetzt in dieser Frage hat sich der Handel. Eine Aufgabe des traditionellen Geltungstermins 1.1. (mit Verhandlungen in der umsatzträchtigen Weihnachtszeit) hätte bedeutet, daß die Gewerkschaftsführung der Handelsangestellten selbst den letzten Anschein verloren hätte, daß sie etwas für die Beschäftigten erreichen will, und vor allem kann: Jedem Handelsangestellten ist klar, daß eine gewerkschaftliche Forderung im Februar/März bei den Kapitalisten keine andere Reaktion als Verwunderung hervorrufen würde.

In bezug auf die Lohn- bzw. Gehaltserhöhungen haben die Kapitalisten ebenfalls weitgehend ihre Vorstellungen durchgesetzt:

	Gew.Ford.	1.Angeb.d.Kap.	Laufzeit	Erhöhung	KV/IstErhöhung pro Jahr
Handelsangestellte	8,5% mind.450,-	4,5%	12	5,8%	KV5,8%
Handelsarbeiter	8,5% mind.450,-	4,5%	12		
Textilarbeiter	9% 11%	Ist2-4% Kv	14	4,8% 5,8% KV	Istca.4,1% Ist
Versicherungsang. (Innendienst)	9,6%	5,2%	14	durchschnittl.6%	5,1%
Kfm.Ang.im Zeitungsbereich	11,5% mind.1050,-		18	7,5% mind.520,-	KV5% KV

Fortsetzung auf Seite 2

Regierung Suarez öffnet Spanien weiter dem Imperialismus

Vergangene Woche hat die spanische Regierung ein Dekret erlassen, das ausländischen Banken gestattet, in Spanien Niederlassungen zu eröffnen. Die spanische Wirtschaft befindet sich, bedingt durch die schwere Weltwirtschaftskrise und die Verstärkung des Würgegriffs des Imperialismus um das Land, in einer katastrophalen Lage. Auch der Bankensektor ist schwer erschüttert. Ein gewaltiger Zentralisationsprozeß geht in ihm vor sich. Durch Fusionen haben die beiden größten Banken, die Banesto und die Banco Central, ihre Stellung gewaltig ausgebaut. Beide werden nach den Fusionen über ein Einlagekapital von fast 600 Milliarden Peseten verfügen. Sie befinden sich im Besitz zweier erzreaktionärer Familien der Oligarchie, die als Stützen des Frankismus gelten.

Bei den neueröffneten Banken spielen die US-Banken die erste Geige, aber auch britische, französische und vor allem westdeutsche kommen zum Zuge, wie die Dresdner Bank und die Deutsche Bank.

Ähnlich wie in den Bankensektor, ein bisher der Oligarchie vorbehaltener Bereich der Wirtschaft, dringt der US-Imperialismus in großem Ausmaß auch in die industrielle Agrarproduktion ein. Zum Beispiel haben amerikanische Agrarmonopole mehr oder minder die ganze Sherryproduktion unter ihre Kontrolle gebracht. Für die spanischen Volksmassen bedeutet diese weitere Auslieferung des Landes an den Imperialismus eine gewaltige Steigerung der Arbeitslosigkeit und des Elends. Dieses erreicht gegenwärtig seit -zig Jahren wieder Ausmaße echter Hungersnöte.

Kapitalexport der Sozialimperialisten in die Türkei

Am 19. 12. und am 27. 12. wurden sowjetisch-türkische Abkommen unterzeichnet, die eine beträchtliche Steigerung des russischen Kapitalexportes in die Türkei vorsehen.

Sie haben ein Aluminiumwerk in Seydisehir, ein Stahlwerk in Iskenderun und eine Raffinerie in Aliaga errichtet, und aus diesen Projekten, trotz türkischen Eigentums, gewaltige Profite gezogen. Jetzt sollen alle diese Werke durch russisches Material und Kapitallieferungen ihren Ausstoß verdoppeln bis verdreifachen. So soll das Aluminiumwerk seine Produktion verdoppeln, es wird aber weiterhin nicht in der Lage sein, verarbeitbares Aluminium herzustellen, sondern nur Rohaluminium, das dann in der UdSSR weiterverarbeitet und in die Türkei zurückexportiert wird. (Siehe Klassenkampf 22/77). Die Stellung der Türkei als Lieferant von Rohstoffen für die UdSSR verändert sich durch diese „Hilfe" nicht. Eine weitere Raffinerie soll am Schwarzen Meer gegenüber der sowjetischen Küste errichtet werden.

Die Russen haben auch Finanzierungshilfe angeboten, aus der sie dann zum dritten Mal aus derselben „Hilfe" Extraprofite ziehen werden. Zum ersten Mal bei der Lieferung der Anlagen, zum zweiten Mal aus den Liefer- und Abnahmeverträgen für die erzeugten Produkte und zum dritten Mal aus den Zinsen, die für die geliehenen Kapitalien gezahlt werden müssen.

Der Gesamtumfang der verhandelten Projekte beträgt 4 Milliarden Dollar.

In der Türkei wird die wachsende Verflechtung der türkischen verstaatlichten Industrie mit den sozialimperialistischen Monopolen, und die damit einhergehende Abhängigkeit von beträchtlichen Teilen der Nation abgelehnt und mit Unruhe verfolgt. Die Demirel-Regierung, die jüngst zurückgetreten ist, hat daher behauptet, die neuen Verträge würden „der Sowjetunion keine weiterreichenden Rechte einräumen".

Es geht um Fortschritte beim Aufbau einer Front gegen die Steigerung der Ausbeutung

Fortsetzung von Seite 1

Die Taktik der Gewerkschaftsführung

Die von Benya und anderen führenden Sozialdemokraten ausgegebenen Orientierungen für die gewerkschaftliche KV-Politik unterscheiden sich in nichts, außer in der Wortwahl, von den Vorstellungen der Kapitalistenverbände. Wie sollten sie auch: Sind doch er und seinesgleichen selbst Teil der herrschenden imperialistischen österreichischen Bourgeoisie, wenn auch ein besonderer Teil mit der speziellen Aufgabe, die Arbeiterklasse durch die Ideologie der Klassenversöhnung niederzuhalten und kampfunfähig zu machen und sie der Kapitalistenklasse zu unterwerfen. Die Gewerkschaftsführer sind entschiedene Vertreter aller Maßnahmen, die das österreichische Monopolkapital setzt, um sich im internationalen Wirtschaftskrieg zu behaupten, und so aus der Überproduktionskrise einen Ausweg zu finden. Natürlich sagt Benya nicht: „Abschlüsse unter der Inflationsrate", sondern: „Nur mehr 1–2% Reallohnerhöhung" (wie er auf diese Zahl bei 4,1% brutto aus Jahr für die Textilarbeiter kommt, ist zwar schleierhaft). Natürlich sagt er nicht: „keine rahmenkollektivvertraglichen und sozialpolitischen Verbesserungen", sondern: „Wir gehen in den Geldlohn". Natürlich sagt er nicht: „Sockel- oder Mindestbeträge verhindern das totale Absinken der unteren Lohngruppen und fördern die Herstellung der Kampfeinheit, daher weg damit", sondern: „sonst kommt es zu Nivellierungen und wird die Belohnung für Leistungsunterschiede immer minimaler" (Kurier, 16.12.77).

Das Prinzip der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik, die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Erfordernisse der kapitalistischen Profitwirtschaft äußert sich also in folgenden Richtlinien für die gewerkschaftliche KV-Politik:

1. Abschlüsse an der Inflationsrate unter weitgehender Berücksichtigung der Konkurrenzbedingungen der jeweiligen Branche.
2. Weg von den Mindest- und Sockelbeträgen.
3. „Anpassung" von sozial- und arbeitsrechtlichen Errungenschaften an die „Wirtschaftslage".

Diese Richtlinien wurden von den Führungen der verhandelnden Gewerkschaften, Sektionen und Fachgruppen im wesentlichen bereits in ihrem Forderungsprogramm eingehalten. (Daß kleinere, wie z.B. die Zeitungsangestellten, mit 11,5% und mindestens S 1.050,- in die Verhandlungen gingen, ist Ausdruck des dort unmittelbar wirkenden Drucks der Basis und hat sich schließlich auf das Ergebnis nicht auswirken können, da natürlich nicht die geringste Unterstützung höherer gewerkschaftlicher Organe zu erhalten war.) So haben die Vertreter der Handelsangestellten seit Jahren zum ersten Mal von vornherein keinen Schritt zur Durchsetzung der 5-Tage-Woche im Handel unternommen. So haben sie vollständig den Mindestbetrag (S 450,-) fallengelassen.

Nur auf dieser Grundlage war es überhaupt denkbar, daß dieses Jahr die Handelskapitalisten mit einem vierseitigen Forderungskatalog nach arbeitsrechtlichen Verschlechterungen (!) bei den Verhandlungen auftraten.

Nur auf dieser Grundlage kann man auch die Wahnsinnsforderung der Kapitalisten verstehen, daß die Arbeiter und Angestellten nicht nur selbst Beitragserhöhungen zur Sozialversicherung zahlen sollen, sondern daß bei Lohnerhöhungen von der Inflationsrate auf jeden Fall 0,7% für die Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge abzurechnen sind! (Bundeswirtschaftskammer am 18.10.77).

Nur auf dieser Grundlage ist zu verstehen, daß für die – früher immer höher bezahlten (auf Grund der Konkurrenz mit der Schweiz und der BRD) – 13.000 Arbeiter der Vorarlberger Textil-, Stickerei- und Bekleidungsindustrie heuer mit 5,6% auf den KV (Innerösterreich 5,8%) ab 1.2.78 (Innerösterreich ab 1.1.78) abgeschlossen wurde (Volksstimme 21.12.)

Auf derselben Grundlage wurde überhaupt erst der Vorstoß der Handelskapitalisten ermöglicht, die durch einen Zusatzkollektivvertrag für Salzburg garantierte 5%ige Überzahlung aufzuheben (Der Privatangestellte, 12/77).

So, wie sie mit diesem Vorstoß nicht durchgekommen sind, sind die Kapitalisten auch mit ihren ersten Lohn- bzw. Gehaltsangeboten nicht durchgekommen. So haben sie bei Versicherungs- und Zeitungsangestellten – wenn auch magere – Erhöhungen des Urlaubsanspruches zugestehen müssen, bei den Handelsangestellten einen 100%igen Zuschlag für Überstunden am Samstag-Nachmittag.

Die „Streikvorbereitungen"

Das sind keine großartigen Erfolge, aber sie weisen auf das Problem hin, das Benya für die bürgerliche Gewerkschafts-Politik so benannt hat: „Man muß es administrieren können". Natürlich wäre es den Sozialdemokraten am liebsten, wenn es wirklich so wäre, wie sie immer sagen: Daß die Arbeitnehmer die Belastungen .... zu tragen bereit sind" (Zentralvorstand der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie am 5.12.77). Dann wäre es zu „administrieren". Dann wäre die kampflose Kapitulation der Lohnabhängigen kein Problem. Da es aber nicht so ist, da die Gewerkschaftsführung immer stärker in die Zwickmühle kommt zwischen den Erfordernissen der kapitalistischen Krisenwirtschaft und den sich daraus ergebenden Zielen der Kapitalisten auf der einen Seite und den Interessen der Arbeiter und Angestellten auf der anderen Seite, deshalb ist sie wohl oder übel gezwungen, immer öfter Streikvorbereitungen zu treffen. Daß sie nicht wirklich auf Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse mit dem Mittel des Streiks aus aus, ist keine Frage. So schauen auch ihre „Streikvorbereitungen" aus (siehe Klassenkampf Nr. 25 und 26/77).

Daß sie aber ohne diese „Streikvorbereitungen" keine Ergebnisse mehr erreichen, die sie „administrieren" können gegenüber den Lohnabhängigen, ist auch keine Frage. Denn diese Streikvorbereitungen haben keineswegs nur den Zweck, sich als „entschlossen" und „kämpferisch" zu präsentieren. Die Kapitalisten drängen von der einen Seite und die Arbeiter von der anderen. Und die Sozialdemokraten haben Angst, daß sie einen Streik beginnen müssen und die Kontrolle verlieren. Es sind keine günstigen Bedingungen für die Arbeiterklasse: Ohne selbständige, ausreichende und einheitliche Lohnforderungen, ohne selbständige Forderungen gegen die Steigerung der Ausbeutung und der staatlichen Ausplünderung. Aber es gibt genug Haß gegen die herrschenden Zustände, der einiges an Unorganisiertheit aufwiegen könnte. Und ein Streik könnte die Bewußtheit und Organisiertheit um einiges voranbringen. Das wissen die Sozialdemokraten. Das haben sie bei den Versammlungen der Handelsangestellten gemerkt. Sie mußten – wie wir z.B. aus Innsbruck wissen – schon viel zu konkret werden. Die Resolution wurde auf Antrag von Mitgliedern geändert, insbesondere der Mindestbetrag von S 450,- hineingenommen, Flugblattverteilungen in den kleinen Betrieben wurden organisiert. Sie haben in Wien bei den Versicherungsangestellten nach dem abgeblasenen Streik nur mehr mit 73 gegen 40 Betriebsrats-Stimmen bei 10 Enthaltungen eine Billigung ihres Vorgehens erreicht (Volksstimme, 23. 12.).

Abwehrfront gegen die Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung aufbauen

Die Kollektivverträge für 600.000 Arbeiter und Angestellte werden im März 78 auslaufen. Was die Absichten der Kapitalistenverbände sind, ist klar. Daß sich diese gegenüber den Arbeitern und Angestellten nicht so ohne weiteres „administrieren" lassen, ist auch klar. Daß daher die Gewerkschafts-Führung – in der Paritätischen Kommission und außerhalb – eine entsprechende Taktik, von der Verzögerung über den Verzicht auf Mindestbeträge bis zur Streikdrohung einschlagen wird, ist auch klar. Schon letztes Jahr hat der Sektionsvorstand dem Präsidium der Industrie-Angestellten einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem er sie wieder in die „Klausur" geschickt hat, bis sie mit einem Mindestbetrag von S 730,- herausgekommen sind. Schon letztes Jahr hat die Führung der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie zu Streikvorbereitungen greifen müssen, um die Kampfbereitschaft und den Unmut der Metallarbeiter abblocken zu können. 1976 haben die Semperit-Kapitalisten eigenen – verbesserten – Vereinbarungen zustimmen müssen, um bei den Chemiearbeitern Ruhe zu halten und den KV-Abschluß durchzubringen. Der gesamte Gewerkschaftstag Chemie im Herbst ist unter dem Motto des Kampfs gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen abgelaufen.

Es gibt also keine schlechten Ausgangsbedingungen für die bevorstehende große Lohnrunde. Sich auf die Gewerkschaftsführung zu verlassen, und darauf, daß sie den vorhandenen Unmut wohl oder übel berücksichtigen muß, wäre jedoch völlig falsch. Gerade der Stahlsektor, der entscheidende Bereich im Organisationsbereich der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, ist in einer schweren Krise. Die härteste Haltung der Kapitalisten und die größte „Rücksicht" der Gewerkschaftsführung ist zu erwarten. Nur wenn es gelingt, Klarheit über die Pläne der Kapitalisten, wie sie sich in den abgeschlossenen Verhandlungen deutlich zeigen, zu verbreiten, die Gegnerschaft zu diesen Plänen voranzubringen, und – entgegen der sozialdemokratischen Taktik – ein selbständiges Vorgehen in Richtung auf einen hohen Mindestbetrag und auf die Abwehr der Angriffe auf den Arbeiterschutz zu fördern, nur dann wird der weiteren Durchsetzung des Schlachtplans der Bourgeoisie ein Riegel vorgeschoben werden können.

Ein wichtiger Bestandteil der Vorbereitung dieser Abwehrfront ist die rasche Durchsetzung der noch ausstehenden innerbetrieblichen Lohnerhöhungen in den Großbetrieben, wo solche traditionell üblich sind, der Kampf gegen die Lohnverluste durch „Umschulungsmaßnahmen" und die Organisierung gewerkschaftlicher Proteste gegen die Ende Jänner/Mitte Februar wirksam werdenden Erhöhungen der Sozialversicherungsbeiträge und -höchstbeitragsgrundlagen sowie gegen die steuerliche Ausplünderung der Arbeiterfamilien mit Kindern durch die neue Familienbeihilfenregelung. Red.

Gemeinderatswahlen in Graz

Der Wahlkampf des KB - Ein Fortschritt beim Zusammenschluß der Volksmassen im Klassenkampf

Bis 1.1.78 gaben schon 310 Grazer Arbeiter, Angestellte, Pensionisten und Studenten ihre Unterschrift für die Kandidatur des KB Österreichs bei den Grazer Gemeinderatswahlen. Von den 310 Unterschriften sind aber nur 180 „gültig". Das liegt an den Schikanen, mit denen der staatliche Unterdrückungsapparat die Kandidatur einer revolutionären Organisation, deren erklärtes Ziel es ist, die Ausbeuterordnung zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten, verhindern will. 200 Unterschriften müssen gesammelt, 2000 S müssen, als „Ernsthaftigkeitsbeweis" hinterlegt werden, die einbehalten werden, wenn man nicht ein Mandat erreicht. Als gültig gilt eine Unterschrift nur dann, wenn der Hauptwohnsitz des Unterschriebenen in Graz liegt. Eine solche Verordnung dient dazu, um viele Werktätige, wie zum Beispiel Pendler, die in Graz arbeiten und hier dem bürgerlichen Staat gegenüberstehen, vom Wahlrecht auszuschließen. Als weitere Schikane werden undeutlich geschriebene Unterschriften auch gleich für ungültig erklärt.

Trotzdem werden wir die Kandidatur sicher erreichen, weil viele fortschrittliche Grazer unsere Kandidatur wollen und sie mit ihrer Unterschrift und mit Spenden unterstützen.

Viele Werktätige sehen nämlich an der Art und Weise, wie wir den Wahlkampf führen, daß unsere Kandidatur ihren Interessen entspricht. Wenn wir zum Beispiel bei den Betrieben, in den Stadtteilen oder in den Veranstaltungen auftreten, gehen wir aus von der Lage der werktätigen Massen und stellen solche Forderungen in den Mittelpunkt, die ihrem Zusammenschluß dienen und die vielfach heute schon von ihnen aufgestellt werden. Bei einer Großveranstaltung mit den Spitzenkandidaten der bürgerlichen Parteien auf der Universität schilderten wir die Hintergründe der Betriebsschließung der Anker-Werke. Die Gemeinde hatte Millionen ins Werk gesteckt - „Zur Arbeitsplatzsicherung". 800 Arbeitsplätze waren versprochen worden, doch nur 400 Arbeiter haben jemals das Werk von innen gesehen. Jetzt ist es überhaupt geschlossen. Die Kapitalisten hatten sich mit den Steuermillionen saniert und die Arbeiter wegrationalisiert. Sie sitzen jetzt auf der Straße und müssen mit monatlich drei- bis viertausend Schilling ihre Familien ernähren. Wir stellten darum auf der Veranstaltung die Forderung „Arbeitslosengeld - 80% vom Lohn" in den Mittelpunkt. Die bürgerlichen Politiker waren peinlich berührt. Erstens wollten sie ihre Schandtaten aus dem Wahlkampf heraushalten, zweitens waren selbst die Gefolgsleute ihrer Parteien über die Folgen ihrer Politik empört. Einige unterstützten mit ihrer Unterschrift unsere Kandidatur. Das ist nur ein Beispiel. Wo immer wir mit Forderungen wie „Verbot von Akkord- und Schichtarbeit", „Siebenstundentag", „ausreichende Festgelderhöhungen bei den Lohnrunden", „Gegen die imperialistische Energiepolitik", „Unterstützung der Patriotischen Front von Zimbabwe durch die Bundesregierung" usw. auftraten, kamen die bürgerlichen Politiker in der Konfrontation ins Schwimmen und fanden wir bei den Massen Unterstützung. Das ist klar. Die Massen wissen gut, was ihnen nützt. Einer Organisation, die richtige Forderungen in den Mittelpunkt stellt, ist es daher möglich, zu kandidieren.

Ortsleitung Graz

ZENTRALE WAHLVERANSTALTUNG
der Ortsgruppe Graz des KB Österreichs
Mittwoch, 25.1.1978, 19.30 Uhr
im Gasthaus Herbst, Lagergasse 12
Es spricht Genosse Walter Lindner
Sekretär des Zentralkomitees des KB Österreichs

Grazer KPÖ- Wahlkampf: Anbiederung an die Bourgeoisie

Längst nicht mehr ist das Ziel der KPÖ-Revisionisten die Errichtung des Sozialismus und Kommunismus, wofür die erste Voraussetzung die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist. Den Staatsapparat der Bourgeoisie „verbessern", an den Staatsgeschäften auf der Ebene von Bund, Land und Gemeinde gemeinsam mit den anderen bürgerlichen Parteien teilnehmen - das ist das oberste Ziel der Revisionisten. Daher regen sie sich darüber auf, daß SP, VP und FP die KPÖ „von der Mitarbeit in den Gemeindeausschüssen ausschließen". Da wollen sie hinein, brauchen aber dafür gemäß den bürgerlich-parlamentarischen Spielregeln mehr Stimmen und mehr als ein Mandat.

Zugleich stellen sie es als „ganz selbstverständlich" hin, „daß die wichtigsten Gemeindefragen im Gemeinderat und nicht anderswo entschieden werden" (Grazer Informationsblatt Nr. 1 der KPÖ). Weil das so sei, müsse man die KPÖ wählen, denn: „Dann setzen wir mehr für die Grazer durch!"

Die Selbstverständlichkeit und Logik dieser Argumentation ist von derselben Art, wie die Anschauung, daß sich die Sonne um die Erde drehe. Was die Revisionisten da den Arbeiter- und Volksmassen weismachen wollen, ist, wie Friedrich Engels treffend feststellte, nur „eine abergläubische Verehrung des Staates und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich umso leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden."

Trotz allem von den Revisionisten und anderen Bürgerlichen propagiertem Aberglauben ist es so, daß „die wichtigsten Gemeindefragen" *nicht* im Gemeinderat entschieden werden, sondern durch den Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalistenklasse, so, wie etwa über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf nicht im Parlament, sondern im Klassenkampf zwischen dem bürgerlichen Staat und den kämpfenden Volksmassen entschieden wird. Gemeinderat, Landtag, Nationalrat dienen lediglich als Aufputz und scheindemokratisches Mäntelchen für die Diktatur der Bourgeoisie. Zu diesem Aufputz möchte die KPÖ ihr Schärflein beitragen, an dieser Diktatur gegen die Arbeiterklasse möchte sie aktiv beteiligt werden. In Graz als „Zünglein an der Waage" im Postengerangel der anderen drei Parteien. KP-Gemeinderat Kosmus hat schon zu verstehen gegeben, daß sein Zünglein im Fall des Falles bei der Besetzung des Bürgermeisterpostens ohnehin nur auf eine Seite der Waage ausschlagen könnte: für Stoiser von der SP.

Das ist die „Einzige Alternative" nach dem Geschmack der Revisionisten: Stoiser statt Götz! Es ist allerdings keine Alternative für Arbeiter und fortschrittliche Menschen.

„Kauft österreichische Waren!"

Man kennt diesen Spruch. Die österreichischen Kapitalisten haben ihn kreiert und machen unter diesem Titel unter anderem alle Jahre im In- und Ausland Werbewochen mit allerlei Firlefanz.

Chauvinismus ist es, was den österreichischen Arbeitern und dem ganzen Volk eingeimpft werden soll. und unter dem Motto „klein, aber oho", sollen mit den aus der Schweiß- und Knochenarbeit der österreichischen Arbeiter gepreßten Werten im Ausland neue Märkte erobert und alte gegen die Konkurrenz der anderen Imperialisten verteidigt werden. Das ist ganz nach dem Geschmack der Revisionisten. Weit entfernt davon, die kapitalistische Ausbeutung auch nur anzutasten, aus der die Bourgeoisie die Kraft schöpft, um sich in aller Herren Länder einzunisten versucht, setzen sie alles daran, diesen Chauvinismus gemeinsam mit der Sozialdemokratie unters Volk zu tragen. Umgehängt wird ihm ein „soziales" Mäntelchen, genannt Arbeitsplatzsicherung.

Franz Voves, Betriebsrat bei Puch in Graz-Thondorf, Mitglied des ZK der KPÖ, Kandidat der KPÖ für die Gemeinderatswahlen, in einer Broschüre der KPÖ zu den Gemeinderatswahlen (Hervorhebungen von uns):

„Die Arbeiter und Angestellten machen sich Sorgen um ihre Arbeitsplätze. *Eines der Grundübel der ständig schwankenden und manchmal ausgesprochen schlechten Beschäftigungslage sehe ich im Masseneinkauf ausländischer Waren.* (....)

Auf meine Feststellung (bei Konzernkonferenzen), daß nun schon bald 100.000 ausländische Motorräder in Österreich zugelassen sind, und die durch das Motorrad weltberühmt gewordene Firma Puch *diesem Treiben noch immer tatenlos zuschaut*, wurde mir bis heute keine Antwort gegeben!

Ich benützte jede Gelegenheit, wo Regierungspolitiker anwesend waren, um ihnen zu sagen, daß sie ihren Einfluß auf die ihnen nahestehenden Konsumgenossenschaften geltend machen sollen. *So richtig und schön ihre Parolen „Kauft österreichische Waren" auch klingen mögen*, doch Puch-Erzeugnisse habe ich in diesen Läden noch nie gesehen. So zum Beispiel werden im größten Markt der Steiermark, im COOP-Liebenau, nur ausländische Fahrräder den Kunden angeboten. Weil sie billiger sind? Eine solche Qualität könnten wir ganz bestimmt auch zum selben Preis *in unserem Betrieb* erzeugen!"

Man glaubt, einen Konzernherrn von Steyr-Daimler-Puch zu hören, der da aus dem Herrn Voves spricht:

Grundübel der „schwankenden und manchmal ausgesprochen schlechten Beschäftigungslage" (man kennt diese Umschreibung für Arbeitslosigkeit) ist also nicht etwa das Privateigentum der Kapitalisten an den Produktionsmitteln, die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, sondern die ausländische Konkurrenz. Der müssen wirs geben. Da muß man eben aus den Puch-Arbeitern noch mehr rausholen. Hopp auf, Puch-Kapitalisten. Taten gegen dieses Treiben eurer Konkurrenten, so billig wie die schaffen wir's auch! Wir von der KPÖ sorgen schon dafür, daß die Arbeiter auf diese gemeinsame Sache mit euch eingeschworen werden. Dann bräuchten nur noch die Sozialdemokraten im Vorstand von Konsum und COOP veranlaßt werden, daß in diesen Märkten statt tschechischen und französischen Fahrrädern nur solche von Puch verkauft werden dürfen - das wäre dann was für die Puch-Kapitalisten!

Für die KPÖ-Revisionisten ist es offensichtlich ein Hauptproblem, daß „unser Betrieb", daß die Profitproduktion floriert und expandiert. Wenn sich die Arbeiter davon leiten lassen, bedeutet das unweigerlich Verstärkung der Ausbeutung, der Verelendung der Arbeiterklasse; Hinnahme jeder Verschlechterung bei den Arbeitsbedingungen, Akkord, Überstunden, Sonderschichten, Versetzungen, Zwangsurlaub, Kurzarbeit, Entlassungen usw. - alles da und dort früher oder später „notwendig", im von Voves gepriesenen „Firmeninteresse".

Für die Arbeiter - ob von Puch oder sonstwo - kann diese Politik der KPÖ-Revisionisten niemals eine Alternative zur Politik der Sozialdemokratie sein, wo sie doch nur eine Variante von dieser ist. Wer sich wie die Revisionisten den Kopf der Kapitalisten zerbricht, der denkt auch wie die Kapitalisten.

Die Politik der KPÖ läuft den Interessen der Arbeiterklasse zuwider

Wir haben hier einige Seiten der Linie der KPÖ herausgegriffen, an denen ihr Verrat an der Sache der Arbeiterklasse, der proletarischen Revolution und des Kommunismus von jedem Arbeiter und fortschrittlichem Menschen überprüft werden kann. Dieser Verrat ist nicht auf bestimmte Gebiete der Politik beschränkt, sondern umfassend. Wer wie die Revisionisten mit der kapitalistischen Ausbeutung, dem Privateigentum an Produktionsmitteln, seinen Frieden geschlossen hat, der geht konsequenterweise in allen Fragen des Klassenkampfs auf die Seite der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse; der macht den Kampf der Werktätigen um ausreichende Löhne von der wirtschaftlichen Lage der Kapitalisten abhängig, statt von den Interessen der Arbeiterklasse; der sagt, wie die KPÖ, mit Kreisky ja zur imperialistischen Energiepolitik, zum Atomkraftwerksprogramm und bekämpft die demokratischen Bestrebungen der Massen dagegen; der unterstützt die Entrechtung der Minderheiten, indem er die Kärntner Slowenen auffordert, die Volksgruppenbeiräte zu beschicken; der versucht, wie die anderen bürgerlichen Parteien auch, alle Erfolge im Kampf der Massen für ihre Lebensinteressen als Erfolge der eigenen Politik hinzustellen (Durchsetzung des provisorischen LKW-Nachtfahrverbotes durch Graz); der schmeißt, wie KPÖ-Kosmus, einstimmig mit den anderen drei Parteien, dem Grazer Kapitalisten Engelhofer Millionen aus den Steuergeldern der Werktätigen in den Rachen und bezeichnet das als Sicherung der Arbeitsplätze, usw. usf.

Der Verrat an den Zielen der Revolution ist bei der KPÖ begleitet durch ihre Rolle als Agent und Verfechter des Weltherrschaftsstrebens der sozialimperialistischen Supermacht Sowjetunion, ihr Lügengeschwätz über den „realen Sozialismus" in den Ostblockländern, ihre Lügen von der „unumkehrbaren Entspannung", um die Wachsamkeit der Massen gegenüber den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte zu untergraben, ihre trügerische Propaganda „Osthandel sichert Arbeitsplätze" usw. Zweifellos, all diese sozialimperialistische Propaganda ist ein Eckpfeiler der KPÖ-Politik, die gerade auch deshalb von uns Kommunisten bekämpft wird.

In den bisher erschienenen Broschüren und Schriften der KPÖ zum Gemeinderatswahlkampf findet sich von alledem rein gar nichts. Weder die Sowjetunion kommt vor, noch der „reale Sozialismus", noch die obligate Osthandelswerbung.

Derart verkommen und opportunistisch ist diese Partei, daß sie ihre „tiefe Verbundenheit" mit den Verbrechen der sowjetischen Sozialimperialisten vor Wahlen lieber schamhaft verschweigt, in der stillen Hoffnung, daß sich das vielleicht durch Wählerstimmen bezahlt machen könnte.

Interview mit Joe Samargia, einem der Führer des erfolgreichen Streiks der Erzgrubenarbeiter in Nordminnesota, USA

Wir bringen hier ein Interview mit Joe Samargia, das wir der „Kommunistischen Volkszeitung" Nr. 51/77, dem Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, entnommen haben.

Joe Samargia ist Präsident der Local 1978 der US-Stahlarbeitergewerkschaft (USWA) in Virginia. Seine Familie ist schon seit drei Generationen in den Erzgruben in Minnesota beschäftigt. Unter der Führung von jungen Gewerkschaftsorganisatoren, wie Joe Samargia, gelang es den Erzgrubenarbeitern in einem fünf Monate andauernden Streik, einen Erfolg gegen die amerikanischen Stahlmonopole zu erzielen.

In der „Kommunistischen Volkszeitung" findet sich auch folgender Überblick über die Lage in Nordminnesota und die Situation der amerikanischen Stahlindustrie:

Fährt man in das Erzgrubenrevier in Nord-Minnesota hinein, bekommt man einen schlagfertigen Eindruck von dem Raubbau an menschlicher Arbeitskraft und natürlichen Resourcen, auf dem der Reichtum der US-Monopolbourgeoisie zum wesentlichen Teil beruht. Über ein riesiges Gebiet von 100 Meilen (160 km) Ausdehnung in der Länge und vielleicht 10 Meilen in der Breite ist die Erde um und um gewühlt. Im Tagebau hauptsächlich wird das erzhaltige Gestein aus riesigen Erdkuhlen oder lang hingestreckten künstlichen Canyons herausgeholt, während sich der Aushub überall zu künstlichen Gebirgen türmt. In Staub und Qualm spuckenden schwarzen Fabrikhallen wird das 'Taconite'-Gestein mit Mörsern und Mühlen gestampft, magnetisch getrennt und in Öfen zu kleinen Kugeln (Pellets) mit einem Eisengehalt von 60-70% bei 2400 Grad gebacken. Sodann auf Waggons verladen und über die Großen Seen in die Stahlwerke von Chicago und den anderen Industriestädten im nordöstlichen Industriegürtel der USA verschifft, um dort geschmolzen und verbraucht zu werden.

Die US-Stahl-Monopole stehen in einer äußerst zugespitzten Konkurrenz mit den europäischen und japanischen Stahlmonopolen um den infolge der allgemeinen Stagnation der Investitionen und der Industrieproduktion noch geschrumpften inneren Markt. Von ihren 193 Hochöfen sind nur 106 gegenwärtig in Betrieb. Rücksichtslose Rationalisierung war ihre erste Antwort. 60.000 Arbeiter und Angestellte haben sie binnen 12 Monaten auf die Straße geworfen. Damit haben sie den Rückstand der Arbeiterausbeutung, den sie gegenüber ihren Konkurrenten haben, noch längst nicht wettgemacht. Die Kosten pro Arbeitsstunde liegen mit 29,56 DM noch immer weit über denen der BRD (21,73 DM) und Japans (14,72 DM). Noch schlechter sieht es mit der Produktivität ihrer Anlagen und damit ihrer Fähigkeit zur Auspumpung unbezahlter Mehrarbeit aus. Die Arbeitskosten pro Tonne Stahl betrugen 1976 in Japan 27,33 Dollar, in den USA 103,34 Dollar. Und auch Eisenerz kauften die Japaner für 34 Dollar die Tonne ein, die US-Stahlbetriebe für 45 Dollar.

Es ist auch klar, daß die US-Stahlkapitalisten daher jetzt Himmel und Hölle in Bewegung setzen, um die Löhne der Arbeiter zu drücken, ihre Ausbeutung zu steigern und insbesondere auch die Produktion eigenen Eisenerzes zu verbilligen zu suchen. An allen diesen Fronten greifen sie an.

Man versteht, warum sie der Streik der Arbeiter der Eisenerzgruben so empfindlich getroffen hat.

Im folgenden bringen wir Auszüge aus dem Interview:

Die erste Frage ist: Kannst Du uns eine summarische Einschätzung des Streiks und seines Ergebnisses geben? Was waren die Hauptforderungen, und was wurde erreicht?

Nun, die Hauptforderungen waren zunächst ein gewisser Betrag einer übertariflichen Lohnzahlung, wie sie die Stahlarbeiter bekommen, wir aber bisher nicht, und was das angeht, konnten wir erreichen, daß etwa 80% der Leute jetzt eine Lohnzulage von 15% bekommen, die ihnen im Durchschnitt etwa 75 Cents pro Stunde einbringt. Das einzige Problem dabei ist, daß das erst 1979 losgeht. Aus dem Grunde waren wir zuerst gegen dieses Angebot gewesen, aber na gut, da war nicht mehr herauszuholen. Aber was wir regeln konnten, waren eine ganze Reihe von Sicherheits- und Gesundheitsfragen und Fragen der Beschäftigung älterer Arbeiter. Ich nehme an, Ihr habt dieselben Probleme in euren Stahlbetrieben. (....) Die Mehrzahl dieser Fragen haben wir so regeln können, wie wir das wollten, und insoferne war das für den durchschnittlichen Arbeiter, denke ich, ein guter Erfolg. Das war es nicht 100-prozentig, aber das hat man nie.



Vielleicht kannst Du uns ein Beispiel einer solchen betrieblichen Forderung nennen, wo ihr jetzt was erreicht habt?

Gut. Wir hatten eine Menge Probleme mit dem Staub, und daß die Jungs den Staub einatmen mußten. Das kam immer nur auf, wenn es so schlimm wurde, daß effektiv kein Mensch mehr in dem Betrieb arbeiten konnte. Wir haben jetzt endlich erreicht, daß eine feste Mannschaft von Instandhaltungsarbeitern da beschäftigt wird, die das Zeug unter Kontrolle halten. Oder die Frage der Beschäftigung älterer Arbeiter. Wir haben hier durchgesetzt, daß die älteren Männer jetzt das Recht haben, die günstigste Schicht und die günstigsten Arbeitsbedingungen zu erhalten, daß sie entscheiden können, auf welchen Arbeitsplatz sie kommen.

Wie habt Ihr den Streik organisiert? Zum Beispiel: Wie wurden Entscheidungen getroffen, wie wurden die Streikposten organisiert, gab es Probleme mit Streikbrechern und wie habt Ihr das zurückgeschlagen?

Nun, die Organisation des Streiks kam aus der Zusammenarbeit der Komitees der einzelnen örtlichen Gewerkschaftslokale, die das koordinierten, so daß also die örtlichen Lokale gemeinsam in den Streik gingen. Die Fragen, die zur Entscheidung standen, wurden immer den gewöhnlichen Mitgliedern vorgelegt, die dann entschieden, ob der Streik fortgeführt wird oder nicht. Darüber wurde abgestimmt. Ich denke, daß ungefähr 80% der Leute hier in den Gruben streiken *wollten*, um ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern. (. . . .) Als der Streik dann losging, hat jedes Lokal sein Vorgehen festgelegt, wie die Streikposten aufgestellt wurden. Da gibt es bei uns die Streikposten-Führer, die die Verantwortung haben für ihren Streikposten, die die Leute einteilen, die für den Streikpostendienst herauskommen usf. Was Streikbrecher angeht, hatten wir damit keine Probleme. Die Gesellschaften wußten, daß wir für eine solche Taktik zu stark waren: Nein, also in der Richtung gab es praktisch keine ernsthaften Versuche der Gesellschaften. (...)

Ihr müßt viel Unterstützung von den Leuten hier im Revier gehabt haben, auch von denen, die nicht in den Minen arbeiten ....

Ja, man muß sich immer Gedanken um die öffentliche Meinung machen. Als wir den Streik begannen, war die öffentliche Meinung ganz auf unserer Seite, aber als der Streik sich hinzog, wurde die Öffentlichkeit etwas besorgt, die kleinen Geschäftsleute klagten, daß es sie beeinträchtigt. Aber dann haben wir die Stahl-Companies angegriffen und haben gezeigt, daß sie uns das geforderte Geld zahlen können, und wir haben die Profite nachgewiesen, die sie machen und was weiß ich alles, und haben die Zeitungen darüber informiert und so weiter, und so haben wir schließlich die öffentliche Unterstützung zurückgewonnen, und sie haben uns weiterhin unterstützt.

Wie hat Euch die Führung Eurer Gewerkschaft unterstützt?

(....) Wir bekamen Streikgeld von der International Union, und wenn Du in einen Streik tritts, brauchst Du sowas natürlich. Dann waren wir ja in einen Haufen gerichtliche Aktionen verwickelt, während des Streiks. Die behaupteten ja, der Streik wäre illegal und so weiter, und die Gesellschaften versuchten uns durch Gerichtsbeschlüsse zu 10 Mio. Dollar in der Woche (Entschädigungszahlungen, Anm. d. Ü.) zu verurteilen, die wären nicht von den örtlichen Lokalen, sondern vom zentralen Gewerkschaftsfonds zu zahlen gewesen. Dagegen haben sie vor Gericht kräftig gestritten, aber natürlich, um ihren Schatz zu hüten.

Insgesamt finde ich nicht, daß die International alles getan hat, was sie hätte tun können, um uns zu unterstützen. Zu den Zeiten, wo wir sie am meisten brauchten, blieb sie stumm. Aber nicht, ob die International oder sonstwer dich unterstützt, ist entscheidend, sondern, ob die Leute hier wollen, und wenn hier die Unterstützung da ist, können wir immer vorankommen. (....) Aber natürlich ist es besser, wenn du die Unterstützung der ganzen Gewerkschaft hinter Dir hast.

In diesem Zusammenhang: Was sagst Du zu der Reform der Wohlfahrtsunterstützung, die gerade gemacht wird? Ich habe zum Beispiel auf der Fahrt hierher gelesen, daß in New York über 40% der bisherigen Wohlfahrtsempfänger ausgeschlossen worden sind. Was wird das für künftige Streiks bedeuten? Ist das nicht eine Regelung zur Aushungerung der Streikenden?

Das stimmt. (....) Ich weiß nicht, wie das bei Euch ist. Bei uns in den USA sehen wir uns einem furchtbaren Angriff von allen Seiten ausgesetzt, nicht nur die Arbeiter, nicht nur die Gewerkschaften, sondern alle armen Leute und alle, die irgendwie in einer mißlichen Lage sind. Sie nehmen denen, die es wirklich brauchen, die Wohlfahrtsunterstützung. Ebenso starten sie jetzt Angriffe gegen die Sicherheits- und Gesundheitsbestimmungen. Gesetze, die für die Industrie- und Bergarbeiter einen Schutz bedeuten, stehen unter schweren Attacken von seiten der Industrie. Wenn die Arbeiterbewegung sich das nicht klarmacht, wenn sie nicht sich hinter *alle* stellt, die jetzt angegriffen werden, und wenn sie nicht sehr, sehr harte Arbeit leisten, dann werden wir in den nächsten Jahren sehr viel verlieren.

Die übertarifliche Prämie, die ihr ab 1979 bekommen sollt, wurde als „produktionsgebunden" bezeichnet. Wird das nicht heißen, daß Ihr nur mehr Geld kriegt, wenn Ihr mehr arbeitet?

(....) Die Mine, in der ich arbeite, wurde für eine Produktion von 9 Millionen Tonnen gebaut. Eineinhalb Jahre, bevor nach Plan die 9 Millionen Tonnen produziert werden sollten, wurde mit Hilfe dauernden Drucks und vermehrter Arbeitshetze .... von der Gesellschaft auf die Leute eingewirkt, um bereits 12 Millionen t zu produzieren. 3 Mio t mehr, als ursprünglich geplant waren. Wir wollten die Leistungsprämie nicht, um härter zu arbeiten, sondern wir wollten das Geld jetzt endlich, damit wir unsere härtere Arbeit bezahlt kriegen. Die Bestimmungen des Plans, die wir jetzt festgelegt haben, sind nicht so, daß deswegen irgend jemand noch mehr arbeiten muß, sondern es ist so festgelegt, daß für jeden unter den jetzigen Bedingungen eine 15%ige Verbesserung herauskommt. Das ist eben unser stärkstes Argument, daß wir schon längst unter den Bedingungen solcher Leistung, solchen Drucks, weißt Du, arbeiten müssen, so daß wir eben auch Geld für die Arbeitsleistung haben wollen, die wir schon erbringen.

Wir haben hier auf der Versammlung die große Unterstützung gesehen, die ihr auch von anderen Gewerkschaften bekommen habt. Wer waren alle diese Gewerkschaften, wir konnten das nicht genau verfolgen?

Na, das war z.B. die Lehrergewerkschaft, oder die Gewerkschaft der Krankenhausbeschäftigten, oder da waren die Teamster, also Lastwagenfahrer. Eben alle Gewerkschaften, die in der AFL/CIO zusammengefaßt sind. (....) Ich glaube, wir haben heute 20 und einige tausend Dollars bekommen. Aber zum Beispiel die Stahlarbeiter in Chicago haben uns schon in den letzten zweieinhalb Monaten mit 30.000 Dollar unterstützt, und das war wirklich großartig.

Du hast gesehen, daß auch in Westdeutschland in relativ kurzer Zeit Unterstützung organisiert werden konnte, nachdem wir euren Aufruf in den Gewerkschaften, Betrieben usw. veröffentlicht haben. Wir meinen, das kommt daher, daß in allen kapitalistischen Ländern die Unternehmer und Monopole jetzt den Arbeiter im Namen der verschärften Konkurrenz ihre Forderungen verbieten und sie zu härterer Arbeit zwingen wollen. Sie wollen die Arbeiter dafür gewinnen, ihre Konkurrenzschlachten zu schlagen. Die Bourgeoispresse spricht schon von Handelskrieg. Dahinter steckt wirklicher Krieg. Wie haben die Stahlmonopole hier bei euch argumentiert, und wie seid ihr dagegen aufgetreten?

Nicht nur die Stahlmonopole sagen solche Dinge, sondern sogar unsere eigene Gewerkschaft ist es, die behauptet, daß nur, wenn wir härter arbeiten, die Deutschen oder Japaner uns unsere Arbeitsplätze nicht wegnehmen. Sie benutzen Arbeiter gegen Arbeiter. (...) Wenn nicht die Arbeiter der ganzen Welt zusammenkommen und sich einig sind, und wenn sie nicht anfangen, sich in der einen und in der anderen Richtung miteinander in Verbindung zu setzen, dann werden sie gegeneinander ausgespielt werden. Ich habe hier einen Stahlarbeiter aus Westdeutschland getroffen, und er ist genau wie ich, und braucht dasselbe zum Leben wie ich, und die einzige Art, wie wir beide das bekommen können, ist, daß wir eisern zusammenstehen und Verbindung aufnehmen. (....) Solange die Leute auf das hören, was die Zeitungen oder die Industrie sagt, werden wir uns gegenseitig bekämpfen, und das ist tragisch. Die Arbeiter können das aber ändern, wenn sie von Südafrika bis Europa und den Vereinigten Staaten bis Japan miteinander Verbindung aufzunehmen beginnen.

Kurzarbeit in der VÖEST–Alpine

„Umschulung" und Hoffnungen, die die Kapitalisten daran knüpfen

„Leben mit Stahl" war die Devise des Umschulungsprogramms für die VÖESt-Arbeiter in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr. „Ein hartes Leben ...." kommentierte die „Presse" die Aktion, bei der in der VÖESt die Hüttenproduktion eine Woche still lag, sich die VÖESt-Kapitalisten mit 100 Millionen Schilling aus der Arbeitslosenversicherung die Lohnkosten bezahlen ließen und den Arbeitern Lohnverluste von 10% diktierten. Natürlich ist es hart für die VÖESt, in der internationalen Stahlkrise die Profite zu halten. Schmerzlich ist es auch für sie, wenn sie nicht ohne Unterbrechung Mehrarbeit aus den VÖESt-Arbeitern pressen können, weil sie Gefahr laufen, auf den mit Stahl verstopften Märkten keinen Abnehmer zu finden.

Nur solange sie ihr Kapital vermehrt, ist für die Kapitalistenklasse die Arbeitskraft von Interesse. In der imperialistischen Krise aber erkauft sie die ständige Vermehrung des Kapitals mit der gleichzeitigen Vernichtung von bereits angehäuftem Kapital und Arbeitsvermögen.

Mehr oder weniger offen haben die Bourgeois die Berichte über die Umschulungen bei der VÖESt als Aufruf formuliert, auch den „Ernst der Situation" hinsichtlich der bevorstehenden Lohnrunde zu erkennen. Die „Presse" zitierte einen, in seinem Wohnzimmer vor sich hinsinnierenden Oberkranführer: „Da wird's nicht viel zu holen geben, der Betriebsrat weiß das eh". Auch die Lohnkürzung durch die Umschulung ist „ihm recht", weiß der Schreiberling zu melden. Wenn schon für eine Woche eine Lohnkürzung hingenommen wird, wieso dann nicht auf Dauer – sind die Hoffnungen, die sich anschließen. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung nicken eifrig. „Verständnis aufbringen" und „auf einen Konjunkturaufschwung hoffen", durch „vermehrte Anstrengungen unsere Arbeitsplätze sichern helfen" und „noch mehr mitdenken", wie die Ausbeutung im Werk gesteigert werden kann, klingt es aus ihrer Werkszeitung.

Verhindern wollen die Bourgeois, daß die eigene Lage, die Folgen der imperialistischen Krise auf Arbeitskraft und Familie, zur Grundlage des Denkens und Handelns der Arbeiter wird.

Auf einen Konjunkturaufschwung zu hoffen, ist trügerisch. Anlage um Anlage haben sich die imperialistischen Stahlmonopole in den letzten Jahren aus dem Schweiß der Arbeiter errichten lassen. Überproduktion durch maßlos ausgedehnte Kapazitäten bei hoher Produktivität ist die Folge ihrer anarchischen Produktionsweise.

Der Druck der internationalen Stahlkrise

An den Importkontingenten für Stahl, die der US-Imperialismus schon im Herbst gegen die Konkurrenten diktierte, leide die VÖESt wenig Schaden, ließ Generaldirektor Apfalter noch am 4. 11. durch die „Presse" wissen, weil vor allem „know how" im Industrieanlagenbau exportiert und dazu Stahl ohnehin im Land eingekauft werde.

Auf die Einführung eines Mindestpreissystems in den USA Anfang Dezember, mit dem die US-Stahlmonopole die imperialistischen Konkurrenten von ihrem Markt vertreiben wollen, reagierten die VÖESt-Kapitalisten schon mit Schrecken. Die EG hat auf die Verschärfung des Handelskrieges am Stahlmarkt mit Maßnahmen auf dem Gebiet des Edelstahls geantwortet und will sich damit gegen die „Billigimporte aus Ostblock, Japan und EFTA-Ländern" zur Wehr setzen. Jeder Imperialist versucht, Einbußen auf dem einen Markt durch Einbrüche auf einem anderen Markt wettzumachen.

Durch die EG-Maßnahmen sind 7 Mrd. Schilling Exportumsatz der VÖESt gefährdet. Allerdings hofft die österreichische Bourgeoisie auf eine Sonderbehandlung durch die EG-Imperialisten. Staribacher betonte die Bindung Österreichs an die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und möchte nicht als „Drittland" behandelt werden. In bilateralen Gesprächen nach den EG- und EFTA-Verhandlungen über „freiwillige" Beschränkungen am 11. 1. möchten die österreichischen Imperialisten Sonderkonzessionen herausschlagen. Im Mai 1977 zeichnete die Berliner Handels- und Frankfurter Bank eine VÖESt-Anleihe im Wert von 100 Mill. DM. Alle Freiheiten sicherte ÖIAG-Geist für die „Ansiedelung ausländischer Konzerne in Österreich" zu. („Presse", 5.11.77) Der Ausverkauf der österreichischen Anlagen und Arbeitskraft wird dem westdeutschen Finanzkapital die Entscheidung erleichtern, Österreich nicht als „Drittland" einzuschätzen. Stark fühlt sich das VÖESt-Kapital heute noch vor allem im Industrieanlagenbau und auf diesem Produktionsgebiet gedenkt es auch in neue Märkte einzudringen und sich dort auch auf Dauer einzurichten. Die Hüttenproduktion ist als Grundlage für derartige Exporte notwendig und nützlich.

. Der Industrieanlagenbau, schwärmt Apfalter, „ist längst viel mehr als die Errichtung einer Produktionsanlage für einen Auftraggeber. Er ist ein umfassendes Spektrum industrieller Dienstleistungen, beginnend von den Durchführbarkeits- und Wirtschaftlichkeitsstudien über das Engineering, die Projektierung, Finanzierung, die Lieferung der Einrichtung und die Bauüberwachung bis hin zur Ausbildung des künftigen Betriebs- und Managementpersonals und die Hilfestellung beim Absatz der neuen Produkte .... Seine von Natur aus internationale Dimension eignet sich für Kooperationen über Wirtschaftssysteme hinweg ebenso wie damit einer Vielzahl von Unternehmungen in Österreich die Möglichkeit geboten wird, auf Exportmärkte zu liefern, die für sie sonst kaum zu erschließen wären."(Die Presse, 23.11.1977)

„Das Geld wäre aufzutreiben ...."

Das ÖIAG-Finanzkapital ist bereit, die 15 bis 17 Mrd. S an Investitionen zu geben, mit denen Apfalter in den nächsten 5 Jahren den Konzern für weitere Exportschlachten gefechtstüchtig erhalten möchte. Als Motor für diese Schlachten muß aber entschieden rationalisiert und die Ausbeutung der VÖESt-Arbeiter gesteigert werden. „Das Geld wäre aufzutreiben, wenn die einzelnen Projekte betriebswirtschaftlich rentabel seien .... Man werde rationalisieren müssen, Stahl jeweils dort in den einzelnen Werken prodzieren müssen, wo das am billigsten kommt: der LD-Konverter statt des Elektroofens, die Direktreduktion, die Schmiedemaschine im Anschluß an eine Stranggußanlage statt des Walzwerkes, sind nur einige der Ideen ....", die das Finanzkapital vorschreibt (Geist in der Presse vom 5.11.77).

Mit der Devise „selbständige und ertragsverantwortliche Geschäftsbereiche" griff Apfalter schon im August diese „Ideen" auf: Konzentration der einzelnen Bereiche Hütte, Verarbeitung, Finalbereich und Industrieanlagenbau an wenigen Produktionsstätten, um die Kosten für etwa Transport von Rohstoffen und Zwischenprodukten zu senken und gleichzeitig den Arbeitsprozeß für die Arbeiter insgesamt verdichten. Forcierung der Produktion dort, wo hohe Profitraten winken, Umstellungen und Stillegungen, wo die fixen Kosten auf die Profitrate drücken, wo weltweit Überproduktion herrscht. So wird in Liezen die Gießerei zugunsten des neuen Stranggußverfahrens in Linz und Donawitz aufgelassen, die Arbeiter zwar weitgehend übernommen, aber mit rund S 1.000,- weniger Lohn. In Linz selbst wurde die eine Kokerei-Batterie geschlossen, ein Hochofen abgeblasen, die Arbeiter zeitweise auf Kurzarbeit gesetzt.

Mit Kapitalinvestitionen in US-Kohlengruben und Erzgruben in Brasilien suchen sich die Konzernherren die billigen Rohstoffe zu sichern, während sie natürliche Vorkommen in Österreich, wie in Fohnsdorf veröden lassen. Ins Auge gefaßt ist, diesen Kapitalexport nach Kräften auszubauen, um auch Produktionsstätten an den neuen Rohstoffquellen zu errichten.

Die kommende KV- Runde hat große Bedeutung

Im Finalbereich ist für 1978 der Auftragsstand um 20% höher als im Vorjahr. Den „überhöhten Personalstand" an qualifizierten Stahlarbeitern braucht man, um kurzfristige Aufträge an Land zu bringen, nur „mobil" und billig muß die Arbeitskraft sein, und „zerfransen" soll sie sich, lautet die Forderung. Im Hüttenbereich liegen die Aufträge um 10% unter dem Vorjahr. Dort laufen die Schichten schon das ganze Jahr unter dem Sollstand, und wird der gesteigerte Arbeitsanfall bei Urlaub oder durch die bei der Arbeitshetze gehäuften Krankenstände von den verbleibenden Stahlarbeitern herausgeholt. Je nach „Auftragslage" hat der Betriebsrat zugleich mit der Weihnachts-„Umschulung" auch einem 14-tägigen Zwangsurlaub im Sommer zugestimmt. Seit Monaten werden die VÖESt-ler darauf getrimmt, einen niederen Lohnabschluß noch als Gnade hinzunehmen. Bei den Begehungen durch Hallen und Abteilungen geben die sozialdemokratischen Betriebsräte jeder Verdichtung des Arbeitstages, jeder zusätzlichen Belastung und jedem neuen Abstrich an den Arbeitsbedingungen für die Arbeiter ihre Zustimmung. Wird am Reinigungsmittel für die Waschräume im Stahlbau gespart, ist die Krise schuld; wird der Betrag für die Sammelversicherung für die Arbeiter von S 8 auf S 11 erhöht, wobei der Konzern selbst nur 1 S mehr bezahlt, ist die Krise schuld. Über die Krise wird geredet, wenn der Sozialkoks gekürzt und gestrichen wird, und wenn die Lehrlinge nicht in den Ausbildungsberufen als Facharbeiter übernommen werden. „Vorsicht walten lassen" nennt SP-Brauneis es, wenn der Zentralbetriebsrat die 1976 einstimmig beschlossene Forderung nach einem 15. Monatsgehalt unter den Tisch wischt.

Die VÖESt-Kapitalisten wollen ihr Kapital, das sie angehäuft haben, profitabel verwerten. Je enger dafür in der Krise der Spielraum auf dem Weltmarkt wird, desto schärfer wollen sie den Lohn drücken, um die Profitrate hochzuhalten und noch mehr Kapital anzuhäufen. Schon jetzt ist sicher, daß die Gewerkschaftsführung bei den KV-Verhandlungen für die Lohnforderungen der Arbeiter „keine Möglichkeit sehen wird ....". Wenn die VÖESt-Arbeiter ihre eigenen Augen verwenden, dann werden sie eine Möglichkeit schon sehen.

Eine Einheit auf dem Boden des Klassenkampfes bei den kommenden KV-Verhandlungen hat für die VÖESt-Alpine-Arbeiter besondere Bedeutung. Sie kann es verhindern, daß ein Teil der VÖESt-Arbeiter, vor allem die der Hütte, die schon heute durch die Drohung mit Kurzarbeit geschwächt sind, vollends unter die Räder der imperialistischen Konkurrenz gerät.

Natürlich werden die Kapitalisten versuchen, die Schwächung der von Kurzarbeit bedrohten und mit Lohnverlusten belasteten Arbeiter zur Grundlage des Abschlusses zu machen. Die Gewerkschafter, die beständig die Krise im Munde führen, sind bereit, ihnen dabei zu helfen. „Hilfe" dieser Art wirkt als Ballast, den man zurückläßt.

Neue Familienbeihilfe bedeutet Lohnkürzung durch zusätzlichen Lohnsteuerraub

Einen hinterhältigen Angriff auf die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten startet die SP-Regierung mit der Neuregelung der Familienbeihilfe ab 1.1.1978. „Erhöhte Familienbeihilfe statt Kinderabsetzbeträge.... Dadurch kommen auch jene Familienerhalter in den vollen Genuß der Begünstigung, bei denen sich wegen zu kleinen Einkommens die Kinderabsetzbeträge bisher nicht oder nur zum Teil auswirkten." So lautet die Propaganda des Finanzministers. Arbeiterfamilien mit Löhnen, die die Aufzucht von Kindern, wenn überhaupt, dann nur unter härtesten Einschränkungen ermöglichen, werden durch „Beihilfen" als Sozialfall anerkannt. Bei Löhnen von 8.000 bis 10.000 Schilling dagegen führt die Lohnsteuerprogression, die mit der Neuregelung Familien mit Kindern in voller Wucht trifft, und die niedrigen Prozentabschlüsse bei den Lohnrunden zu einem Abbau des realen Lohnniveaus; teilweise kommt es auch zu direktem Sinken des Netto-Lohns, wie wir aus Berichten verschiedener Kollegen erfahren haben.

Die Arbeiter im Öffentlichen Dienst haben die Lohnstreifen für Jänner schon bekommen, und am Beispiel eines Verschubmeisters bei der ÖBB zeigt sich der Reallohnabbau mit aller Deutlichkeit:

Die Differenz des Brutto-Bezugs zwischen Oktober 1977 und Jänner 1978 kommt bei dem Eisenbahner, 23.Dienstjahr, 2 Kinder, neben der 8%Lohnerhöhung für die Öffentlichen Bediensteten noch durch eine gleichzeitige Gehaltsvorrückung, die 250 S bringt, zustande

		brutto	Zulagen	Familien-beihilfe	Pensions-vers.	Sozial-vers.	Lohnsteuer	netto
Oktober 77	V a,11	9.212,00	470,00	940,00	506,70	547,-	227,-	9.351,30
Jänner 78	V a, 12	10.199,00	470,00	1.800,00	617,00	622,-	1.526,00	9.714,00

Der Netto-Lohn steigt um S 362,70. Davon entfallen 250 auf die gleichzeitige Vorrückung. Das bedeutet:

* Die 8% Lohnerhöhung bringt netto nur S 112,70
* berechnet man eine netto-Familienbeihilfe (Familienbeihilfe minus Lohnsteuer für 1977 14 mal im Jahr, für 1978 nur mehr 12 mal im Jahr) ergibt sich für das Jahr 1977: S9.982,- für das Jahr 1978: S 3.288,-.

An unserem Beispiel sind das pro Monat S 550,- zusätzliche Abzüge vom Lohn. Für die Masse der Arbeiter und Angestellten wird das Ausmaß dieses „familienfreundlichen" Lohnsteuerraubes erst deutlich werden, wenn sie im Feber die Jänner-Lohnstreifen vor Augen haben.

Vorschläge für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß bei der Post

Die Personaleinsparungen im Öffentlichen Dienst zwingen den Lohnabhängigen in diesem Bereich steigende Belastungen und Mehrarbeit als Regel auf. Gegen die Politik der SP-Regierung, die Budgetsanierung auch auf den Knochen und dem Schweiß der öffentlich Bediensteten voranzutreiben, regt sich der Widerstand. Der gewerkschaftliche Zusammenschluß gegen den staatlichen Dienstherrn zum Schutz der Arbeitskraft vor frühzeitigem Verschleiß ist notwendig. Daß dieser Zusammenschluß auch vorankommt, zeigt die folgende Korrespondenz aus einem Wiener Postamt, in der einige Vorschläge für ein gewerkschaftliches Kampfprogramm gegen die steigende Ausbeutung der Postler gemacht werden:

In letzter Zeit nehmen bei uns die Belastungen durch Reklamepostwurfsendungen enorm zu. In der Woche kommen bis zu 10 sogenannte „Verteiler", was bedeutet, daß jeder Briefträger jeden Tag 2 Verteiler mitschleppen muß. Jeder kann sich vorstellen, was das für ein Gewicht hat. Durch die steigende Belastung, immer mehr Arbeit, schwerere Last, Überstunden usw., wird der Gesundheitszustand der Zusteller immer schlechter. Viele sagen „Wir können schon nicht mehr". Deshalb ist eine berechtigte Forderung der Postler:

Nur ein Verteiler in der Woche!

Schon seit Jahren tragen wir auch Geld aus. Damals hat sich die Post die Geldbriefträger gespart. Obwohl viele Kollegen froh sind, sich das schlechte Gehalt aufbessern zu können mit den Trinkgeldern, ist das für uns eine zusätzliche Mehrarbeit, für die wir nichts bekommen. Bei Terminauszahlungen (z.B. Pensionen) fällt zusätzliche Schreibarbeit an, wie Münzlisten schreiben oder Nachrechnen. Diese Schreibarbeiten müssen nach Dienstschluß gemacht werden. Es ist ausdrücklich verboten, solche Arbeiten in der Arbeitszeit, z.B. in der Früh, zu machen.

Keine Schreibarbeiten außerhalb der Dienstzeit!

Außerdem gibt es auf unserem Postamt nicht einmal die Möglichkeit, sich umzuziehen, wenn man verschwitzt oder durchnäßt von der Tour kommt. Von einer Dusche gar nicht zu reden. Dadurch ruinieren wir unsere Gesundheit und die Arbeitskraft wird noch mehr verschlissen.

Umkleideräume und Duschen in allen Postämtern!

In unserem Postamt hat sich herausgestellt, daß alle Kollegen mehr als 8 Stunden am Tag arbeiten, im Schnitt 9 Stunden. Dafür bekommt einmal keiner etwas. Das kommt dadurch zustande, daß die Arbeit in 8 Stunden gar nicht mehr bewältigt werden kann. In den letzten Jahren ist die Leistung um 30% gestiegen, und seit 1974 sind die Beschäftigten um 2,47% zurückgegangen. Von der Durchsetzung einer 40-Stunden-Woche kann da gar keine Rede sein. Dazu kommt dann noch die Arbeitszeitverlängerung durch Überstunden, zu denen wir gezwungen werden, z.B. am Samstag. Tatsächlich wollen und brauchen jedoch die meisten Kollegen die 40-Stunden-Woche. Die wenigen Kollegen, die „gerne" Überstunden machen, sind ja auch nur dazu gezwungen durch die niedrigen Gehaltsabschlüsse, und weil sie mehrere schulpflichtige Kinder haben, denen sie halbwegs eine Ausbildung sichern wollen. Um wirklich eine 40-Stunden-Woche zu erreichen, können die Forderungen dienen:

Verkleinerung der Rayons!
Einstellung zusätzlicher Briefträger!
Keine Samstagzustellung!

Wenn Leute krank oder auf Urlaub sind, dann müssen die anderen ihre Arbeit dazu machen. Beim Schalter wirkt sich das dann so aus, daß die Kollegen oft 10–16 Stunden am Tag arbeiten. Für diese Fälle ist zu fordern:

Einstellung von Springern bei Krankenstand und Urlaub!

Das sind Forderungen, die sich bei uns in den Diskussionen als wichtig herauskristallisiert haben und die auch für die Postler an anderen Ämtern wichtig sind. Ein Programm mit solchen und ähnlichen Forderungen sollte auch bei den Gewerkschaftswahlen im nächsten Jahr zur Abstimmung stehen. Dazu ist es günstig, wenn schon heute die Debatte über diese Forderungen, die den Einsparungen und Rationalisierungen auf unsere Kosten Schranken setzen, aufgenommen wird. Die einzelnen Kollegen, die sich zur Wahl stellen, können so geprüft werden, wie sie zu den Forderungen und Interessen der Postler stehen.

St. Pölten: Handelsberufsschule protestiert gegen KV- Abschluß

Das folgende Protestschreiben wurde am 27.12. von 84 Berufsschülern aus St. Pölten, das sind beinahe alle Lehrlinge für Handelsberufe an dieser Schule, unterzeichnet und an das Präsidium des ÖGB gesandt:

Protestschreiben

Die unterfertigten Schüler der Berufsschule St. Pölten, Hötzendorferstraße 8, Lehrlinge der Handelsberufe, protestieren gegen den Abschluß des Kollektivvertrages für Handelsangestellte für das Jahr 1978.

Die Forderung des ÖGB war 8,5%, 450,- Mindeststeigerung, diese Forderung war an sich schon gering, doch hätten wir auch dafür uns eingesetzt. Es wurde zwar mit einem Streik gedroht, doch war er nirgends richtig vorbereitet, und es erscheint uns fraglich, ob überhaupt daran gedacht war, diese Drohung wahrzumachen.

Wir wären bereit gewesen, diesen Streik voll zu unterstützen.

In vielen Handelsbetrieben herrscht Unmut, und das zu Recht, bedeutet dieser Abschluß doch einen weiteren Reallohnverlust für die Handelsangestellten. Außerdem hat man einen gefährlichen Präzedenzfall für die Zukunft geschaffen.

Wir fordern daher den ÖGB auf, sich stärker für die Interessen und Forderungen der Arbeiter und Angestellten einzusetzen.

Raubbau an der Gesundheit der Chemiearbeiter

Tatsachen und Schlußfolgerungen aus einer klassenversöhnlerischen Studie

In 5 österreichischen Chemiebetrieben (Bunzl und Biach, Wien, Chemiefaser Lenzing AG, Oberglas Voitsberg, Semperit Traiskirchen und Petrochemie Schwechat) wurde von der Gewerkschaft eine Studie durchgeführt über „Belastungen am Arbeitsplatz. Am Beispiel der Chemiearbeiter" (Ergebnisse dieser Studie veröffentlicht in „Arbeit und Wirtschaft" 10/77)

Die Gewerkschaft führte diese Untersuchung durch, weil der Unmut groß ist über die gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingunggen der Chemiearbeiter. Die Ergebnisse der Studie zeigen recht anschaulich, wie die Gesundheit der Arbeiter bereits durch die Jagd nach Profiten untergraben ist. „Bei 14% der Arbeitnehmer liegt die Beanspruchung an der Dauerleistungsgrenze und bei immerhin 16% der Arbeitnehmer darüber." Die arbeitsmedizinische Definition dieser „Dauerleistungsgrenze" lautet: „Die Grenze, bei der gerade eine Leistung unbegrenzt durchgeführt werden kann ... wenn man den Organismus über seine Dauerleistungsfähigkeit belastet, treten Schädigungen auf, die man unter dem Begriff der Abnützungserkrankungen zusammenfaßt." (Valentin, Arbeitsmedizin) Kurz gesagt: Aus 30% der Chemiearbeiter pressen die Kapitalisten so viel heraus, daß dies auf jeden Fall zu gesundheitlichen Schäden führen wird.

Weiter: „80% sind dauernd starkem Lärm ausgesetzt, was zu Gehörschäden führt, 40% sind Wind und Zug ausgesetzt, die vielfach zu rheumatischen Erkrankungen und Entzündungen führen, 70% beklagen sich über Hitze, davon wurde bei 20% die vom Gesetzgeber definierte Grenze 'Besonders belastender Hitze' überschritten." Hitze belastet den Kreislauf und kann den Weg für Herz-Kreislauf-Erkrankungen bereiten.

Außerdem wurde die Wirkung von zwei Chemikalien, Schwefelkohlenstoffen und Ortho-Xylol, untersucht, mit denen die Chemiarbeiter recht häufig in Berührung kommen. Festgestellt wurde bei den betreffenden Arbeitern eine Verminderung von Vitamin B1 im Blut, was als Ursache gilt von: „Kopfschmerzen, Müdigkeit, Schlaflosigkeit, Mißempfindungen und Kribbeln an Händen, Füßen und Gesicht, Abschwächung der Reflexe, Appetitlosigkeit, Verstopfung." (Schettler, Innere Medizin) Schwefelkohlenstoff ausgesetzte Arbeiter hatten außerdem eine Erhöhung der Blutfette, was einer der wichtigsten Risikofaktoren für Herzinfakt, Schlaganfall und Arterienverkalkung darstellt. Weiters geben Arbeitsmediziner als Folgen längerdauernder Schwefelkohlenstoffeinwirkung an: „Mattigkeit, Schwindelanfälle, Kopf- und Gliederschmerzen, Rauschzustände, Merkschwäche, Sehstörungen, Störungen des Gehörs." (Valentin, Arbeitsmedizin)

Schäden, die nach Meinung der Gewerkschaft auf eine „nicht ausgewogene Ernährungsweise" hindeuten, fanden die Untersucher bei allen Arbeitern: Mängel an Vitamin C (Folgen: Ermüdbarkeit, Appetitlosigkeit, Anfälligkeit für Infektionskrankheiten) und an Kalzium (Folge: Mißempfindungen, Gallenkolik, Asthma-ähnliche Anfälle, trockene Haut, die zu Ekzemen und Pilzinfektionen neigt, brüchige Nägel).

Diese Vitamine und Mineralien sind vor allem in hochwertigen Nahrungsmitteln enthalten: Frische Früchte, Gemüse, Kartoffeln, Eier, Fisch, Leber, hochwertige Öle, Milch und Butter.

Nach Darstellung der Situation behauptet die Studie, daß „durch neue Entwicklungen in der Technologie für den arbeitenden Menschen auch verstärkte Belastungen an seinem Arbeitsplatz entstehen ...", sei ein „Naturgesetz". An der Technik soll es also liegen, wenn die Gesundheit der Arbeiter ruiniert wird. „Technisch" ist es aber durchaus möglich, Absaugeanlagen, Schallisolierung, Ventilatoren, etc. zu entwickeln, die die Belastung erheblich einschränken. Karl Marx untersuchte die Rolle der Maschinen und stellte fest: „Daß also die Maschinerie, an sich betrachtet, die Arbeitszeit verkürzt, während sie kapitalistisch angewandt den Arbeitstag verlängert, an sich die Arbeit erleichtert, kapitalistisch angewandt, ihre Intensität steigert, an sich ein Sieg des Menschen über die Naturkraft ist, kapitalistisch angewandt den Menschen durch die Naturkraft unterjocht, an sich den Reichtum des Produzenten vermehrt, kapitalistisch angewandt, ihn verpaupert ...." (Karl Marx, Das Kapital, 1. Band, Kapitel 13)

So unwissenschaftlich und untauglich, wie die Gewerkschaftsstudie in der Benennung der Ursachen ist, ist sie auch bei den Ratschlägen, mit denen sie „Selbsthilfe" gegen die Gesundheitsschädigung propagiert. Durch eine „Umstellung der Ernährungsweise" soll man sich schützen vor den Folgen der Ausbeutung. Abgesehen davon, daß die empfohlenen Nahrungsmittel ziemlich teuer sind (Vollkornbrot, frisches Obst und Gemüse), kann das Befolgen einer dieser Empfehlungen direkt gesundheitsschädigend wirken. „Generell kochsalzarme Kost" wird empfohlen, um die Wirkung der Chemikalien abzuschwächen. Allerdings arbeiten 80% der untersuchten Arbeiter unter Hitze, schwitzen und verlieren dabei Kochsalz. Wird das „Kochsalz-Defizit" des Organismus nicht aufgefüllt, so kann es zu Lähmungserscheinungen, Krämpfen, Herzrhythmusstörungen und in Extremfällen sogar zum Tod kommen.

„Die Arbeiter sind an ihren Krankheiten selbst schuld. Es geht ihnen zu gut, sie bewegen sich zu wenig, essen und trinken und rauchen zuviel." Mit diesem ideologischen Trommelfeuer versuchen die Kapitalisten und reaktionären Ärzte, Lohnraubabschlüsse und Angriffe auf die Sozialversicherung zu rechtfertigen. Soweit es um Tatsachen geht, zeigt die Untersuchung bei den Chemiearbeitern deutlich, daß die kapitalistische Ausbeutung die Quelle der Krankheiten darstellt. Kommentiert werden diese Tatsachen in der Studie allerdings im Geiste der Klassenversöhnung: „Die Ziele, höchste Produktivität mit dem Einsatz minimalster Kosten und mit höchstem Gewinn anzustreben, haben bei den Unternehmensleitungen vielfach absoluten Vorrang vor der Humanisierung der Arbeitswelt".

Die Verfasser der Gewerkschaftsstudie richten an die Kapitalisten die Aufforderung, daß heute „gesellschaftspolitisches Umdenken" notwendig sei. Anstatt sich zusammenzuschließen zum Kampf gegen die Kapitalisten, sollen die Arbeiter auf das „Umdenken" ihrer Blutsauger hoffen? Solche klassenversöhnlerischen Vorschläge führen die Arbeiter in große Niederlagen.

„Das Kapital ist daher rücksichtslos gegen Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters, wo es nicht durch die Gesellschaft zur Rücksicht gezwungen wird. Der Klage über physische und geistige Verkümmerung, vorzeitigen Tod, Tortur der Überarbeit, antwortet es: Sollte diese Qual uns quälen, da sie unsere Lust (den Profit) vermehrt? Im großen und ganzen hängt dies aber auch nicht vom guten oder bösen Willen des einzelnen Kapitalisten ab. Die freie Konkurrenz macht die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion den einzelnen Kapitalisten gegenüber als äußerliches Zwangsgesetz geltend." (Das Kapital, Kapitel 8).

Welche Konsequenzen sollen die Chemiearbeiter aus solchen Untersuchungsergebnissen ziehen? Wir meinen: Den Kampf aufnehmen um ein vom Betriebsrat, unter Kontrolle der Arbeiter stehendes, betriebliches Gesundheitswesen, um damit der Knochenmühle der kapitalistischen Ausbeutung wenigstens gewisse Schranken zu setzen. Notwendig ist der Kampf um eine ausreichende Lohnerhöhung, denn sonst wird die Ernährung immer weniger „ausgewogen". Notwendig ist letzten Endes, überhaupt Schluß zu machen mit der ganzen kapitalistischen Ausbeuterherrschaft, wo jeder technische Fortschritt, jede Technologie in ein weiteres Mittel zur Steigerung der unbezahlten Arbeitszeit für die Kapitalisten verwendet wird.

MLS-Wien/Zelle Medizin

Die Fronten bei den KV- Verhandlungen in der Bekleidungsindustrie

Kurz vor Jahreswechsel faßte der Präsident des Fachverbandes der Bekleidungsindustrie Österreichs, Komm. Rat Siegfrid Elias, rückblickend die Entwicklung in der Bekleidungsbranche zusammen. In einem Artikel in der „Österreichischen Textilzeitung“, unter dem Titel „Bekleidungsindustrie im harten Existenzkampf“ schreibt er:

„In wirtschaftlicher Hinsicht brauchen wir dem abgelaufenen Jahr keine Träne nachzuweinen, denn es ist für die österreichische Bekleidungsindustrie das schwierigste seit Kriegsende gewesen. Zum ersten Mal ist es in beträchtlichem Umfang zu Betriebsstillegungen gekommen und die Zahl der Arbeitsplätze ist dementsprechend um etwa 20%, auf derzeit rund 34.000 Beschäftigte, zurückgegangen. Insgesamt ist die Zahl der Betriebe der Bekleidungsindustrie von 600 auf 550 gesunken. Leider ist das Geschäft für die Herbst/Wintersaison nicht so gut gelaufen, wie erhofft, da der späte Wintereinbruch die Kauflust beeinträchtigt hat. Die Lagerbestände haben sich nur zögernd gelichtet und die Frühjahrsorders des Handels sind deshalb auch entsprechend ausgefallen ....“

Dieser Rückblick zum Jahreswechsel zeigt die Schärfe, welche die weltweite Krise in der Bekleidungsindustrie seit 1975 angenommen hat. Der Konkurrenzkampf, der z.B. in der Jeans-Sparte tobt, wird in Fachzeitungen schon meist als „Jeans-Krieg“ bezeichnet. Der Kampf um Absatzmärkte für andere Bekleidungsartikel ist nicht minder scharf.

Natürlich ist es lächerlich, wenn Elias sozusagen das ungünstige Einkaufswetter im Herbst und Winter dafür verantwortlich macht, daß sich die Lagerbestände nur zögernd gelichtet haben und der Absatz am inländischen Markt nicht genügend in Gang gekommen ist. Die zunehmende Verschlechterung der Lebenslage der Massen bringt es mit sich, daß beim Kauf von Kleidung verstärkt gespart werden muß: Der Wintermantel wird ein Jahr länger getragen, auch wenn er nicht mehr schön ist, zunehmend wird der Kleiderbedarf des Volkes bei den billigeren Schlußverkäufen gedeckt.

Die Bekleidungskapitalisten aller Länder haben im vergangenen Jahr die Ausbeutung „ihrer“ Arbeiter gewaltig verschärft, um die eigenen „Überkapazitäten .... auf anderen Märkten unterzubringen“, dort die imperialistischen Konkurrenten zu verjagen und durch die Vernichtung von deren Kapital Raum für verstärkte Expansion zu schaffen. „Rationalisieren“ – das war das ganze Jahr über der weltweite Schlachtruf der Bekleidungskapitalisten! Wo die Kapitalisten mit ihren Plänen durchgekommen sind, waren die Folgen für die Bekleidungsarbeiter überall dieselben:

Haben beispielsweise 1972 in der BRD noch 372.000 Bekleidungsarbeiter in 4.990 Betrieben einen Jahresumsatz von umgerechnet 119 Mrd. öS erarbeitet, so erbrachten 1976 nur mehr 276.000 Arbeiter in 4.120 Betrieben einen um 7 Mrd. öS höheren Umsatz, nämlich 126 Mrd. S.

Die „Ertragslage“ muß verbessert

Das war die Devise der Bekleidungskapitalisten. Auf der Grundlage der Elendslöhne in dieser Branche, die im Durchschnitt um mehr als 25% unter den durchschnittlichen Industrielöhnen liegen, wurde 1977 die Antreiberei der Bekleidungsarbeiter vielfältig und gewaltig verschärft.

Im Kleiderwerk Steinbock schaute das beispielsweise so aus: Verdiente dort eine österreichische Kollegin im Herbst 76 bei einer Akkordleistung von 100% S 29,-/Stunde, oder netto ca. 3750/Monat, so hätte sie nach den Neustoppungen zum Jahresende 76 für dieselbe Akkordleistung nur mehr S 23,-/Stunde verdient!

Oder ein türkischer Kollege, der bei einer Akkordleistung von 160% täglich 360 Sakkos bügelte und dabei S 41,-/Stunde oder netto ca. S 5330,- verdiente. Nach der Einführung neuer Bügelautomaten wurde der Kollege neu gestoppt und hätte täglich 1090 Sakkos bügeln müssen, um einen Stundenlohn von S 39,- zu erhalten. Doch selbst als kräftiger und geübter Arbeiter konnte er dieses Tempo nicht mithalten und kündigte, nachdem trotz seines Widerstandes die Akkordverschärfung nicht abgewehrt werden konnte.

In Österreich wurde 1977 jeder 5. Bekleidungsarbeiter entweder wegrationalisiert oder bei den zahlreichen Betriebsschließungen auf die Straße geworfen. Knapp 10% der heimischen Bekleidungsbetriebe konnten 1977 in der Konkurrenzschlacht nicht mehr mithalten und sperrten zu – die Österreichische Textilzeitung kündigte an, daß „viele kleinere Betriebe mit einer überalterten Belegschaft nicht mehr mitkönnen und zu Jahresende zusperren werden“ (22. 12. 77).

Der Kapitalistensprecher Elias vertritt die Ansicht, daß „selbst eine geringe Lohnerhöhung die Bekleidungsindustrie kaum verkraften könne“. Die hohe Branchenarbeitslosigkeit wollen die Kapitalisten nutzen, um den Gedanken an den Lohnkampf unter den Arbeitern niederzuhalten.

Ihren Absichten entsprechend haben die Bekleidungskapitalisten zu Beginn der Lohnrunde eine Erhöhung von 2–3% ab 1.4.78 geboten – ganz im Sinne der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Trotz der Unverschämtheit dieses Angebots hat es die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung peinlich vermieden, es breit in der Branche bekanntzumachen und Schritte gegen diese Provokation einzuleiten. Im Gegenteil – Gewerkschaftssekretär Steinle hat bereits bei Bekanntmachung des gewerkschaftlichen Forderungsprogramms von 9% auf die Ist-Löhne und 11% auf die Mindestlöhne betont, daß „bei den Verhandlungen sicher ein Kompromiß gefunden“ werde. Dabei sind schon die gewerkschaftlichen Forderungen in keiner Weise ausreichend, den Lohnraub der vergangenen Jahre wettzumachen und zu stopfen sowie die mit der gesteigerten Ausbeutung gewachsenen Wiederherstellungskosten der Arbeitskraft auszugleichen.

Der letzte Lohnabschluß im Jänner 76 hat z.B. den Tiroler Bekleidungsarbeitern S 2,70 auf die Mindestlöhne und S 3,- auf die Ist-Löhne gebracht. Dieser Abschluß stand wie das heurige Forderungsprogramm der Gewerkschaft in scharfem Gegensatz zum wortradikalen Auftreten der Gewerkschaftsführer, die bei allen möglichen Gelegenheiten die „Angleichung der Niedriglöhne in der Bekleidungsbranche an die Durchschnittsindustrielöhne“ forderten.

Die stete Verschlechterung der Lage der Bekleidungsarbeiter läßt den Zwang zum Kampf um eine wirkliche Anhebung ihrer Löhne in Richtung Durchschnittsindustrielöhne wachsen – und auf die Dauer werden sie sich nicht mit schönen Worten aus Sozialdemokratenmund zufriedengeben.

Der „Existenzkampf“ der Bekleidungsindustrie“ – wie ihn die Kapitalisten meinen – und der „Existenzkampf“, wie ihn die Arbeiter führen müssen, sind grundsätzlich verschieden und richten sich gegeneinander. Kämpfen die einen um ihre Existenz als Ausbeuter und zur Festigung der Ausbeutung – so müssen die Arbeiter bei Strafe ihrer Verelendung zum umfassenden Kampf gegen die Ausbeuter antreten und sie letztlich stürzen. Das, und nicht die sozialdemokratische Schützenhilfe für die Kapitalisten – die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Bekleidungskapitalisten – kann nur die Perspektive für die Arbeiter sein.

Zelle Steinbock/Innsbruck

Steyr- Werke: Gekündigte Frauen wieder „gerne gesehen“

Am 13.Mai 1977 wurden 65 Frauen der Waffenfertigung in Steyr gekündigt (siehe „Klassenkampf“ Nr.11/77).

Sie erhielten damals „ein Dekret, in dem wir versprechen, daß bei Neuaufnahmen mit vollen Verdienstzeiten und Urlaubsansprüchen als erste wieder gern gesehen sind“. Das sagte die Firmenleitung damals (profil Nr.20/77).

Nun, dieses Versprechen wurde dem Anschein nach auch gehalten. Am 26.November 1977 hieß es in den Oberösterreichischen Nachrichten: „Steyr-Waffenwerk nimmt 100 Leute auf“.

50 davon rekrutieren sich aus den damals entlassenen Frauen. Doch diesmal sind die Dienstverträge gleich von vorneherein nur bis zum 31.März 1978 befristet. Was sollen also die versprochenen „vollen Verdienstzeiten“ und „Urlaubsansprüche“?

In dieser Zeit soll ein Auftrag der belgischen Waffenproduzenten FN erledigt werden. Es handelt sich um Verschlüsse für NATO-Sturmgewehre.

Zwischen Entlassung im Mai und Neueinstellung im November liegen beinahe sieben Monate. In dieser Zeit war es für die 50 Frauen offensichtlich nicht möglich neue Arbeit zu finden. Trotzdem, vom Standpunkt der Bourgeoisie und ihrer Stützen in der Arbeiterklasse, hätten die Steyr-Kapitalisten einen funkelnden Orden für „Arbeitsplatzsicherung“ verdient.

Hier wird deutlich demonstriert, wann der Arbeitsplatz eines Arbeiters „sicher“ ist. Dann nämlich, wenn Profit für seinen Ausbeuter dabei herausschaut. Und wenn dessen Profitrate fällt, dann soll die Arbeiterklasse für ihre „sicheren Arbeitsplätze“ noch intensiver arbeiten, in noch kürzerer Zeit noch mehr produzieren, dann soll sie sich damit abfinden, daß die Bedingungen unter denen sie arbeiten muß, sich ständig verschlechtern und sie soll sich auch mit ständigem Lohnabbau und Lohnraubabschlüssen zufriedengeben.

Nachdem ihre Kampfkraft durch diese Verschärfungen geschwächt wurde, kann die Arbeitskraft doch jederzeit auf die Straße gesetzt werden, wenn es die Kapitalisten für notwendig erachten.

Die Steyr-Kapitalisten zeigen deutlich, worauf die Bourgeoisie hinauswill: Teile der Arbeiterklasse sollen nach Bedarf zur Verfügung stehen, einige Monate intensivst arbeiten und wenn der Auftrag erledigt ist, wieder gefeuert werden.

Wie einträglich verschärfte Arbeitshetze einerseits und Entlassungen andererseits sind, zeigt die „TOP-100 Liste“, in der sich die „besten“ Unternehmen, das heißt diejenigen die den meisten Profit aus den Knochen ihrer Arbeiter ziehen, placieren. Die Steyr-Daimler Puch AG lag hier 1976 mit einem Umsatz von 9,9 Mrd. Schilling an 5.-Stelle. (VÖESt-Betriebszeitung „Die Wahrheit“ Nr.9/77)

Die Dividende für die Kuponschneider wurde von 5 auf 7% erhöht.

Daß nun die im Mai entlassenen Frauen wieder eingestellt werden, ist durchaus keine besondere Gnade der Unternehmensleitung. Diese Frauen sind mit der Materie vertraut und es bedarf keines großen Aufwands, sie in der Produktion anzulernen. Solange Frauenarbeit in der Konjunktur – oder im Krieg -unentbehrlich ist-, wird sie wegen ihrer Billigkeit und Ergiebigkeit umworben und sogar zum gesellschaftlichen Fortschritt erklärt.

In der Krise und bei Massenarbeitslosigkeit wird es für nicht so schwerwiegend gehalten, wenn die Arbeiterin ihren Arbeitsplatz verliert. Frauenarbeitslosigkeit läßt sich leicht verdrängen -es bleibt stets die Arbeit im Haushalt und die Arbeit mit der Erziehung der Kinder. Eine Rolle also, die sie schon früh gelernt hat und die akzeptabel erscheint. Doch das Bild der strahlenden und zufriedenen Hausfrau, das uns die Werbung liefert, gerät schnell ins Wanken, wenn man die Realität untersucht. Durch steigende Lebenshaltungskosten einerseits und Lohnabbau andererseits, wird es für immer mehr Arbeiterfamilien unabdingbar, daß auch die Frau arbeitet. Welch schweren Schlag es für diese Familien bedeutet, wenn die Frau ihren Arbeitsplatz verliert, liegt auf der Hand.

Maßnahmen, wie sie heute die Steyr-Kapitalisten treffen, lassen sich gut vergleichen mit jenen, die die Kapitalisten schon in der Geschichte setzten, um die Arbeitslosigkeit zu „bekämpfen“. Die Folge davon war, daß die Frauen den flexibelsten Bestandteil der industriellen Reservearmee bilden. Nicht genug damit, daß sie so als Lohndrücker und gegen die Kämpfe in den Betrieben eingesetzt werden können, versucht man, sie mit der Verdrängung aus dem Bereich der gesellschaftlichen Arbeit, zu entpolitisieren und ihnen das Bewußtsein von ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung zu nehmen.

Die Arbeiterklasse kann sich jedoch nur befreien, wenn alle ihr angehörenden Teile sich diesem Kampf anschließen, wenn sie gegen die von der Bourgeoisie betriebene und aufrechterhaltene Spaltung überwindet.

Bruck/Mur: Bauarbeiterlöhne auf Mindestniveau gedrückt

Waren bisher an Großbaustellen Überzahlungen des Kollektivvertragslohnes von 100–200% durchaus üblich, werden heute die Bauarbeiter in der Regel lediglich mit dem KV-Lohn entlohnt. Die Senkung des Reallohnes geht auf ganz einfache Weise vor sich. Die Arbeiter werden bei Fertigstellung des Bauprojektes vom Bauleiter entlassen. Unter Umständen werden sie von derselben Baufirma für eine andere Baustelle, jetzt zum KV-Lohn, wieder aufgenommen.

Neuerdings gehen die Baukapitalisten dazu über, auch die Weihnachtssperre der Baustelle zur Reallohnsenkung zu benützen. Großbaustellen wurden heuer meist vom 22. 12. – 9.1 gesperrt. Die Arbeiter müssen sich entweder Urlaub nehmen, oder wenn einer den Urlaub hiefür nicht verbrauchen will – trifft er eine Vereinbarung mit der Firma, daß er gekündigt und am 10.1. neu aufgenommen wird.

So hat die Firma Tiefbau GmbH, Bruck/Mur, die den Herzogbergtunnel auf der Pack baut, jetzt sämtliche Arbeiter, die über dem KV entlohnt werden, entweder gekündigt oder ihnen empfohlen, auf die Überzahlung des KV von vorneherein zu verzichten. Wieder aufgenommen wird am 10.1. nur, wer sich mit dem KV-Lohn zufrieden gibt. Das bedeutet z.B. für die Schwerlastwagenfahrer, die bisher ca. 60S/Stunde brutto erhielten, und deren KV-Lohn 41S/Stunde beträgt, einen Reallohnverlust von fast 20 S/Stunde. Daraus kann man deutlich sehen, wie wichtig die Durchsetzung der Forderung nach Anhebung der KV-Löhne auf die Ist-Löhne ist.

Ortsgruppe Graz

Aktionstage gegen Strompreiserhöhung werden vorbereitet

Nach neuesten Meldungen muß man damit rechnen, daß die seit Dezember angekündigte Strompreiserhöhung nun mit Anfang Februar in Kraft treten soll. In allen größeren Städten Österreichs wurde schon oder wird nun mit der Bildung breiter Aktionseinheiten begonnen, auf der Grundlage von „Keine Erhöhung der Strompreise für Haushalte sowie landwirtschaftliche und gewerbliche Kleinbetriebe!" Damit wird den Ausplünderungsmaßnahmen des bürgerlichen Staates an einem Punkt entgegengetreten, wo er als nächstes und das gesamte Volk betreffend, die Auspressung verschärfen will. Gleichzeitig ist es notwendig, in Verbindung mit dem Kampf gegen die Strompreiserhöhung die vielfältigen Ausplünderungsmaßnahmen des Staates offenzulegen und den Widerstand zu schüren. Das sind vor allem einmal die direkten und indirekten Massensteuern, die die Lohnabhängigen und das ganze Volk am schwersten belasten und gegen die wir für die Abschaffung aller indirekten Steuern und Steuerfreiheit für alle Einkommen bis S 12.000,- Schilling monatlich eintreten.

Es ist weiters notwendig, die Verbindung der Finanzierung des AKW-Programms mit den laufenden Strompreiserhöhungen der letzten Jahre aufzuzeigen. Nur wenn diese verschiedenen Verbindungslinien beachtet und enthüllt werden, kann der größtmögliche Widerstand gegen die Strompreiserhöhung entfaltet werden.

Ein wichtiger Prüfstein für die Bereitschaft der Massen zum Kampf gegen die Strompreiserhöhung und für den weiteren Aufbau der Aktionseinheit im Hinblick auf größere Aktionen Ende Jänner werden die Aktionstage sein. In den meisten Fällen werden sie auf 21. und 22. Jänner fallen.

In einer Vielzahl von Agitationseinsätzen und kleineren Kundgebungen sollen Ausmaß und Ursachen der Strompreiserhöhung dargelegt werden und die Kampffront soll entschieden erweitert werden. Im folgenden einige weitere Materialien, die, zusammen mit früheren „Klassenkampf"-Beiträgen, für Reden, Flugblätter und Wandtafeln an den Aktionstagen Verwendung finden sollen.

3 Gründe für die Kapitalisten, den Strompreis zu erhöhen - 3 Gründe für die Arbeiterklasse den Protest zu organisieren

Die staatlichen Elektrizitätsgesellschaften wollen die Haushaltsstromtarife um 6,45% erhöhen. Die gestiegenen Kosten oder die mit höheren Tarifen verbundenen Anreize zum Energiesparen werden als Argumente gebraucht, um die Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu begründen. Eine Analyse der Lage und der Pläne der österreichischen Kapitalistenklasse und der E-Wirtschaft enthüllt die Motive, die hinter dieser verstärkten Ausplünderung des Volkes stehen.

1. Die E-Wirtschaft ist verpflichtet, die Stromproduktion nach dem zu erwartenden Bedarf zu richten. Sie rechnet mit einer Zunahme des Stromverbrauchs um 6% pro Jahr. Vor dem Hereinbrechen der Wirtschaftskrise entsprachen die jährlichen Steigerungsraten ungefähr dem genannten Prozentsatz. Die Prognose der E-Wirtschaft beruht auf der Annahme eines neuerlichen, länger anhaltenden Wirtschaftsaufschwungs, eine Annahme, die nicht in Erfüllung gehen wird. Aber unabhängig davon, ob diese Annahme stimmt oder nicht, erwarten die Kapitalisten, daß ihrem Bedarf an billigem Strom Rechnung getragen wird. Dieser Bedarf steigt im Gefolge der kapitalistischen Rationalisierung, die durch den immer schärfer werdenden internationalen Konkurrenzkampf des Kapitals erzwungen wird. Die E-Wirtschaft muß dafür gerüstet sein.

Hinter den Plänen zur Steigerung der Stromproduktion steckt auch das Interesse, die Zuwachsraten für Erdöl als Energieträger abzubremsen. Das entspricht den Beschlüssen der Internationalen Energieagentur. Damit soll Druck auf die erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt ausgeübt werden.

Die Steigerung der Stromproduktion macht entsprechende Investitionen notwendig. Von 1976 bis 1985 sind Investitionen in der Höhe von rund 136 Millionen vorgesehen. Die größten Brocken dabei sind die zwei Atomkraftwerke und der Ausbau des 380 Kilovolt Hochspannungsnetzes. Schon jetzt sollen die großen finanziellen Aufwendungen für diese Projekte als Argument für die Erhöhung des Haushaltsstromtarifes herhalten. Dem Strompreis soll eine wichtige Funktion in der Investitionsfinanzierung zukommen, heißt es im Energieplan 1976 der Bundesregierung. Eine entsprechende Tariferhöhung wird umso dringlicher, als die tatsächlichen Kosten stets weit höher zu sein pflegen, als die ursprünglichen Schätzungen. Wie schnell einmal geplante Ausgaben in die Höhe schnellen, zeigt sich beim Atomkraftwerk Zwentendorf:

Gesamtanlagekosten für das Atomkraftwerk Zwentendorf (in Mio S)

	1971	1977
Grundstücke	3	7,1
Bauliche Anlagen	564	557,7
Maschinell-elektrische Anlagen	3.287	3.781,9
Bauherrnseitige Beistellungen (inkl. Steuern)	321	1.185,1
Bauzinsen	610	1.100,0
Unvorhergesehenes	129	123,6
Investitionssteuer	–	113,4
Baukostenmindernde Refundierungsbeträge (Zuschüsse bzw. Pönale)	–	– 200,-
	4.914	6.668,8
Spezifische Ausbaukosten (bezogen auf die Nettoleistungen von 700 MW	7.020 S/kW	9.530 S/kW

Die Schätzungen der Gesamtanlagekosten stiegen von 1971 bis 1977 um 35,7%. Die kalkulierten Gestehungskosten pro Kilowatt erhöhten sich um noch weit mehr, von ca. 20,2 Groschen/kW (1971) auf 31,5 – 37,2 g/kW (1977). 1971 waren Kosten für Entsorgung und Stillegung des Kraftwerkes überhaupt nicht in die Berechnungen eingegangen!

Trotz gestiegener Kosten für die Stromproduktion sollen aber die Sondertarife für die Kapitalisten erhalten bleiben. Tarife, wie die von Ranshofen (ca. 24g/kWh), liegen dann bereits unter den Gestehungskosten des Stroms aus dem AKW. Das heißt, die billigen Sondertarife müssen verstärkt über die Haushalts-, Gewerbe- und Landwirtschaftstarife abgestützt werden.

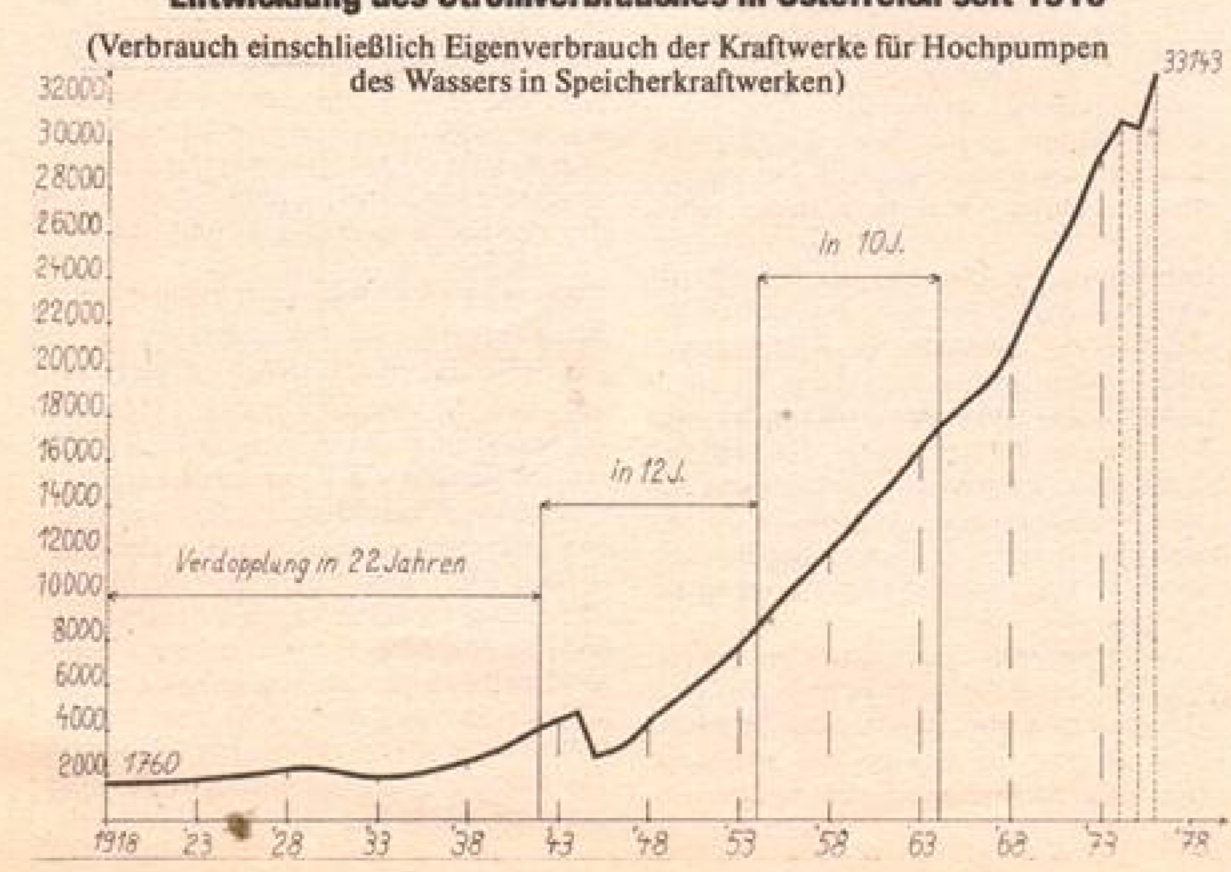
2. Die Finanzierung dieser Investitionen ist nur mit der Aufnahme von Fremdkapital (Kredite, Anleihen) möglich. Schon in den letzten Jahren ist der Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital angestiegen. Bei der Verbundgesellschaft lag der Anteil des Fremdkapitals 1975 bei 67,3%, bei den Landesgesellschaften etwas niedriger. Hauptinstrument der Finanzierung der E-Wirtschaft waren bisher Anleihen. Insbesondere seit 1970 stieg deren Volumen sprunghaft an. Die Banken diktierten in den letzten Jahren härtere Bedingungen. Die Laufzeiten der Anleihen wurden kürzer, ein immer größerer Teil des Fremdkapitals mußte in Form der teureren Bankkredite aufgenommen werden. Die Finanzierungskosten (Zinsen und Schuldentilgungen) nehmen einen ständig wachsenden Teil der Gesamtkosten der E-Wirtschaft ein und lagen 1975 bei 15,8% der Gesamtkosten. Das heißt, daß das Finanzkapital einen wachsenden Teil der aus der Stromproduktion erzielten Profite an sich rafft. Das bedeutet, daß „... die Finanzierungskosten (schon jetzt) mit einem Anteil von rund 16% ein erhebliches Gewicht in der Strompreiskalkulation (haben)" (Energieplan 1976. Seite 196). Das heißt, Strompreiserhöhungen dienen zur Finanzierung der Tributzahlungen ans Finanzkapital.

3. Um den Anteil des Fremdkapitals nicht allzu rasant ansteigen zu lassen, wird von seiten des Staates eine gewisse Eigenmittelaufbringung befürwortet. Der Weg in vermehrte Kapitalaufstockungen von seiten des Bundes ist angesichts der sich zuspitzenden Finanzkrise des Staates versperrt. Der Energieplan 1976 der Bundesregierung stellt dazu fest, daß „eine verbesserte Eigenmittelaufbringung .... daher im wesentlichen nur über den Preis gehen (kann)." (Seite 197)

All das sind Gründe für den Elektrizitätswirtschaftskonzern, fürs Finanzkapital und den Staat, eine Erhöhung der Haushaltsstromtarife anzupeilen. Alles das sind aber gute Gründe für die Arbeiterklasse und das Volk, den Protest und den Widerstand gegen diese Erhöhung zu organisieren.

Entwicklung des Stromverbrauches in Österreich seit 1918

(Verbrauch einschließlich Eigenverbrauch der Kraftwerke für Hochpumpen des Wassers in Speicherkraftwerken)



Puch Werke/Graz: „Wir zahlen S 1.000 pro kWh"

Ende November wurde in den Werken Graz des Steyr-Daimler-Puch-Konzerns durch Aushang auf dem Schwarzen Brett und durch einen Umlauf ein Appell der Bereichsleitung Graz zum Stromsparen bekanntgemacht:

„Der Stromverbrauch der Werke Graz beträgt mehr als 20 Millionen Schilling jährlich. Davon macht der Leistungspreis rund ein Drittel aus. Dieser Leistungspreis wird angerechnet für den höchsten Stromverbrauch, der während drei voneinander unabhängigen Viertelstunden im ganzen Kalenderjahr erreicht wird. Demnach kostet 1 KW Strom 1.000,- öS ...."

Der Leistungspreis entspricht dem Grundpreis in den Haushalten, nur daß dieser Betrag bei den Fabriken von der höchsten in einem Moment zugleich verbrauchten Stromleistung abhängt. Das heißt, wieviele Maschinen und Geräte maximal gleichzeitig in der Fabrik eingeschaltet sind.

Mit dem Stromverbrauch hat der Leistungspreis also wenig zu tun. Warum also dieser Appell?

Erstens soll dieser Appell, wie fast alles, was man momentan von den Kapitalisten hört, die Arbeiter auf weitere Angriffe auf den Lohn vorbereiten, wo die Firma jetzt doch so sparen muß.

Zweitens sind solche Appelle Vorbereitung für die kommende Strompreiserhöhung und für eine Tarifreform zuungunsten des Volkes. Frech wird von 1.000,- S für 1 KW gesprochen, welchen Arbeitspreis – der hängt vom Verbrauch ab – sie für den Strom zahlen, sagen sie nicht.

Mit dieser Propaganda soll gezeigt werden, wieviel die Betriebe Strom bezahlen, um dann sagen zu können: Die Betriebe zahlen soundsoviel mehr als die Haushalte, also muß die Spaltung des Stromtarifs in Tarifabnehmer (Haushalt, Gewerbe, Landwirtschaft) und Sonderabnehmer (Industrie, Großverbraucher) befestigt werden, also ist es nur zu gerecht, wenn bei der kommenden Strompreiserhöhung nur die Tarifabnehmer angehoben werden.

Erol Sever muß nach Österreich zurückgelassen werden!

Auch während der jüngsten Feiertage haben sich die Bemühungen für die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes für Erol Sever weiter verstärkt.

Erol Sever, der schon seit dem Jahr 1965 in Österreich lebte, ist bekanntlich in der Nacht vom 5. auf den 6.12. vergangenen Jahres von Agenten der Fremdenpolizei in seiner Wohnung überfallen und nach kurzer Schubhaft im Wiener Polizeigefangenenhaus am nächsten Tag, bewacht von österreichischen Beamten in Istanbul der türkischen Polizei übergeben worden.

Unmittelbar nachdem diese empörende Schandtat der Polizei in der Öffentlichkeit bekannt geworden war, hat sich auf Initiative der Zeitung AYDINLIK in Wien eine Aktionseinheit gebildet, die zur Zeit aus AYDINLIK, der Iranischen Studentenorganisation, dem Iranischen Studentenverein, Prensa libre/Uruguay, dem KB Österreichs, der Marxistisch-Leninistischen Studentenorganisation/Wien, dem Verband Kommunistischer Intellektueller, dem Nahostkomitee, besteht und sich die Aufhebung des Aufenthaltsverbotes für Erol Sever zum Ziel gesetzt hat.

In einer Aufklärungskampagne hat diese Aktionseinheit noch vor Weihnachten mit einem Plakat und einem Flugblatt die Verbrechen der Fremdenpolizei weit bekanntgemacht und zur Unterstützung ihrer Forderung aufgerufen.

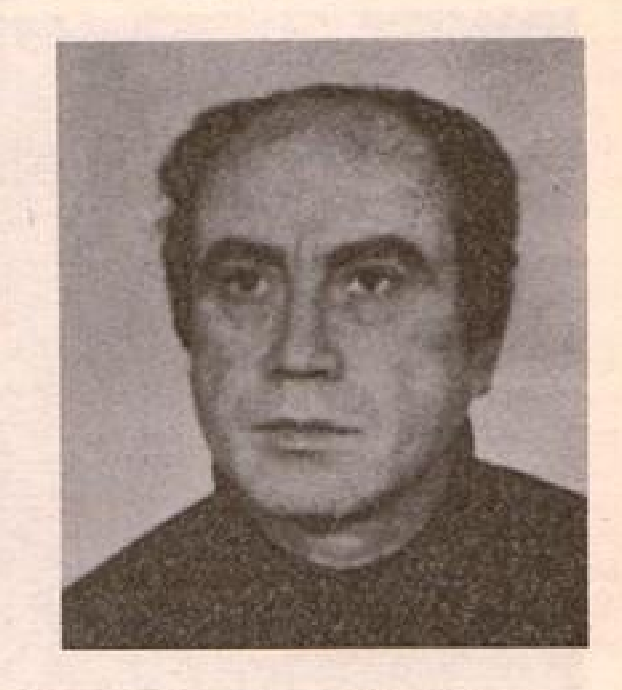
Diese Forderung ist eine gerechte Forderung. Seit 1967 verteidigte Erol Sever konsequent die Rechte der ausländischen Arbeiter in Österreich und war deshalb ständig den Schikanen des Staatsapparates ausgesetzt. Anfang der 70er Jahre gründete er einen Arbeiter- und Jugendverein mit dem Ziel, ausländischen Arbeitern ökonomische, soziale und kulturelle Hilfe zu leisten. Gleichzeitig arbeitete er im Türkischen Studentenverein mit. Er half ausländischen Arbeitern bei der Übersetzung von Dokumenten und stellte sich als Dolmetsch bei Arbeitsamt, Administration, Gewerkschaft usw. zur Verfügung. So ist es nur natürlich, daß Erol Sever heute bei vielen, vor allem Wiener ausländischen Arbeitern hoch angesehen und beliebt ist. Er ist bekannt, als konsequenter Befürworter von Demokratie, Freiheit und Unabhängigkeit. Dies kam auch in seiner Unterstützung für die Zeitung AYDINLIK zum Ausdruck. Als diese im November 1977 einen Informationsmonat über den Kampf des Volkes der Türkei gegen die beiden Supermächte, für Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie veranstaltete, unterstützte er dies aktiv und nahm auch zum Abschluß dieses Informationsmonates an einer eindrucksvollen Demonstration für die Rechte der Ausländer in Wien teil. Das machte das Maß für den bürgerlichen Staat voll. „Sein weiterer Aufenthalt im Bundesgebiet läuft den öffentlichen Interessen zuwider", heißt es im Aufenthaltsverbotsbescheid über Erol Sever und als Grund wird in erster Linie seine Teilnahme an der Demonstration angeführt. (siehe KLASSENKAMPF 26/77).

Der bürgerliche Staat hat gezeigt, daß er den Aufschwung der letzten Zeit im Kampf um die Rechte der Ausländer nicht hinnehmen will und er hat sein reaktionäres Fremdenpolizeigesetz genutzt, um einen ausländischen Arbeiter aus dem Land zu verbannen und so einen Schlag gegen die Bewegung zu tun.

Die Bewegung für die Rechte der Ausländer wird es aber nicht hinnehmen, daß die reaktionären, spalterischen Ausländergesetze, für deren vollständigen Fall sie kämpft, gegen sie eingesetzt werden. So wird gerade der Fall Erol Sever, der einen weiteren Aufschwung im Kampf um die Rechte der Ausländer gebracht hat, auf den Kopf der Reaktion zurückfallen.

Fast tausend Unterschriften wurden bis jetzt bereits gegen das Aufenthaltsverbot gesammelt, ein guter Teil davon von ausländischen Kollegen. Ein Wiener Anwalt hat inzwischen die Eröffnung eines Verfahrens für die sofortige Wiedereinreiseerlaubnis für Erol Sever gefordert. Für im Zusammenhang damit anfallende Kosten, aber auch zur Unterstützung Erol Severs, der nun schon über einen Monat in der Türkei ohne Arbeit ist, wird in den nächsten Tagen eine Spendensammlung begonnen werden. Mit einer Dokumentationsbroschüre wird die Aktionseinheit die Verbrechen der Fremdenpolizei vor der Öffentlichkeit weiter entlarven und versuchen, unter dem Druck der Öffentlichkeit weitere Organisationen in den Kampf gegen das Aufenthaltsverbot miteinzubeziehen. Dabei wird vor allem der ÖGB eine wichtige Rolle spielen. Für den 25.1. wird eine Kundgebung vor dem Innenministerium in Wien vorbereitet, die von zur gleichen Zeit stattfindenden Kundgebungen in anderen österreichischen Städten unterstützt werden soll.

Der Staat und seine Büttel werden dann sehen, daß es einen gewaltigen Unterschied ausmacht, ob man mit drei Polizisten in der Nacht heimlich einen Menschen überfällt und verschleppt, oder ob man vor der Öffentlichkeit Rechenschaft über seine dunklen Machenschaften ablegen muß. Und daß der Innenminister Lanc über die dunklen Machenschaften der Fremdenpolizei Rechenschaft ablegen wird, dafür wird man am 25.1. in der Wiener Herrengasse



sorgen. Daß der Staat der Kapitalisten gerne alle fortschrittlichen Menschen aus dem Land schaffen würde, hat sich mehr als einmal gezeigt. Ob er es aber auch kann, das wird sich im Fall Erol Sever zeigen, oft genug hat sich bereits gezeigt, daß er es nicht kann, wenn man seine geheime Tätigkeit öffentlich aufrollt und sie entschlossen bekämpft.

SOFORTIGE AUFHEBUNG DES AUFENTHALTSVERBOTES FÜR EROL SEVER!
WEG MIT DEM FREMDENPOLIZEIGESETZ!

Hutter und Schrantz/Wien: Kapitalisten spielen die Arbeiter gegeneinander aus

Korrespondenz eines türkischen Kollegen. Seit drei Jahren arbeite ich bei der metallverarbeitenden Firma Hutter & Schrantz als Montagearbeiter. Vor vier Wochen hat Hutter & Schrantz 16 Arbeiter mit der Begründung entlassen, daß die Montageabteilung verkleinert würde und man darum weniger Leute als zuvor brauche. Der tatsächliche Grund für die Entlassung der 16 Kollegen, von denen einige schon bis zu 24 Jahren bei Hutter & Schrantz arbeiteten, liegt aber darin, daß die Facharbeiter, die in der Fabrik arbeiten, eine Lohnerhöhung gefordert hatten, von der die Montagearbeiter nichts wußten. Daraufhin haben die Kapitalisten die 16 Kollegen entlassen und durch Montagearbeiter ersetzt. Einer dieser Montagearbeiter war ich. Nachdem wir Montagearbeiter nun innerhalb der Fabrik zu arbeiten hatten, wurden uns Maschinen zugeteilt. Ich zum Beispiel sollte von einem Kollegen an einer Fräsmaschine angelernt werden. An dieser Maschine hat der Kollege, der mich anlernen sollte, jedoch seit neun Jahren gearbeitet. Bereits nach einem Tag wollte der Kollege, ein jugoslawischer Arbeiter, nicht mehr mit mir sprechen und grüßte mich auch nicht mehr. Eine Woche später kam der Chef in unsere Werkstatt und sprach mit dem jugoslawischen Kollegen ca. 20 Minuten. Gleich danach kam mein Vorgesetzter zu mir und teilte mir mit, daß ich entlassen sei.

Erst später erfuhr ich dann, daß der jugoslawische Kollege, der seit Jahren um den gleichen Lohn gearbeitet hatte, in diesem Jahr eine Stundenlohnerhöhung von fünf Schilling gefordert hatte. In dem vertraulichen Gespräch vor meiner Entlassung hatte ihm der Chef erklärt, sollte er mit S 2,-/Stunde nicht zufrieden sein, so werde man ihn entlassen, dann werde ich eben an seiner Stelle weiterarbeiten. Unter diesem Druck akzeptierte der Kollege die 2 Schilling und ich wurde entlassen.

Meine Frau ist zur Zeit ebenfalls arbeitslos und unsere beiden Kinder (neun und zwölf Jahre) gehen noch zur Schule. Dadurch befinden wir uns in einer sehr schlechten Situation.

Ich habe mich sofort an die Gewerkschaft gewandt, dort meine Lage erklärt und um Hilfe gebeten. Wenngleich ich auch meine Beiträge immer pünktlich bezahlt habe, so habe ich doch bis heute keine Hilfe erhalten.

Bundesjugendring: Debatten über Forderungen nach Abschaffung der Zivildienstkommission

Hartnäckig verschweigt die bürgerliche Presse den andauernden Gärungsprozeß unter der arbeitenden und lernenden Jugend, die immer mehr in Widerspruch zum bürgerlichen Staat mit seinem Gewaltapparat, Polizei und Heer, gerät.

Nach dem Beitrag über die Gruppe „Querschläger" in der Sendung „Ohne Maulkorb" im ORF gerieten die Politiker, v.a. von FP und VP, in Bewegung und begannen, Hetztiraden gegen die „Staatsfeinde" unter der Jugend.

Sie haben gute Gründe für ihre Aufregung; ist es ihnen doch nur zeitweilig gelungen, die Jugend durch Druck, Einschüchterung und Versprechungen vom Kampf gegen das Bundesheer abzuhalten. Heute steht das Barometer wieder auf steigend; der Unmut unter der Jugend regt sich nicht nur, er nimmt auch klare und organisierte Gestalt an; das zeigt insbesondere die erste nationale Konferenz der „Querschläger"-Gruppe, wo eine Plattform und ein Aktionsprogramm beschlossen wurden. Das zeigen aber auch die Auseinandersetzungen in den Jugendorganisationen der SP. Erst kürzlich haben die Vertreter der „Roten Falken" in einer Bundesjugendring-Sitzung den Antrag auf Aufstellung der Forderung nach Abschaffung der Zivildienstkommission gestellt. Gerade diese Einrichtung als Mittel zur Gängelung der Jugendlichen ist unter der Jugend sehr verhaßt. Ist diese Kommission doch ein Instrument, mit dem der bürgerliche Staat „Wehrunwillige" mit den hinterhältigsten (aber legalen!) Tricks ins BH zwingt. Die VP-Jugendorganisation unter Nationalratsabgeordnetem Höchtl hat die Aufstellung der Forderung nach Abschaffung der Zivildienstkommission vorerst verhindert, indem er diese Frage zu einer sogenannten „wichtigen Frage" erklärte, wonach dann laut Geschäftsordnung eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundesjugendring notwendig wird. Diese Zweidrittel-Mehrheit wurde um eine Stimme verfehlt.

Die Forderung nach Abschaffung der Zivildienstkommission ist gerecht!

Der Unmut unter der Jugend aber läßt sich nicht verhindern. Im Gegenteil. Schon jetzt verbreitet sich - als Folge dieser „Abstimmungsniederlage" im Bundesjugendring die Auseinandersetzung in den Reihen der SP-Jugend über die Abschaffung der Zivildienstkommission. Diese Forderung unterstützen die Kommunisten aufs entschiedenste, denn sie vertreten den Standpunkt, daß die Verweigerung des Wehrdienstes zwar falsch ist, daß aber jeder Wehrpflichtige ohne Angabe von Gründen und ohne Formalitäten den Militärdienst verweigern können muß. Gegen jede Einschränkung und Verstümmelung dieses Rechts, wie es durch das Zivildienstgesetz geschieht, treten wir entschieden auf.



Bludenz : Weihnachtsmarkt für Anti- AKW Agitation genützt



Ab 5 Uhr früh führte am 17. Dezember die „Arbeitsgruppe der Atomkraftwerksgegner Bludenz" einen großen Stand mit vielen Bild- und Schrifttafeln am Bludenzer Weihnachtsmarkt durch. Der Stand fand rege Aufmerksamkeit. Über Lautsprecher wurde eine Schallplatte der AKW-Gegner abgespielt, Flugblätter wurden verteilt, Broschüren verkauft, Unterschriften gesammelt. Die vollen Unterschriftenlisten wurden auf Stelltafeln aneinandergereiht aufgehängt.

Der Einsatz der Gruppe war ein voller Erfolg: unter anderem konnten an diesem Tag 800 Unterschriften gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf und für die anderen Forderungen der Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner gesammelt werden.

In Wort und Bild hetzt „Solidarität" gegen Volksbewegungen



Besen der Gewalt

Wo liegen die Grenzen?

Selbsthilfe

Wir sind dagegen

Die ÖGB-Führung hat sich längst für das Atomkraftwerksprogramm der österreichischen Regierung ausgesprochen und setzt auch die Gewerkschaftspresse ein, um die Arbeiterschaft und die Masse der Lohnabhängigen auf dieses Programm einzuschwören. Die „Solidarität" 12/77 brachte einen Artikel, der offene Stimmungsmache für die gewaltsame Niederschlagung der Bewegung gegen Atomkraftwerke betreibt. Auf den ersten zwei Seiten „linksradikales Schlachtengetümmel" mit dem Titel „Besen der Gewalt". Mit dem Besen der Gewalt soll in diese Menschenmassen, so wie der Wasserwerfer hineingefahren werden, suggeriert die Aufmachung. Groß die Zwischentitel: „Wir sind dagegen", „Wo liegen die Grenzen", „Selbsthilfe". Auf der nächsten Seite: Bewegungen unter offensichtlich bürgerlicher Führung, wie die Sternwarteparkbewegung und „Grinzing darf nicht sterben".

Mit der Aufmachung soll beim Leser der Eindruck erzeugt werden: Arbeiter haben mit sowas nichts zu tun. Da muß mit dem eisernen Besen hineingefahren werden.

Soldat zeigt Dias gegen das AKW- Programm in der Kaserne

(aus der Zeitung „Querschläger")

Ihr habt in Eurer letzten Nummer einen Bericht darüber abgedruckt, wie der Verbundkonzern versucht, im Bundesheer Propaganda für Atomkraftwerke zu machen. Wir haben diese Filme noch nicht gesehen, ich habe aber schon von Angehörigen anderer Einheiten gehört, wie übel diese „Heimatkunde"-Veranstaltungen sind und daß sie überall auf Ablehnung stoßen, weil es immer Soldaten gibt, die den Herren von der E-Wirtschaft entgegentreten.

Auch in unserer Einheit wird des öfteren über das Atomenergieprogramm diskutiert. Dabei habe ich feststellen müssen, daß die Kameraden sehr wenig informiert sind über die Gefahren für Gesundheit und Leben, über die Interessen, die hinter dem Atomprogramm stehen, über die Zusammenhänge mit der ganzen Energiepolitik. Auf Wunsch einiger Kameraden habe ich mir dann einen Dia-Vortrag besorgt und in der Unterkunft gezeigt. Obwohl alle vom Dienst sehr kaputt waren, hat sich eine lebhafte Diskussion entwickelt und sind viele Fragen aufgetaucht.

Im Zusammenhang mit der Frage, welche Aufgabe das Bundesheer bei der Verteidigung der Profitinteressen der E-Konzerne und der Durchsetzung der Energiepolitik der Regierung zugedacht ist, haben wir darüber diskutiert, wie sich die Soldaten bei einem Einsatz gegen eine Anti-AKW-Demonstration verhalten sollen: Nicht gegen die AKW-Gegner vorgehen, sondern den Einsatz verunmöglichen und sich mit den Demonstranten solidarisieren.

Es war uns allen klar, daß das gegenüber der scharfen Befehls- und Unterdrückungsstruktur im Bundesheer nur gelingen kann, wenn die Soldaten entsprechend Bescheid wissen über die volksfeindlichen AKW-Pläne der Regierung.

Von einigen Kameraden ist daher auch der mutige Einsatz der Soldaten, die am 26. Oktober in Wien vor dem Bundeskanzleramt demonstriert haben, mit Beifall aufgenommen worden.

Mödlinger Gemeinderat beschließt Resolution gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf

Auf Antrag des Mödlinger Bürgermeisters wurde im Mödlinger Gemeinderat eine Resolution zur geheimen Abstimmung gebracht, in der gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf protestiert wird. Der Antrag wurde von der ÖVP eingebracht. Die FPÖ argumentierte gegen den Antrag. Er sei sinnlos, da auch an Niederösterreichs Grenzen in der CSSR Atomkraftwerke stünden.

In der Abstimmung stimmten 37 der anwesenden Gemeinderatsmitglieder für die Resolution, 15 dagegen.

Auf Platte und im Konzert:

Die „Schmetterlinge" bringen eine Neufassung der „Proletenpassion"

Die „Schmetterlinge", eine fortschrittliche österreichische Musikgruppe, haben ihr Musik- und Gesangsstück „Proletenpassion" neu überarbeitet und auf einer Schallplatte veröffentlicht. Schon die ursprüngliche Fassung der Proletenpassion ist sehr vielen Menschen in Österreich bekannt gewesen. Als Kritik an der kapitalistischen Ausbeuterordnung hat sie viel Zustimmung gefunden, wenn es auch am Weg, der in der Erstfassung propagiert wurde, einige Kritik gegeben hat.

Die Neufassung zeigt, daß die Schmetterlinge die verschiedenen Kritiken an der Erstfassung ernstgenommen haben, ein Jahr hart gearbeitet haben und einen großen Schritt vorwärtsgekommen sind. Schon die alte Fassung hat sich zur Aufgabe gestellt, in einer Folge von Liedern zu zeigen, daß die Geschichte nicht von den Herren, sondern vom Volk gemacht wird. Aber was herauskam, war eben eine „Passion", ein „Leidensweg des kleinen Mannes". Die ersten Worte waren: „Trauert laut, ihr Klageweiber" und das zweite Lied hieß: „Am Kreuzweg des kleinen Mannes". Alles Derartige ist radikal entfernt worden und die Grundhaltung ist nicht mehr die des Jammerns über die Unterdrückung, sondern die des Lernenwollens aus der Geschichte und aus den Klassenkämpfen. Das ist gut.

Einige wichtige Lehren aus der Geschichte werden auch richtig gezogen, das gilt insbesondere für die Lehren über die Diktatur des Proletariats, die die Arbeiterbewegung aus den Erfahrungen der Pariser Commune gezogen hat. Die Schmetterlinge bekennen sich zum Ziel des Sozialismus, sie erklären, daß Sozialismus nicht das ist, was heute von der Sowjetunion als Sozialismus ausgegeben wird, sondern daß die sozialistische Revolution nur durchgeführt werden kann, wenn die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat zerschlägt und ihren eigenen Staat errichtet nach dem Vorbild, das das Pariser Proletariat 1871 mit der Errichtung der Commune gegeben hat. Das ist ausgezeichnet. Auch unter den fortschrittlichen Künstlern gibt es in Österreich heute erst ganz wenige, die sich in dieser Weise für die sozialistische Revolution aussprechen.

Eine grundsätzliche Sache muß an der Proletenpassion aber unbedingt kritisiert werden: Sie schildert, daß von den Bauernkriegen bis heute, es immer das Volk war, das die Geschichte gemacht hat. Sie zeigt aber nicht, auf welcher *Grundlage* die Klassenkämpfe stattfinden. Diese Grundlage, das ist die jeweilige Herausbildung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse. Widerstand gibt es immer, wenn das Volk unterdrückt wird.

Die Geschichtsdarstellung der Proletenpassion ist aber nicht von der Erkenntnis dieser Tatsache getragen.

Im Gegenteil, hier kommt es so raus, als ob die Revolutionen dann stattfinden würden, wenn es dem Volk zu bunt wird, bzw. wenn das Volk einig genug ist, aus den früheren Fehlern gelernt hat, eine Partei hat und anderes mehr. *Die* Bedingungen für die Revolution, die *nicht* vom Willen der Menschen abhängen, spielen in dieser Darstellung keine Rolle. Mit anderen Worten, diese Geschichtsdarstellung ist nicht konsequent *materialistisch*. Na schön, kann man sagen, aber was hat das für eine praktische Bedeutung? Die Antwort ist die: Die Proletenpassion ruft die Massen auf, für den Sozialismus zu kämpfen, weil das eine bessere, gerechtere Gesellschaftsordnung ist, in der es keine Ausbeutung gibt und wo die Arbeiter die Macht haben.

Nur wenn man die Geschichte materialistisch behandelt, kann man beweisen, daß die sozialistische Revolution siegen wird, siegen muß. Nur dann kann man zeigen, daß es einen Sinn hat zu kämpfen, nur dann kann man die Massen wirklich zum Kampf für die Revolution organisieren.

Alle bisherigen Revolutionen haben nur eine Form der Ausbeutung durch eine andere ersetzt. Friedrich Engels erklärt in den „Grundsätzen des Kommunismus", warum der Kapitalismus die Voraussetzungen für die Abschaffung der Ausbeutung überhaupt schafft:

„Jetzt aber, wo durch die Entwicklung der großen Industrie erstens die Kapitalien und Produktivkräfte in einem nie vorher gekannten Maße erzeugt und die Mittel vorhanden sind, diese Produktivkräfte in kurzer Zeit ins Unendliche zu vermehren; wo zweitens diese Produktivkräfte in den Händen weniger Bourgeois zusammengedrängt sind, während die große Masse des Volkes immer mehr zu Proletariern wird, während ihre Lage in demselben Maße elender und unerträglicher wird, in welchem die Reichtümer der Bourgeois sich vermehren; wo drittens diese gewaltigen und leicht zu vermehrenden Produktivkräfte so sehr dem Privateigentum und den Bourgeois über den Kopf gewachsen sind, daß sie jeden Augenblick die gewaltsamsten Störungen in der gesellschaftlichen Ordnung hervorrufen, jetzt erst ist die Aufhebung des Privateigentums nicht nur möglich, sondern sogar durchaus notwendig geworden."

M.A.

Dokumentation des Bundeskanzleramtes: Lügen zur Rechtfertigung des Volksgruppengesetzes

Das Bundeskanzleramt hat eine „Dokumentation über die rechtliche Stellung der Volksgruppen in Österreich" herausgegeben. Sie besteht aus einer „wissenschaftlichen" Darlegung der Minderheitenproblematik in Österreich aus der Feder eines Salzburger Universitätsprofessors und aus einem Bildteil, der die Lage der slowenischen und kroatischen Minderheit darstellen soll.

Und dieser Bildteil spricht für sich: Neben einem Foto des slowenischen Gymnasiums in Klagenfurt/Celovec gibt es ein Bild des einzigen zweisprachig beschrifteten Gemeindeamtes in Österreich, in Zell Pfarre/Sele und ein Bild einer der wenigen zweisprachigen Ortstafeln in ganz Österreich. Alle anderen Bilder – und die, die von den burgenländischen Kroaten handeln, ausschließlich – zeigen private Einrichtungen slowenischer bzw. kroatischer Organisationen.

In derselben demagogischen Weise führt der Schriftteil slowenische Kindergärten und Fortbildungsschulen ins Treffen als Zeichen für die gute Lage der Minderheit, obwohl diese privat erhalten werden müssen, da es in ganz Südkärnten keinen einzigen öffentlichen Kindergarten und keine einzige Fortbildungsschule gibt, in der slowenisch auch nur gesprochen werden kann.

Im Wesentlichen dienen diese Teile der Broschüre dazu, das Volksgruppengesetz, das die bestehende Diskriminierung festschreibt, als „mustergültiges Gesetz" über das es keinerlei Grund zur Klage geben könne, zu verteidigen. Besondere Aufmerksamkeit aber verdient der grundsätzliche Teil dieser Broschüre, der die „Grundlagen für die Beurteilung des Problems", die „Ursachen" der Minderheitenfrage liefern soll.

Zusammengefaßt sagt der Wissenschafter:

* Die Hauptursache sind die ständigen Versuche Jugoslawiens, entweder (früher) Österreich ein Stück seines Landes wegzunehmen oder jetzt durch die Zeichnung eines „vollkommen falschen Bildes der Lage" die Meinungsverschiedenheiten wieder aufleben zu lassen.
* Eine weitere wichtige historische Ursache sei der „slawische Nationalismus", der gemeinsam mit dem „deutschen" Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden sei,
* und zuletzt spielten noch die „Windischen" eine große Rolle, die „sich nur zu einem ganz geringen Teil als der slowenischen Volksgruppe zugehörig" fühlen.

Wir finden also in der neuen Broschüre des Bundeskanzleramtes alle zentralen Argumente konzentriert, die seit Jahr und Tag den Kern der Hetze der herrschenden Klasse ausmachen.

Die dazu notwendige Entstellung der historischen Wahrheit nimmt teilweise groteske Formen an. So verschweigt Universitäts-Professor DDr. Matscher die Existenz des Partisanenkampfes gegen den Hitlerfaschismus für die nationale und soziale Befreiung und kommentiert das Jahr 1945 mit folgenden Worten:

„1945, am Ende des Zweiten Weltkriegs, war es auch zu Übergriffen gegen die deutschsprachige Bevölkerung und zu noch weitergehenderen Gebietsforderungen Jugoslawiens in Kärnten gekommen. Dies wurde von den alliierten Mächten …, nicht honoriert. Aus allen diesen Ereignissen resultierten aber Spannungen und es entstand ein Klima gegenseitigen Mißtrauens."

Die Bundesregierung hat mit dieser Broschüre dokumentiert, daß die Vertiefung der politischen Reaktion der Bourgeoisie mit der Entfaltung des Chauvinismus in jeder Gestalt einhergeht, gerade auch mit der gegen die slowenische Minderheit gerichteten Hetze. In Kärnten tobt gerade der „Ätherkrieg". Die Kärntner Bourgeoisiepresse hetzt wahnwitzig gegen Jugoslawien, weil dieses einen Fernsehsender eröffnet hat, mit dem auch in Südkärnten slowenisches Programm empfangen werden kann. Ursprünglichen Behauptungen dieser Hetzblätter, der ORF könne von -zig Tausenden durch die jugoslawische Störung nicht mehr empfangen werden, erwiesen sich als haltlos, aber um die Wahrheit geht es dabei ebenso wenig wie in der Broschüre des Wissenschafters.

Die Hetze in den Kärntner Zeitungen, die Aufwärmung der chauvinistischen Theorien durch die Bundesregierung, dienen dazu, den Arbeitern und Volksmassen weiszumachen, die Forderungen und den Kampf der Kärntner Slowenen als nationalistisch und fremdgesteuert darzustellen und den Arbeitern im ganzen Lande vorzumachen, daß es in ihrem Interesse sei, wenn der Staat den Minderheiten die von ihnen geforderten Rechte vorenthalte.

Der Arbeiterklasse tut aber nicht die Einheit mit den eigenen Unterdrückern und Ausbeutern gegen die Arbeiter und Bauern Südkärntens not, sondern die Einheit gegen die Ausbeuter und Unterdrücker.

Gerichts- und Amtssprachenregelung eines „mustergültigen Minderheitengesetzes"

8. NOV. 1977
KANZLEI JOHANN TISCHLER

Beschluß

In der Strafsache gegen Johann Malle wegen Vergehen des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt nach den §§ 15, 269 Abs. 1 StGB werden Dr. Johann Tischler, Rechtsanwalt in Klagenfurt die Eingaben vom 5.9.1977 und vom 8.11.1977 zur Verbesserung durch Übersetzung in die deutsche Sprache binnen 8 Tagen zurückgestellt.

Begründung:

Die Verwendung der slowenischen Sprache zusätzlich zur deutschen Sprache als Amtssprache vor dem Landesgericht Klagenfurt ist im Hinblick auf den nicht im Sprengel einer der im § 3 Abs. 1 Z. 1 der Verordnung der Bundesregierung vom 31.5.1977, BGBl. Nr. 307/77 genannten Bezirksgerichte liegenden Tatort St. Kanzian nicht zugelassen (§ 4 Abs. 1 Z. 1 der zitierten Verordnung).

Landesgericht Klagenfurt
Abt. 9, am 15.11.1977

Diesen Gerichtsbeschluß erhielt einer der Angeklagten in den gegenwärtigen Prozessen. Er stammt aus einem nahezu rein slowenischen Ort am Rand der Karawanken und sandte seine Eingaben in slowenischer Sprache an das Gericht. Dieses teilte ihm mit, daß er, da St. Kanzian/Skocijan nicht im vom Volksgruppengesetz als zweisprachig anerkannten Gebiet liegt, kein Recht darauf hat, slowenisch mit dem Gericht zu verkehren. Im Sommer des vergangenen Jahres haben hunderte Menschen aus St. Kanzian/Skocijan die volle Zweisprachigkeit gefordert. Selbst die ärgsten Hetzer im Ort, die Gemeinderäte der beiden großen Parteien, Hoteliers und Grundbesitzer, müssen sich bei ihren deutschen Ansprachen im Gemeinderat mit slowenischen Brocken aushelfen.

Noch ein Beispiel dafür, was nach dem Volksgruppengesetz alles passiert: Ein Slowene aus einer stark slowenisch besiedelten Gemeinde erhält eine Geldstrafe von S500,-, weil er einer nur deutsch-sprachigen Vorladung zu Gericht nicht gefolgt ist.

Einige Tatsachen zur „Minderheitenförderung"

Die Dokumentation des Bundeskanzleramtes streicht in besonderer Weise die Förderung hervor, die die Volksgruppen zur Pflege ihrer Sprache, Kultur und Presse erhalten.

Das Budget 1978 sieht für alle Volksgruppen zusammen 5 Millionen S an „besonderer Förderung" vor, vom Rat der Kärntner Slowenen ist bekannt, daß die Unterstützung durch den Bund 340.000.- beträgt.

Über die Lage in der Gemeinde Ferlach/Borovlje, in der auch Windisch Bleiberg liegt, berichtete ein slowenischer Gemeinderat einer Gruppe von Genossen im Sommer: In den beiden Orten gibt es zwei slowenische Kulturvereine. Die Gemeinde hat 90 Millionen S im Budget für Kultur vorgesehen, davon gehen an die normalen Kulturverbände jährlich je 180.000.- bis 200.000.- S, der slowenische Verein in Ferlach/Borovlje bekam 2.000.-S im Jahr, der Bleiberger gar nichts.

Als dieser slowenische Gemeinderat vorschlug, für die Gemeindebibliothek Bücher auch in slowenischer Sprache anzuschaffen, wurde dies vom Gemeinderat abgelehnt; ebenso sein Vorschlag, eine Reihe von Veranstaltungen der Gemeinde, wie das alljährliche Altentreffen, in beiden Sprachen durchzuführen.

Das Bedürfnis der Regierung, die kroatische Sprache zu erhalten und zu pflegen, ist so groß, daß sie die Ausbildung von Kroatisch-Lehrern in Wien abschaffen will und ausschließlich in Klagenfurt (also hunderte Kilometer vom Lebensgebiet der burgenländischen Kroaten) konzentrieren will.

Die Slowenen in Kärnten (Teil 1–3)

erschienen in den „Kommunist"-Nummern 3, 6 und 9/77.

Diese Artikelserie wurde geschrieben, weil „man den in der Minderheitenfrage angehäuften politischen und sozialen Sprengstoff nur verstehen kann, wenn man die Geschichte der Unterdrückung der Völker und Nationen kennt, eine Geschichte, die vom Kampf der Arbeiterklasse um Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus unzertrennlich ist". (Aus der Einleitung) Die Artikelserie vermittelt zugleich auch die Kenntnisse, die zur Widerlegung der chauvinistischen Lügen über die Geschichte dieser Frage unerläßlich sind.

Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

„Kleine Zeitung" Klagenfurt klagt Mitglied des Komitees für die Rechte der Minderheiten

Am 9. 1. 78 findet in Klagenfurt/Celovec der Prozeß gegen Peter Wieser statt. Er ist Mitglied des Solidaritätskomitees für die Rechte der Minderheiten in Klagenfurt/Celovec und hat am 15.8., anläßlich des Anschlags auf das Abwehrkämpferdenkmal in St. Kanzian/Kocijan eine Presseerklärung des Komitees herausgegeben, in der es unter anderem heißt: *„Die versuchte Sprengung des Denkmals nun reiht sich ein in eine Reihe von ungeklärten Anschlägen, die sämtlich von keinen politischen Forderungen begleitet waren. Dieser Umstand allein macht die Anschläge als Provokation verdächtig. Um nicht zu reden von einigen anderen Indizien, wie der Art und Anbringung des Sprengstoffes, die, wie bei einigen vorherigen Anschlägen schon, nur dazu angetan waren, einen lauten Krach zu tun. Dies kann doch nur den femegerichtlichen Anmaßungen der Kärntner Tageszeitungen dienen, die allesamt die Täter schon gefunden zu haben glauben, bevor es auch nur den kleinsten konkreten Anhaltspunkt gibt."*

Der Styria-Verlag – Eigentümer und Herausgeber der „Kleinen Zeitung" – fühlt sich durch den „Vorwurf 'femegerichtlicher Anmaßungen' beleidigt" und klagte den Sprecher des Komitees, der für diese Aussendung verantwortlich zeichnete. Chefredakteur der „Kleinen Zeitung" und bei der ersten Verhandlung auch vertreten, ist Stritzl, in durch seine Artikel bekannter Feind der Rechte der Minderheiten. Das „Hohe Gericht", vertreten durch Oberlandesgerichtsrat Dr. Hautzenberger, hat schon vor Beginn des Prozesses die dazupassende Haltung, – die er auch gleich der Presse gegenüber äußerte – nämlich die, daß er an einer Verurteilung von P. Wieser nicht zweifle.

Prozeßtermin: Montag, 9.1., um 9.30 Uhr im Landesgericht Klagenfurt, Saal 225.

Ortsaufbaugruppe Klagenfurt

Außenminister Pahr im ORF: Neue Versuche, die Kärntner Slowenen in die Beiräte zu zwingen

Am 28. 12. wurde im ORF ein Interview mit Außenminister Pahr ausgestrahlt, in dem dieser neue Versuche der Regierung ankündigte, die Kärntner Slowenen unter Druck zu setzen, doch Vertreter in die Volksgruppenbeiräte zu entsenden.

Auf die Frage, warum die von der Regierung gewünschte Beruhigung in der Minderheitenfrage noch nicht eingetreten sei, sagte er: *„…, so glaube ich, liegt der Grund hier nicht bei der Regierung. Die Kärntner Slowenen haben kein echtes Gespräch gesucht, sondern haben nur versucht, die Regierung von dem Gesetz, vom Volksgruppengesetz, wegzubringen, die Regierung dazu zu zwingen, diesem Gesetz abzuschwören und das ist halt nicht möglich."*

Diese konsequente Haltung der Vertreter der Kärntner Slowenen trifft die Absichten der Regierung für die Durchsetzung der Gesetze hart. Der Bundeskanzler propagierte die Beiräte als „Ausbau der demokratischen Einrichtungen", als Ort der Diskussion und der gemeinsamen Arbeit von Regierung und Minderheit zur Verwirklichung der Anliegen der Minderheit. Dieses demokratische Getue entspricht der Taktik der sozialdemokratischen Regierung, hinter dem Deckmantel von „Demokratisierung und Reform" die politische Reaktion voranzutreiben. Die Kärntner Slowenen haben durch die kompromißlose Ablehnung des Volksgruppengesetzes und durch die Weigerung, in die Beiräte zu gehen, der Regierung diese demokratische Maske vom Gesicht gerissen und die erzreaktionäre Fratze ihrer wirklichen Politik in großem Ausmaß enthüllt.

Umso mehr muß diese jetzt darauf dringen, diese Entwicklung durch die Ausübung von Druck und Erpressung bei gleichzeitigem Winken mit der „Gesprächsbereitschaft" wieder rückgängig zu machen. Pahr stellt daher fest: *„Für offizielle Gespräche, für die Meinungsbildung auch innerhalb der Volksgruppen, und für die Zusammenarbeit mit der Regierung ist eben ein gesetzliches Gremium vorgesehen, und dieses gesetzlichen Gremiums muß man sich bedienen."*

Beide slowenische Zentralorganisationen haben die Pahr-Äußerungen zurückgewiesen und festgestellt, daß diese durchsichtigen Spaltungsversuche ebensowenig fruchten werden, wie die Ankündigung, „die Meinungsbildung innerhalb der Volksgruppe" weg von den anerkannten Organisationen in irgendwelche Beiräte zu verlegen, da die Kärntner Slowenen ihre Einheit gegen die reaktionären Minderheitengesetze bewahren. Die Frage sei nicht die, ob Verhandlungen mit der Regierung überhaupt abgelehnt würden. Solange die Regierung aber auf dem, die slowenische und kroatische Minderheit diskriminierenden, Volksgruppengesetz beharre, fehle für Gespräche jede Basis.

Vernichtender Angriff der ZANLA auf rhodesische Lufwaffenbasis

Die Afrikanische Nationale Befreiungsarmee von Zimbabwe (ZANLA), der militärische Arm der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU), ist heute stärker als er jemals war seit Beginn des Befreiungskampfes gegen das Kolonialregime in Zimbabwe.

Am 18. Dezember 1977 griffen die heldenhaften Streitkräfte der ZANLA den Luftwaffenstützpunkt Grand Reef nahe Umtali, von wo viele Angriffe des Smith-Regimes gegen das Volk von Zimbabwe und die Volksrepublik Mozambique ausgehen, an und versetzten dem Feind vernichtende Schläge. Alle rhodesischen Kampfflugzeuge auf der Base und über 30 Söldner–Piloten wurden ausgelöscht. So stark war das Feuer und die Überraschung über den mutigen Angriff der ZANLA, daß die Söldnerstreitkräfte von Ian Smith nicht einmal dazukamen, das Feuer zu erwidern. dern.

Österreicher als Söldner im Dienst des Smith- Regimes

Die „Bildpost", die „größte christliche Wochenzeitung" enthüllte in ihrer Ausgabe vom 13. November 1977, daß 25 österreichische Söldner in Zimbabwe den weißen Siedlern zur Seite stehen bei ihrem Versuche, ihr blutiges Ausbeuterregime durch feige Überfälle auf das Volk von Zimbabwe zu erhalten. Sie sind ehemalige Angehörige des „Jagdkommandos" des Bundesheeres, die „nunmehr Militärberater bei der, in schwere Abwehrkämpfe gegen Aufständische verstrickten rhodesischen Armee sind".

Laut rhodesischen Militärspitzen gehören sie „zu den bestausgebildetsten, härtesten und intelligentesten Commandos, die es derzeit auf der Welt gibt".

Es wundert daher auch niemand, daß sich das Siedlerregime die Gage für diese „Supersoldaten" je 40.000,- öS pro Monat Grundgehalt (offensichtlich gibt es noch Kopfprämien) kosten läßt.

Daß das Verteidigungsministerium über die Unterstützung des rassistischen Siedlerregimes sich nicht besonders ausläßt, versteht diese christliche Zeitung. Sie schreibt: „Im Verteidigungsministerium ist man stolz auf die Anerkennung der Qualität der österreichischen Soldaten und ihre Ausbildung, wenngleich man die Anwesenheit österreichischer Militärexperten in Rhodesien nicht an die große Glocke hängen möchte."

Demonstrationen in Azania

Während das Kolonialregime Vorsters nach der Wahlfarce vom 30. November 1977 seine faschistische Unterdrückung des Volkes von Azania verstärkt, setzen die in die Ghettos am Rand der weißen Städte verbannten Afrikaner ihren Kampf fort. Täglich werden Einrichtungen der weißen Siedler angegriffen und zerstört. Dabei geht die Polizei mit Schußwaffen und Tränengas gegen Demonstranten vor und lädt weitere Morde auf ihre Schulter. Aber trotz dieses brutalen Vorgehens läßt sich das azanische Volk nicht vom Kampf gegen die Statthalter der Imperialisten abhalten. In Port Elizabeth hielten die ganze Woche vor Weihnachten die Demonstrationen an, den Attacken der Polizei wurde mit Steingeschoßen begegnet, am 26.12. setzten Demonstranten eine Bierhalle in Brand. Das Volk greift aber zunehmend auch zu anderen Formen des Kampfes: in Benoni und Germiston am Rande von Johannesburg wurden Anfang Dezember eine Polizeistation, eine Eisenbahnstation und mehrere Autos der weißen Siedler durch Bomben zerstört

Lügen des rhodesischen Kolonialregimes über „Erfolge" gegen den Volkskrieg

Die Entwicklung des Befreiungskriegs des Volkes von Zimbabwe gegen die rhodesischen Statthalter des Imperialismus hat Feinden und Freunden des Volks von Zimbabwe bereits gezeigt, wer auf verlorenen Posten steht und wer der Stärkere ist: die ZANLA, die Volksbefreiungsstreikräfte und die Massen sind den Söldnertruppen des Imperialismus moralisch und an Kampfstärke überlegen. Die Befreiungsstreitkräfte der ZANLA schreiten Tag für Tag voran und befreien immer weitere Gebiete. Das Smith-Regime muß heute zu Lügen Zuflucht nehmen, um über seine „militärischen Erfolge" berichten zu können: Den feigen Überfall der Imperialistenschergen auf Durchgangslager zimbabwescher Patrioten im Chimoio und Temue in Mozambique am 23. und 26.11., bei dem 260 unbewaffnete Personen, Schulkinder, Patienten in Krankenstationen und Genossen, die in der landwirtschaftlichen Produktion und Versorgung arbeiteten, ermordet wurden, – diesen Überfall stellte das Kolonialregime als Vernichtung von Militärlagern hin. Ein Foto, das die Springerzeitung „Die Welt" auch begeistert aufgriff, sollte das einen Monat nach den Überfällen beweisen:

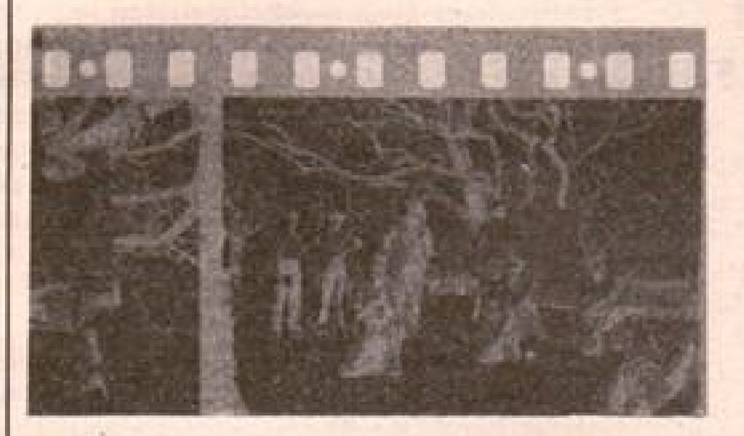

Die Welt, 27.12.1977

Salisbury zeigt Fotos aus Moçambique

Dieses Foto hat das rhodesische Informationsministerium über Weihnachten veröffentlicht. Es wurde nach Angaben aus Salisbury bei dem Angriff rhodesischer Soldaten Ende November in Moçambique auf ein Guerilla-Lager nahe der Stadt Chimoio erbeutet. Es zeigt junge schwarze Mädchen, die im Nachbarland angeblich an der Waffe für den Guerilla-Kampf in Rhodesien ausgebildet wurden.

Bei der rhodesischen Militäraktion gegen zwei angebliche Guerrilla-Camps handelte es sich nach Darstellungen aus Salisbury um einen Akt der Selbstverteidigung. Dabei sollen nach offiziellen Angaben mehr als 1200 Guerillos getötet worden sein. Amtliche Stellen in Moçambique bestätigten, daß bei der Aktion, das kurz vor Beginn der Verhandlungen über eine interne Lösung des Rhodesien-Konflikts stattfand, mehr als tausend Menschen starben. Doch habe es sich zumeist um Zivilisten gehandelt. Auch 100 Kinder seien getötet worden. FOTO: AP

Dieses Foto, angeblich „bei dem Angriff rhodesischer Soldaten Ende November in Moçambique auf ein Guerilla-Lager erbeutet" wurde in der letzten Nummer des „Klassenkampf" vom 22.12. zum ersten Mal veröffentlicht. Die Redaktion des „Klassenkampf" erhielt es zusammen mit anderen Fotos aus den Ausbildungslagern der Befreiungskämpfer von der Redaktion der „Kommunistischen Volkszeitung", Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Wie die Redaktion der KVZ enthüllt, befindet sich das Negativ in ihrer Hand und ist auch von ihr entwickelt worden.



„In Mozambique oder gar im Lager von Chimoio befand sich kein einziger Abzug, weil die Bilder noch gar nicht nach Mozambique zurückgeschickt worden sind. Die ZANU hatte sie der KVZ übergeben, um den Kampf des Volkes von Zimbabwe in Westdeutschland und Westeuropa zu propagieren". (KVZ, Nr.1/2.1.78). Die Geheimagenten des rhodesischen Informationsministeriums in Österreich haben sich also den „Klassenkampf" besorgt und ein Funkbild nach Salisbury geschickt. So konnte es dann „Die Welt" am 27.12. abdrucken und über die vorgetäuschten „Erfolge" der Smith-Truppen jubeln. Tatsächlich erhielten die Siedlertruppen aber sogar bei ihrem Überfall auf die Durchgangslager schwere Schläge. Obwohl nur wenige bewaffnete Wachen in den beiden Lagern waren, schossen sie bloß mit ihren Maschinengewehren, Maschinenpistolen und Gewehren insgesamt 8 Flugzeuge ab und töteten eine ganze Anzahl der imperialistischen Söldner.

Streikwelle in Indien

Am 14. Dezember nahmen rund 1 Million Staatsbedienstete im indischen Bundesstaat Maharashtra einen unbefristeten Streik für höheren Lohn, der dem der Bundesbeamten entsprechen soll, auf. Fast die gesamte Verwaltung, große Teile des Krankenhausbetriebes sowie der staatlichen Mölkereien wurden durch den Streik lahmgelegt.

Nach der ersten Streikwoche forderte der indische Premierminister Desai die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, sonst würde er sich mit ihren Forderungen nicht befassen. Es ist nicht bekannt, daß der Streik daraufhin abgebrochen worden wäre. Die Hafenarbeiter vom Bombay schlossen sich dem Streik an und forderten ebenfalls höhere Löhne. 35.000 Arbeiter und Angestellte des nordindischen Bundesstaates Assam, darunter viele Lehrer, traten Mitte Dezember in den Streik für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. Am 20. November schon hatten 30.000 Gemeindebedienstete im Bundesstaat Bihar den Streik für Pensionen, Lohnzulagen und andere Sozialleistungen aufgenommen. Über den Verlauf der Streiks ist bisher nichts bekannt.

Internationale Bauxitvereinigung beschließt Mindestpreispolitik

Anfang Dezember hat die Internationale Bauxitvereinigung (IBA) eine Mindestpreispolitik bei Bauxitverkäufen eingeführt. Dies wurde auf einem Ministertreffen der IBA-Mitglieder beschlossen.

Für 1978 soll der Mindestpreis für Bauxit, das 45% Aluminiumoxyd enthält, auf dem nordamerikanischen Markt 24US-Dollar pro Tonne betragen. Für die anderen Märkte der Welt sollen die Mitglieder entsprechende Preise wählen mit Berücksichtigung der spezifischen Bedingungen.

Diese Politik wird eine „leichte Erhöhung" der Bauxitpreise bringen, „aber das wichtige dabei ist, daß wir dabei übereinstimmen", sagte H. Guda (Surinam), Generalsekretär der IBA.

Die Internationale Bauxitvereinigung wurde 1974 gegründet und hat heute 11 Mitglieder: Jamaica, Guayana, Surinam, die Dominikanische Republik, Haiti, Guinea, Sierra Leone, Ghana, Indonesien, Jugoslawien und Australien, das sich anfangs von dieser Politik ausschließen wollte. Diese Länder liefern 75% der Weltproduktion von Bauxit. (aus Hsinhua, 11.12.)

Sowjetischer Getreidebetrug an Indien

28.000 Tonnen Weizen verlangen die Sozialimperialisten von Indien. Kostenlos. Vor 4 Jahren war Indien wegen Mißernten auf Getreideimporte angewiesen, Breschnew versprach 2 Millionen Tonnen „zinsfrei".

Das indische Volk hat seither die Landwirtschaft und die Kleinindustrie entwickelt. Mit dem Devisenkontrollgesetz (FERA) ist eine Barriere gegen die Ausbeutung durch imperialistisches Kapital geschaffen worden. Heute verfügt Indien über große Getreidevorräte und Devisenreserven. Die Imperialisten wittern Möglichkeiten. Die Sozialimperialisten fordern jetzt für den „zinsfreien" Weizenkredit 28.000 Tonnen als „Kompensation": der indische Weizen sei weniger proteinhaltig.

Wer hat ein Interesse an der Hetze gegen Ägypten ?

Das „Weihnachtswunder" von Ismailia, das sich die Bourgeois-Presse sehnlichst erhofft hat, blieb aus. Stattdessen „bescherte" ihr Präsident Sadat von Ägypten die Tatsache, daß seine Regierung den Plan Menachem Begins für ein Separatabkommen mit Israel eindeutig ablehnte. Dieser „Plan" sah in seinem Kernstück vor: Schrittweiser Rückzug der israelischen Erobererarmee aus Teilen des ägyptischen, besetzten, Territoriums der Sinai-Halbinsel; Demilitarisierung dieses Gebiets (was gleichbedeutend wäre mit einem Verbot für Ägypten, seine Souveränität auf eigenem Boden auszuüben); und Aufnahme von Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Kolonialgebilde und Ägypten. Bezüglich der erst seit 1967 besetzten Teile Palästinas (Westufer und Gazastreifen) „schlug" Begin „vor", daß die zionistische Armee dort bleiben soll, ebenso die zionistischen Siedlungen. Die arabische Bevölkerung könne sich für die israelische oder jordanische Staatsbürgerschaft entscheiden und „innere Autonomie" genießen, die wesentlichen Belange (Militär und Außenpolitik) sollten weiterhin israelischer Kontrolle unterstehen. Dieser Plan, den der Laufbursche Begin zuvor mit seinem Oberherrn Jimmy Carter abgesprochen hat, ist in Ismailia nicht durchgekommen.

Mehr noch: Statt ein Separatabkommen zu erreichen, mußte Begin die Mitteilung zur Kenntnis nehmen, daß die arabischen Völker und Länder nur an einer Gesamtlösung interessiert sind. Ferner mußte er erfahren, daß Präsident Sadat für die 1967 besetzten Teile Palästinas die Errichtung eines selbständigen Palästinenserstaates fordert. Bestürzt äußerte sich Carter, daß er sich das nicht vorstellen könne (ORF, 29.12.)

Das Scheitern des Beginplanes - Zeichen für die Schwäche des US-Imperialismus

Im grellen Licht der Tatsachen weist der Plan eines „amerikanischen Friedens" rasch zunehmende Abnutzungserscheinungen auf. „Der Plan Begins ist nunmehr von Jordanien abgelehnt worden. Wie nach einer Kabinettssitzung in Amman erklärt wurde, werde Jordanien an keiner Regelung mitwirken, die ein arabisches Land an Israel ausliefere". (Arbeiter-Zeitung, 30.12.) Die amtliche saudi-arabische Nachrichtenagentur erklärt, „jegliche Lösung, die nicht auch die Schaffung eines unabhängigen Palästinenserstaates gewährleiste, sei völlig unannehmbar" (Neue Zürcher Zeitung, 28.12.). Unter Zugzwang hat der Häuptling der US-amerikanischen Supermacht nun seine Tournee angetreten, die ihn unter anderem in den Nahen Osten führt. Eingeleitet hat er sie mit unverhüllten Drohungen an die Adresse Jordaniens und Saudi-Arabiens, sich doch wenigstens an den weiteren Gesprächen zu beteiligen. Den Boden hofft er bereitet zu haben mittels der währungspolitischen Erpressungen anläßlich der letzten OPEC-Konferenz in Venezuela durch die USA. Bei einem Kurzaufenthalt in Assuan soll Sadat doch noch von der Forderung nach einem Palästinenserstaat abgebracht werden. Erfolge konnte Carter bei seinem ersten Aufenthalt in Teheran nicht landen.

Was hat es zu bedeuten, wenn die USA ihren israelischen Kettenhund unter großem Friedensgetöse mit einem Plan ins Feld schicken, der ein modifizierter Aufguß des „Roger-Planes" von 1971 ist, und wenn die Regierungen von Ägypten, Jordanien, Kuwait, Saudi-Arabien usw. diesen Plan kategorisch ablehnen? Es bedeutet, daß die Supermacht USA im Nahen Osten zunehmend an Boden verliert, es dokumentiert die gewaltig angewachsene Stärke des Kampfs der unterdrückten Nationen für nationale und soziale Befreiung und insbesondere des Kampfs der Staaten der Dritten Welt gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte. Seit langem bestehende Tendenzen zur Aussöhnung mit Israel unter den arabischen Ländern werden durch den Widerstand der arabischen Völker, vor allem des palästinensischen Volkes unter der Führung der PLO, in ihre Schranken verwiesen. Die Ablehnung eines Separatabkommens durch Ägypten, die Sadat schon vor seiner Jerusalem-Reise betonte, schlägt auch der Sowjetunion Ansatzflächen für ihre Versuche zur tiefgehenden Spaltung der arabischen Liga aus der Hand.

Was steckt hinter dem „Verrat"- Geschrei der russischen Sozialimperialisten?

Keineswegs kann also die Rede davon sein, daß die USA die „Friedensgespräche" erfolgreich nutzen konnte, um größeren Einfluß im Nahen Osten zu gewinnen. Das aber behauptet die Sowjetunion. Warum brüllt sie von „Verrat", warum schürt sie an einem ideologischen Klima, in dem die arabischen Länder „Ägypten wie Israel" behandeln sollen?

Aus einer Untersuchung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland geht hervor, daß die „Wirtschaftshilfe" der Sowjetunion an Ägypten von 1954 bis 1972 die größte war, die diese irgendeinem Land des Nahen Ostens zukommen ließ. Mit 1.198 Millionen Dollar stand diese (zugleich mit Indien und vor jener an den Irak und den Iran) an der Spitze der „Hilfe" der Sowjetunion an Entwicklungsländer überhaupt. Die USA steckten in dieser Zeit in kein einziges arabisches Land mehr „Hilfe"; mit 1.216 Millionen Dollar haben die USA dem Kolonialstaat Israel in dieser Zeit nur wenig mehr zukommen lassen. Die Sozialimperialisten selbst beschreiben die Bedingungen ihrer „Hilfe" so: „...Die Rückzahlung erfolgt durch die traditionellen Exportgüter (oder in inländischer Währung)" („Geschichte der sowjetischen Außenpolitik"). „Traditionelles Exportgut" Ägyptens ist die Baumwolle, die unter dem Joch der alten Kolonialisten weitgehend zur Monokultur wurde. Heute muß durchschnittlich knapp die Hälfte des sowjetischen Jahresverbrauchs an Rohbaumwolle durch eine ägyptische Ernte gedeckt werden. Es zeigt sich: Die Sowjetunion hat gewaltige Ambitionen in Ägypten, Ambitionen, die die der alten Kolonialisten noch weit übertreffen. Das ägyptische Volk und seine Regierung haben mit dem Zerreißen des „Freundschaftsvertrages" diesen Ambitionen kräftige Schranken entgegengestellt.

Danach hat Ägypten seine Wirtschaftsbeziehungen vor allem mit den westeuropäischen Ländern ausgebaut, denen es dabei wesentlich bessere Bedingungen als den Supermächten abringen konnte. 1976 rangierten die USA unter Ägyptens Handelspartnern weit hinter der BRD, Frankreich und den RGW-Ländern, mit denen der Handel seit 1972 bereits stark abgenommen hatte. Es ist also erstens eine völlige Verdrehung der Tatsachen, wenn heute verschiedenen Orts behauptet wird, Ägypten habe das sozialimperialistische Joch mit dem der USA vertauscht. Es ist zweitens falsch, zu sagen, daß Ägypten seither nicht erfolgreich den Widerspruch zwischen den Supermächten und der Zweiten Welt, vor allem zu Westeuropa, zu seinen Gunsten und denen der arabischen Länder nutzt. Drittens hat Ägypten unter Präsident Sadat bedeutende Beiträge dazu geleistet, daß es den arabischen Ländern immer besser gelingt, die Imperialisten Westeuropas zu zwingen, ihren gerechten Forderungen Rechnung zu tragen. Es ist verständlich, daß diese Entwicklung der Sowjetunion ganz und gar nicht in den Kram paßt.

Gelänge es ihr nämlich, Ägypten erneut an ihre Kette zu bekommen, wäre das nicht bloß wirtschaftlich von Vorteil. Die strategische Lage Ägyptens und die direkte Nachbarschaft dieses bevölkerungsreichsten arabischen Landes zum Kolonialstaat Israel machen es zu einem begehrenswerten Objekt im Ringen der beiden Supermächte. Daß die Sowjetunion dabei im Verhältnis zu den USA strategisch in der Offensive ist, zeigen die Schwerpunkte im Aufbau der russischen Kriegsmarine im Mittelmeer, die auf Intervention, Landung und Deckung des Abschnitts „östliches Mittelmeer" gerichtet sind. Besieht man sich die Aufstellung der Flotten der beiden Supermächte im Mittelmeer, ergibt sich folgendes Bild: „1972/73 stehen der 6. US-Flotte bereits folgende Kapazitäten der Kriegsmarine der Sozialimperialisten gegenüber: Bei den Zerstörern ist das Verhältnis 2:1, d.h., 21 Zerstörer der 6. US-Flotte im Mittelmeer gegenüber 10 Zerstörern der Flotte der Sozialimperialisten. Bei den Nachrichten- und Aufklärungsschiffen beträgt das Verhältnis zu diesem Zeitpunkt 2auf seiten der US-Imperialisten zu 6 auf seiten der Sozialimperialisten, bei den Torpedobooten 2:3, bei den Unterseebooten 6:12 und bei Minenlegern 4:2. (....) Als natürliche Brücke zwischen Afrika und Asien und auf Grund der Suez-Verbindung zwischen Atlantik/Mittelmeer und Rotem Meer/Indischem Ozean stellt Ägypten eine Schlüsselstellung im Kampf der Imperialisten im östlichen Mittelmeer, im Nahen Osten" und für ihre Kriegsvorbereitungen um Europa dar. (Kommunistische Volkszeitung, Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Nr. 50/77, 12. Dezember 77). Die US-Imperialisten versuchen, es über die Bedrohung durch Israel zu erpressen, die Sozialimperialisten heute vor allem durch die möglichst tiefgehende Spaltung der Arabischen Liga. Bald nach der Konferenz von Tripoli traf in Libyen eine ranghohe sowjetische Militärdelegation ein, um Maßnahmen zur Verstärkung dieses Drucks auf Ägypten einzuleiten. Die Sowjetunion will in diesen beiden nordostafrikanischen Staaten unbedingt, auf die eine oder andere Weise, festen Fuß fassen. Gelingt ihr das, dann hat sie einen bedeutenden Schritt vorwärts gesetzt, um ihre Kräfte an der Südflanke Europas nach vorn zu gruppieren.

Trotz Spaltungsversuchen wenden sich die arabischen Völker und Länder gegen beide Supermächte

Im „Klassenkampf" Nr. 24/77 haben wir darauf hingewiesen, daß die Sowjetunion dabei an der Tatsache anknüpft, daß es in den arabischen Ländern breiten und berechtigten Widerstand gegen die Pläne eines Separatabkommens gab und gibt, die anläßlich der Gespräche in Jerusalem und Ismailia von den USA und Israel propagiert wurden. Diesen Widerstand versuchte und versucht sie umzumünzen für die Herstellung des „fortschrittlichen arabischen Lagers". Insoferne kollaboriert sie auch mit der anderen Supermacht, wie ihr übrigens auch der Sahara-Konflikt Gelegenheit gab, auf Algerien entsprechend Druck auszuüben zwecks Beitritt zu einem angeblich in Tripoli hergestellten „gemeinsamen militärischen Kommando". Die Regierung des Irak hat in Tripoli vor Verlassen der Konferenz betont, daß der Kampf gegen Aussöhnungstendenzen im gemeinsamen arabischen Lager gegenüber Israel sinnlos und schädlich sei, wenn er nicht auf der Grundlage der ausdrücklichen Ablehnung der UNO-Resolutionen 242 und 338 geführt werde, d.h., wenn nicht objektiv der Hauptstoß gegen die beiden Supermächte geführt werde, die Israel jeweils erhalten wollen, um ihren Zugriff auf den Nahen Osten zu erhalten oder zu stärken. Kein einziges arabisches Land ist dazu zu bewegen, vor den Plänen Carters und Begins zu kapitulieren. Immer mehr arabische Länder weigern sich, den sozialimperialistischen Tiger stattdessen an der Hintertür hineinzulassen. Fast aus der gesamten Region des Roten Meeres ist er hinausgeworfen worden, teilweise wird er schon unmittelbar militärisch bekämpft, wie in Eritrea. Ägypten selbst hat BRD-Kanzler Helmut Schmidt, der jüngst in Kairo weilte, wissen lassen, daß die führenden Imperialisten der Zweiten Welt die Notwendigkeit eines Palästinenserstaates anerkennen müssen – was Schmidt tun mußte, und was den Widerspruch der BRD zu den USA zwangsläufig verschärfte – und daß sie bedeutende Zugeständnisse an Ägyptens Forderungen in Wirtschafts- und Finanzfragen machen müßten – wozu sich die BRD-Regierung ebenfalls verdrossen gezwungen sah, um ihrerseits im Rahmen der EG mehr Spielraum gegenüber den Supermächten im Nahen Osten zu erhalten. Ägypten hat dadurch seine einseitigen Abhängigkeiten weiter zu lockern vermocht.

In Palästina geht der heldenhafte Kampf des palästinensischen Volkes unter der Führung seiner einzig legitimen Vertreterin, der PLO, für die Befreiung des ganzen Landes weiter. Dieser Kampf ist selbst der größte und bedeutendste Beitrag, um im Nahen Osten den Supermächten aufs Haupt zu schlagen, und auch dort ihren Kriegsvorbereitungen um Europa erhebliche Hindernisse in den Weg zu stellen.

Red.

Gangstermethoden der Sozialimperialisten

Die Sowjetunion hat in der Woche vor Weihnachten eine Luftbrücke nach Äthiopien errichtet, über die sie schwere Waffen und etwa vierhundert sowjetische Offiziere eingeflogen hat.

Um ihren direkten Einfluß in diesem Gebiet nach dem Rausschmiß aus Somalia zu halten, haben die Sozialimperialisten jetzt 500 russische Offiziere und fast 1.000 kubanische Söldner in Äthiopien stationiert.

Die sowjetische Luftbrücke führte über verschiedene Staaten Afrikas und Asiens, deren Souveränität und deren Luftraum von der russischen Luftflotte kaltschnäuzig mißachtet wurde. Die Staaten, deren Erlaubnis für die Überquerung des Luftraumes nicht eingeholt wurde, sind: Jugoslawien, Ägypten, Sudan und Pakistan. Direkten Betrug übten die Sozialimperialisten an einigen Ländern der Dritten Welt, indem sie Zwischenaufenthalte zum Auftanken erzwangen, unter dem Vorwand, daß die Flugzeuge zur Unterstützung Mozambiques gegen die rhodesischen Angriffe unterwegs seien.

Demgegenüber wurde jetzt bekannt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten nach Mozambique – bisher kein taugliches Kriegsmaterial – außer alten Flugzeugen und T-34-Panzern, die Mozambique keine ernsthafte Verteidigung gegen die rhodesischen Angriffe ermöglichen würden, lieferten und es hat auch angesichts der verstärkten rhodesischen Angriffe keine Zunahme der Waffenlieferungen dorthin gegeben. Der Grund liegt in der Weigerung Mozambiques, eine größere Zahl von militärischen Beratern aus Kuba oder aus der UdSSR ins Land zu lassen, also die Unabhängigkeit für die Waffen zu verkaufen.

Neue Angriffe der französischen Imperialisten gegen das saharauische Volk

Die militärischen Drohungen, die die französischen Imperialisten bereits im November im Zusammenhang mit der Gefangennahme französischer Techniker und Militärberater gegen die Frente POLISARIO ausgestoßen haben, wurden im Dezember wahrgemacht. Im Verlauf des letzten Monats haben französische „Mirage" und „Jaguar"-Jäger drei Angriffe gegen Kolonnen der Frente POLISARIO geflogen. Am 18. Dezember wurden bei einem solchen Angriff 15 Kämpfer der Befreiungsarmee sowie 74 mauretanische Gefangene getötet. Wie der Verteidigungsminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara dazu erklärte, haben die französischen Imperialisten bei ihren Angriffen neben Raketen auch Phosphor- und Napalmbomben gegen die Kämpfer der Befreiungsfront eingesetzt.

Bisher hatten die französischen Imperialisten mit der Deckung durch den US-Imperialismus die Armeen Mauretaniens und Marokkos in den Kampf gegen das saharauische Volk vorgeschickt. Die jetzige offene militärische Aggression Frankreichs ist die Reaktion der Imperialisten auf den verstärkten Befreiungskampf des Volkes. Am 12. Dezember hatte die F.POLISARIO einen Erzzug auf der Strecke zwischen den französischen Erzgruben in Zouerate und dem Hafen Nuadibu angegriffen und damit den Lebensnerv des französichen Imperialismus in der Westsahara getroffen.

Wie „L'Humanité Rouge", Zeitung marxistisch-leninistischer Kommunisten Frankreichs, dazu feststellte, nimmt die militärische Intervention gegen den saharauischen Befreiungskampf schon jetzt den „Weg des Fiaskos".

Bei einem dieser Luftangriffe wurden von den Befreiungskämpfern zwei französische „Jaguar"-Jäger abgeschossen. Am 18. Dezember hat eine saharauische Kolonne die mauretanische Garnison Tmeimichat in Westsahara angegriffen und dabei 152 feindliche Soldaten getötet.

Daß es der französischen Regierung um die Niederwerfung des Befreiungskampfes und die Unterwerfung der westlichen Sahara geht und weniger um die „Befreiung französischer Geiseln", wie sie ursprünglich vorgegeben hat, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Luftangriffe zu einem Zeitpunkt stattgefunden haben, in dem die F.POLISARIO sich zur Freigabe der acht Kriegsgefangenen bereit erklärt hat.

In einem Kommuniqué der F.POLISARIO wird dazu festgestellt, daß das Schicksal der französischen Kriegsgefangenen lediglich „als ein Alibi und ein Deckmantel für eine direkte französische Invasion in einem neuen Kolonialkrieg dienen soll."

Die Hintergründe für diese militärische Intervention sind in der Entschlossenheit des saharauischen Volkes zu suchen, das nationale Selbstbestimmungsrecht zu erkämpfen und die Reichtümer seines Landes für den Aufbau einer nationalen Wirtschaft zu verwenden.

„Die Demokratische Arabische Republik Sahara ist Ergebnis des heroischen und historischen Kampfes des saharauischen Volkes für die Wahrung seiner nationalen Unabhängigkeit und seiner territorialen Integrität, sie ist die Konkretisierung seines Willens, frei und in Würde zu leben." Dieses Ziel hat das saharauische Volk in der Präambel der Verfassung der Demokratischen Arabischen Republik festgelegt, die am 27. Februar 1976 nach Abzug der spanischen Kolonialisten gegründet wurde. Für dieses Ziel kämpft das saharauische Volk unter der Führung der F.POLISARIO gegen die Besetzung seines Landes durch marokkanische und mauretanische Truppen. Mit der Aufnahme des Kampfs um seine nationale Befreiung hat es allen Imperialisten den Kampf angesagt, denn für sie – besonders für die beiden um Weltherrschaft ringenden Supermächte – ist das Gebiet der westlichen Sahara von großer Bedeutung. Im Kampf für dieses Ziel haben die saharauischen Kämpfer bereits zwei Drittel des Landes befreit.

Die französischen Imperialisten sind gemeinsam mit der BRD und v.a. den USA-Konzernen heute die größten Ausbeuter des natürlichen Reichtums des saharauischen Wüstenbodens.

Die Westsahara verfügt über die größten bekannten Phosphatreserven der Erde. Dieser für die chemische Industrie äußerst wichtige Rohstoff ist für die Imperialisten von besonderem Interesse. Hinzu kommt noch die besondere Qualität des saharauischen Phosphats: es ist im Tagbau abbaubar und von doppelt so hoher Qualität wie das Phosphat in den anderen Lagerstätten der Erde.

Da die USA, die Sowjetunion und Marokko zwei Drittel der Weltproduktion an Phosphaten besitzen, wovon allein Marokko und die Westsahara über rund ein Viertel der Produktion verfügen und mehr als die Hälfte des exportierten Phosphats liefern, ist die Kontrolle des Phosphatreichtums der Westsahara für jede der beiden Supermächte von entscheidender Bedeutung für die Erlangung einer Monopolposition. Derzeit beuten noch US-Monopole sowie französische und deutsche Banken die Phosphatminen bei Bou Craa aus.

Neben dem Phosphat gilt das Ausbeutungsinteresse der imperialistischen Monopole einer Reihe von anderen Reichtümern, die unter dem Sand der Westsahara liegen, die z.T. große Bedeutung für die imperialistische Wirtschaft, besonders für die Kriegsproduktion haben: neben Erdöl und Erdgas Stoffe wie Uran, Titan, Zink, Eisenerz, Kupfer und Kali.

Das Küstengebiet vor der Westsahara und Marokko ist die drittreichste Fischbank der Welt, die neben den amerikanischen und japanischen Imperialisten bereits die schwimmenden Fischfabriken der sozialimperialistischen Supermacht angelockt hat, die sich an der Ausplünderung des nationalen Fischreichtums des marokkanischen und saharauischen Volkes beteiligt. Aus dieser Fischbank rund um die Kanarischen Inseln, die der Westsahara vorgelagert sind, räubern die sowjetischen Sozialimperialisten über die Hälfte der Fischmenge zusammen, die sie außerhalb ihrer eigenen Gewässer fischen. Auf den Kanarischen Inseln hat die Sowjetunion Anlaufrechte und Stützpunkte, offiziell zur Wartung und Reparatur ihrer Fischfangflotte.

Neben seiner wirtschaftlichen Bedeutung ist das gesamte Gebiet des Magreb und besonders Marokko und die Westsahara von großer strategischer Bedeutung. Das Gebiet liegt an den Schiffahrtsrouten in den Südatlantik, an der Südflanke Europas sowie am Übergang vom Atlantik zum Mittelmeer. Deshalb unterhält die amerikanische Supermacht in Marokko und auf den kanarischen Inseln sowie auf den Azoren Stützpunkte und Radarstationen. Durch Flottenmanöver hat auch die Sowjetunion bereits ihren Anspruch auf dieses Gebiet angemeldet.


Kämpferinnen des saharauischen Volkes

Das saharauische Volk führt den Kampf um die nationale Nutzung seines Reichtums. Den bewaffneten Kampf um nationale Befreiung hat es schon gegen die spanischen Kolonialherren aufgenommen und sie schließlich zum Rückzug gezwungen. Das Manöver der spanischen Regierung, das Land des saharauischen Volkes in einem Vertrag an Marokko und Mauretanien zu verteilen, stand unter Patenschaft des US-Imperialismus, begeisterte die französischen Imperialisten und wurde von der sozialimperialistischen Supermacht geduldet.

Nachdem sich gezeigt hat, daß - trotz massiver militärischer "Hilfe" durch die USA und Frankreich – weder das mauretanische noch das marokkanische Volk gewillt sind, einen Vernichtungskrieg gegen ein arabisches Brudervolk zu führen, sahen sich die französischen Imperialisten gezwungen, selbst einzugreifen. Als ehemalige Kolonialherren im westlichen Afrika, die heute noch starke Positionen bei der neokolonialen Ausbeutung und Unterdrückung festhalten, setzen sie dabei auf „angestammte" Kolonial„rechte" im Magreb, und versuchen, mit ihrem Eingreifen ihr Gewicht im gesamten südlichen Mittelmeerraum zu erhöhen. Sie schrecken dabei nicht vor dem Versuch zurück, Marokko, Mauretanien und Algerien in einen arabischen Bruderkrieg zu hetzen. Mit solcher Absicht treffen sie sich mit den Wunschvorstellungen der SU, die liebend gern einen bewaffneten Konflikt zwischen arabischen Staaten anzetteln würde, um sich dann als „Freund der arabischen Nation" auch in dieses Gebiet hineinzusetzen. Auch wenn die Aussichten der Imperialisten angesichts der Kampfentschlossenheit des saharauischen Volkes nicht gut sind, schafft ihre militärische Eskalation in diesem Raum eine ernste Situation.

Das Ringen der beiden Supermächte um Hegemonie sowie der Zwang des Sozialimperialismus, auch in diesem Gebiet der Welt dem Einfluß des US-Imperialismus den Kampf anzusagen, gibt dem gerechten Kampf des saharauischen Volkes um das Recht auf nationale Selbstbestimmung und seine nationale Befreiung große internationale Bedeutung. Er verdient unsere vollste Unterstützung!

10 Jahre Revolutionäre Armee Kampucheas



Am 17. Jänner 1968 griffen kambodschanische Partisanen unter dem Kommando der Kommunistischen Partei Kampucheas eine feindliche Festung 11 km nördlich der Stadt Battambang an, vernichteten sie vollständig und bemächtigten sich der Waffen des Feindes, um sich selbst zu bewaffnen. Mit diesem Tag begann das kambodschanische Volk den bewaffneten Kampf gegen Imperialismus und Reaktion, es antwortete auf den konterrevolutionären Krieg, der von der Lon-Nol-Clique im Dienst des US-Imperialismus zur Niederschlagung der Befreiungsbewegung entfesselt worden war, mit dem revolutionären Krieg.

In den 10 seither vergangenen Jahren hat sich das Bild Kambodschas grundlegend geändert. Nicht mehr die ausländischen Imperialisten, ihre Statthalter und die Großgrundbesitzer bluten das Volk aus und knechten es; sie wurden im nationalen Volksbefreiungskrieg von der Revolutionären Armee und der Bevölkerung Kambodschas vernichtend geschlagen und vertrieben. Die Arbeiter und Bauern Kambodschas sind heute die Herren ihres Landes. Bei der Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität, bei der Festigung der Errungenschaften der Revolution und beim sozialistischen Aufbau ist die Revolutionäre Armee eine feste Stütze für das Volk. Die Soldaten arbeiten Schulter an Schulter mit den Mitgliedern der Kooperativen bei der landwirtschaftlichen Produktion, bei der Errichtung von Gebäuden und Bewässerungsanlagen, sie helfen bei der Erziehung und Ausbildung und produzieren auch für den Eigenbedarf.

Es lebe die Revolutionäre Armee Kampucheas!
Es lebe die Kommunistische Partei Kampucheas!
Es lebe das Demokratische Kampuchea!

Genosse Mijal, Generalsekretär der KP Polens, zur Einschätzung der internationalen Lage und zur Theorie der Drei Welten

Wir veröffentlichen Auszüge aus dem Artikel des Genossen K. Mijal „Hoch die Maotsetungideen". Genosse K. Mijal ist Generalsekretär der Kommunistischen Partei Polens.

Die Kommunistische Partei Polens ist die Partei des polnischen Proletariats, die den Kampf gegen die Bourgeoisie, gegen die sozialimperialistische Besatzung Polens und gegen das sozialfaschistische Gierekregime führt. Die Gründung der KP Polens wurde unerläßlich durch den revisionistischen Verrat der Führer der „Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei". Seit der Gründung war die Partei stets im Lande selbst tätig, wenn auch in strengster Illegalität.

Genosse Mijal ist schon seit Jahrzehnten in der internationalen und der polnischen kommunistischen Bewegung an führender Stelle tätig gewesen.

Wir bringen eine gekürzte Fassung der in der Peking Rundschau 51/77 veröffentlichten Auszüge aus dem Artikel.



Das sozialistische Weltsystem

Nach der russischen Oktoberrevolution gab es in der Welt zwei Systeme - das kapitalistische und das sozialistische System. Nach dem II. Weltkrieg gingen zahlreiche Länder den Weg des Aufbaus des Sozialismus. So entstand das sozialistische Lager mit der Sowjetunion an der Spitze. Nach dem Tod Stalins rissen die modernen Revisionisten die Macht in der KPdSU an sich, und die Sowjetunion degenerierte zu einer sozialimperialistischen Großmacht. Das sozialistische Lager hörte auf, zu existieren.

Der Zerfall des sozialistischen Lagers bedeutet nicht, daß auch das sozialistische Weltsystem nicht mehr existiert. Das sind zwei verschiedene Dinge.

Die große chinesische Revolution hält das Banner der Großen Oktoberrevolution, das von der Revisionistenclique um Chruschtschow-Breshnew über Bord geworfen wurde, hoch und marschiert weiter auf dem Weg der Oktoberrevolution und der Diktatur des Proletariats. Sie hat die Schatzkammer der Oktoberrevolution bereichert, hält sie in Ehren und übt auf die Entwicklung der Menschheit einen immer größeren Einfluß aus.

China ist ein sozialistisches Land, auch ein Entwicklungsland und gehört zur Dritten Welt. Die Länder der Dritten Welt stehen an der Seite Chinas. Das sozialistische Weltsystem und das Weltproletariat sind die Hauptstütze der revolutionären Kräfte in der Welt, die stark sind wie nie zuvor. Um sie sammeln sich die revolutionären Kräfte aller Völker, die für staatliche, nationale und wirtschaftliche Unabhängigkeit, für politische Souveränität sowie gegen den imperialistischen Krieg kämpfen und eine weltweite demokratische Einheitsfront gegen Imperialismus, Kolonialismus und den Hegemonismus der beiden Supermächte bilden.

Mao Tsetung hat die Errungenschaften der chinesischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus verteidigt und die Diktatur des Proletariats in China gegenüber der ernsten Bedrohung durch den russischen Sozialimperialismus verteidigt. Dabei hat er zugleich das sozialistische Weltsystem vor der aktuellen Bedrohung und der möglichen Auslöschung durch die Kräfte des internationalen Imperialismus geschützt.

Die grundlegenden Widersprüche der heutigen Welt

Durch die Strukturanalyse der kapitalistischen Welt und die daraus abgeleitete Teilung der Welt in drei Teile, Teile, die in Widerspruch zueinander stehen, legte Mao Tsetung in einfacher und klarer marxistisch-leninistischer Weise das gegensätzliche Beziehungsgefüge des Weltkapitalismus dar. Dies erleichtert dem Proletariat und allen wahrhaft marxistisch-leninistischen Parteien die Ausarbeitung ihrer revolutionären politischen Linie.

Der grundlegende Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat durchzieht die ganze kapitalistische Welt. Wo das Kapital tätig ist, dort gibt es Widerspruch zwischen Bourgeoisie und Proletariat und Klassenkampf. Das ist das ABC des Marxismus.

Zwischen den imperialistischen Ländern und zwischen den Monopolgruppen existieren grundlegende Widersprüche, die sich zunehmend verschärfen. Aber unter diesen Widersprüchen ist der Widerspruch zwischen den USA und der Sowjetunion der Hauptwiderspruch. Daher bilden die beiden Supermächte die Erste Welt. Die Widersprüche zwischen den entwickelten Ländern, ausschließlich der USA und der Sowjetunion, sind zwar wichtig, aber dennoch zweitrangig. Deshalb bilden diese Länder eine Sondergruppe - die Zweite Welt. Die Widersprüche zwischen den Supermächten der Ersten Welt und den entwickelten Ländern der Zweiten Welt sind zwar auch wichtig, aber ihre Bedeutung tritt hinter dem Hauptwiderspruch zwischen den USA und der Sowjetunion zurück. Die Supermächte betreiben beide eine imperialistische, kolonialistische und hegemonistische Politik und versuchen in ihrem Streben nach Weltherrschaft nicht nur die Länder der Dritten Welt unter Kontrolle zu bringen, sondern auch die entwickelten Länder der Zweiten Welt.

Heutzutage kämpfen die entwickelten Länder der Zweiten Welt, die keine Kolonien besitzen, um die Aufrechterhaltung und Erweiterung ihrer Einflußsphären und traditionellen Märkte, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, um von dort billige Rohstoffe und Arbeitskräfte zu importieren und ihr Kapital, ihre Industrieprodukte und anderes in diese Länder zu exportieren. Die entwickelten Länder der Zweiten Welt bilden keinen monolithischen politischen Block, weil sie durch verschiedene grundlegende wirtschaftliche Widersprüche gespalten sind. Darüber hinaus spitzt sich der ernste Klassenkampf innerhalb dieser Länder immer mehr zu und wird zunehmend verwickelter. Nach außen hin kämpfen sie an zwei Fronten. Sie müssen ihren Einfluß in den Ländern der 3. Welt aufrechterhalten und ausdehnen. Zugleich müssen sie gegen die immer frechere Einmischung der beiden Supermächte in ihre inneren Angelegenheiten kämpfen sowie gegen deren Versuche, die Lasten und Einbußen der wachsenden Wirtschaftskrise und der allgemeinen kapitalistischen Krise auf sie abzuwälzen.

Die Länder der Dritten Welt können und müssen die Differenzen zwischen den entwickelten Ländern der Zweiten Welt, die Widersprüche zwischen den Ländern der Ersten und der Zweiten Welt sowie die sich täglich zuspitzenden Widersprüche zwischen den beiden Supermächten ausnutzen. Dies dient dem Kampf gegen die Hauptgefahr, die Beeinträchtigung ihrer Interessen durch die beiden Supermächte, dem Kampf gegen den Ausbruch eines neuen imperialistischen Weltkrieges und festigt ihre Souveränität und politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit.

An wen richtet sich die Warnung, „Man darf sich niemals auf eine imperialistische Macht stützen, um eine andere zu bekämpfen oder sich vor einer imperialistischen Macht zu schützen"? In bezug auf die Agenten der Bourgeoisie in der kommunistischen Weltbewegung geht es ja wohl nicht um „Stützen" oder „Nichtstützen", sondern darum, daß sie tatsächlich der Bourgeoisie dienen. Alle marxistisch-leninistischen Parteien sind der Auffassung, daß die obige Behauptung falsch ist. Marxistisch-leninistische Parteien, die noch um die politische Macht kämpfen, werden sich niemals auf die einheimische Bourgeoisie stützen und keinerlei Verständigung oder Kompromisse mit den Supermächten suchen. Das war die Politik der alten sozialdemokratischen Parteien und ist heute die Politik der modernen Revisionisten. Aber das sind bürgerliche Arbeiterparteien. Dann ist die obige Behauptung wohl eine Warnung an die sozialistischen und kapitalistischen Länder und verlangt von ihren Regierungen, keinerlei Verständigung oder Kompromisse mit irgendeiner Supermacht zu suchen. Nur so kann man das Wort „stützen" verstehen. Aber auch dieser Standpunkt ist falsch.

Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung haben Losungen der verschlossenen Tür wie „Zum Teufel mit allen Abkommen und Kompromissen!" entschieden verworfen. Marx und Engels stellten fest: „Wo es aber einen Kampf gegen die bestehende Regierung gibt, alliieren wir uns selbst mit unsern Feinden". („Stein", 1849). Lenin nutzte die reaktionärsten russischen und internationalen Kräfte für den Sieg der Revolution aus. Stalin bediente sich eines Teils der Truppen der reaktionären polnischen Exilregierung gegen Hitlerdeutschland. Auch Mao Tsetung nutzte im antijapanischen Widerstandskrieg die reaktionären Kräfte der Kuomintang, mit denen er zuvor gekämpft hatte. Sich der reaktionären imperialistischen Kräfte zu bedienen, um den Hauptfeind zu bekämpfen, ist etwas anderes, als sich auf die reaktionären imperialistischen Kräfte zu stützen. Während des II. imperialistischen Weltkrieges, als die Sowjetunion in einer schwierigen Lage war, trat sie der Allianz gegen Hitler bei. Keinesfalls kann man daraus folgern, sie habe sich auf die USA oder Großbritannien „gestützt".

Für das Weltproletariat läuft die Bestimmung des gefährlichsten gegenwärtigen Feindes der Revolution und des Sozialismus keineswegs den Grundaufgaben zuwider, die in Übereinstimmung mit dem Marxismus-Leninismus und den Grundprinzipien des Klassenkampfes festgelegt wurden. Es ist auch keineswegs eine abstrakte Diskussion darüber entstanden, ob die USA und die Sowjetunion „gleich"gefährlich sind. Es entspricht dem revolutionären Wesen des Marxismus, die konkreten Umstände einer konkreten Analyse zu unterziehen, aber die Kritiker der Theorie über die Dreiteilung der Welt mißachten das. Sie kehren ständig übertrieben ihre Treue zur marxistisch-leninistischen Lehre und dem proletarischen Internationalismus hervor. Sie zitieren Marx, Engels, Lenin und Stalin, aber bei der umfassenden Analyse eines Problems umgehen sie die Kernfrage. Objektiv verteidigen und rechtfertigen sie den Standpunkt des russischen Sozialimperialismus.

Asien, Afrika und Lateinamerika sind die Sturmzentren der Weltrevolution, in denen der Imperialismus direkte Schläge erhält. Das ist klar. Nach dem II. Weltkrieg gab es in Europa, Nordamerika und Ozeanien keine revolutionären Stürme. Es gab Streiks, ja sogar Generalstreiks, aber alle aus wirtschaftlichen Gründen. Es gab Studentendemonstrationen, 1968 in Frankreich sogar revolutionäre Arbeiterdemonstrationen, und 1970 und 1976 kam es in Polen zu scharfen und blutigen revolutionären Kämpfen des polnischen Proletariats gegen die revisionistische Diktatur der Bourgeoisie. All dies führte zum Wechsel der herrschenden Cliquen, zerstörte aber keineswegs das Fundament der Herrschaft des Kapitals und der Bourgeoisie. Selbst der Sturz der portugiesischen faschistischen Regierung entsprang ihrer Niederlage in den portugiesischen Kolonien in Afrika. Eine revolutionäre und objektive Haltung gegenüber den revolutionären Stürmen in der Welt (Mao Tsetung und andere Führer der Kommunistischen Partei Chinas haben sich ausführlich damit befaßt) und ein richtiges Herangehen an die revolutionären Ereignisse, bei denen unsere Brüder und die unterdrückten und ausgebeuteten Völker der verschiedenen Länder ihr Blut vergießen, verlangen von uns: Bruch mit der bürgerlichen Anschauung, daß Europa der Mittelpunkt ist, und Bruch mit der „Theorie", die auf die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von der Warte eine „Elitenation" herabsieht. Diese „Theorie", mit Hintergedanken vom russischen Sozialimperialismus für seine Beziehungen mit diesen Nationen aufgestellt, wurde selbstredend von der Führung des ZK der KP Chinas scharf kritisiert und zurückgewiesen.

Die Sturmzentren der Weltrevolution

Auf dem von Mao Tsetung geleiteten X. Parteitag der KP Chinas im Jahre 1973 stellte Tschou En-lai in seinem politischen Bericht fest: „Die Dritte Welt hat sich im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen und die Machtpolitik der beiden Supermächte noch enger zusammengeschlossen und spielt eine wachsende Rolle in den internationalen Angelegenheiten". Seit über zwanzig Jahren wird der Begriff „Dritte Welt" in Wissenschaft und Politik gebraucht. 1970 wurde der Begriff in politische Wörterbücher aufgenommen. Aber manche Leute fragten einfältig: „Was ist die 'Dritte Welt'?" Jeder Arbeiter kann das leicht beantworten: „Das sind die ärmsten, am meisten unterdrückten und ausgebeuteten Völker der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder". Wo es Hunger, Versklavung, Unterdrückung und Ausbeutung gibt, gibt es Rebellion und revolutionäre Stürme. Die Dritte Welt ist die gewaltige Quelle der Superprofite und der wirtschaftlichen Stärke des internationalen Monopolkapitals, besonders des US-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus. Zugleich ist sie auch das schwächste Glied der politischen Kette und das Schlüsselgebiet des Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus der beiden Supermächte.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern und in den imperialistischen Bastionen mit moderner Industrie konzentrieren sich die stärksten unmittelbaren und potentiellen Kräfte der Arbeiterklasse. Obwohl der Klassenkampf keineswegs aufgehört hat, sich in der letzten Zeit vielmehr verschärft hat, sind diese Länder aber noch nicht „die Sturmzentren der Weltrevolution". Wir sind davon überzeugt, daß in West-, Osteuropa und Nordamerika „der große Tag der großen Schlacht früher oder später kommen wird". Aber heutzutage „kann niemand leugnen, daß die Sturmzentren der Weltrevolution die weiten Gebiete Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sind".

VR China: Durch Anpacken des Klassenkampfs als Hauptkettenglied:

1977 große Fortschritte beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft erkämpft

Seit dem Sturz der konterrevolutionären „Viererbande" im Oktober 1976 hat das chinesische Volk mit ungeheurem Elan die Produktion wieder konsolidiert und schwunghaft vorangetrieben. Im Jahr 1977 hat es einen großen Beitrag auf dem Weg zum Ziel geleistet, China noch in diesem Jahrhundert zu einem großen, modernen und starken sozialistischen Staat aufzubauen. Seit November wird laufend die vorfristige Erfüllung der Produktionspläne aus einzelnen Fabriken, Volkskommunen, Kreisen oder Provinzen gemeldet. Kailuan, eine der größten Kohlenminen Chinas, erfüllte die Pläne für Kohleförderung und Tunnelbau um 24 Tage im voraus. Obwohl die Mine im Vorjahr von einem schweren Erdbeben ernsthaft beschädigt worden war, förderten die Arbeiter Kailuans schon im Juli wieder 35.000t Kohle, was der geplanten Kapazität der Mine entspricht. Die 100.000 Minenarbeiter entfalteten einen sozialistischen Wettbewerb und erreichten im September eine tägliche Fördermenge von 50.000t; sie haben sich zum Ziel gesetzt, noch im Jahr 1977 die höchste Fördermenge von vor dem Erdbeben – 70.000t – zu erreichen.

Die Kohleminen der Provinz Heilunkiang erreichten die Planziele 45 Tage vor der Zeit mit einer Steigerung von 14% gegenüber dem Rekordjahr 1976.

Auch der staatliche Plan für den Bahntransport wurde 24 Tage vorfristig erfüllt. Gerade in diesem Bereich hatte die Parole der „Viererbande": „Lieber sozialistische Verspätung als kapitalistische Pünktlichkeit" großen Schaden angerichtet. Heute fahren die Züge im ganzen Land schneller und mit mehr Fracht; gerade bei so wichtigen Gütern, wie Kohle, Petroleum, Phosphatgestein und Kunstdünger wurden die Transportziele übererfüllt.

Mit 35% Produktionssteigerung gegenüber dem Rekordjahr 1975 wurde am 10. Dezember auch der Plan für die Produktion von Kunstdünger erfüllt.

Obwohl es in der landwirtschaftlichen Produktion wegen der Sabotage der „Viererbande" noch viele Probleme gibt und trotz der ernsten Dürre, konnte eine ziemlich gute Ernte eingebracht werden. Aus der Provinz Kiangsi, wo 70.000 Kader aufs Land gingen, um bei der Durchführung der Parteipolitik zu helfen, wurde schon Anfang Dezember eine Rekordernte gemeldet.

Diese Erfolge an der wirtschaftlichen Front im Jahr 1977 haben die materielle Basis des Sozialismus in China gestärkt, die Diktatur des Proletariats gefestigt und eine Hebung des Lebensniveaus der chinesischen Volksmassen ermöglicht. Die chinesischen Arbeiter und Bauern konnten diese Erfolge nur erringen, weil sie unter Führung der Kommunistischen Partei am Prinzip festhielten: „Die Revolution anpacken, die Produktion fördern". Am 25. Dezember 1976 hatte Genosse Hua Guo-feng in seiner Rede auf der II. Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft als zentrale Aufgabe für 1977 gestellt: „In erster Linie muß die große Massenbewegung zur Entlarvung und Kritik der 'Viererbande' vertieft werden". Nur weil das chinesische Volk diese Kampfaufgabe entschlossen angepackt hat, konnte es auch die sozialistische Wirtschaft voranbringen.

Die „Viererbande" sabotierte die Produktion, weil sie China in ein Chaos stürzen und eine schlechte wirtschaftliche Lage als Argument in ihrem Kampf gegen die Parteiführung einsetzen wollte, und auf diese Art das Klima für ihre Machtergreifung schaffen. In der Sabotage der Produktion sah sie ein wichtiges Mittel zur Unterminierung der Revolution. Sie stellte so reaktionäre Losungen auf, wie „Wenn die Revolution nur vorankommt, spielt ein Produktionsrückgang keine Rolle", und „Solange der Klassenkampf gut angepackt wird, macht es nichts aus, wenn eine Fabrik nichts erzeugt, und eine Farm keine Ernte einbringt." Revolution aber bedeutet Befreiung der Produktivkräfte. „Die Produktivkräfte sind der revolutionärste Faktor. Letzten Endes erfordert die Entwicklung der Produktivkräfte die Weiterführung der Revolution im Überbau und in den Produktionsverhältnissen unter der Diktatur des Proletariats. Veränderungen im Überbau und in den Produktionsverhältnissen bahnen ihrerseits der Entwicklung der Produktivkräfte den Weg." (Hua Guo-feng, Politischer Bericht auf dem 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas). Dieses richtige Verhältnis zwischen Revolution und Produktion wurde nicht nur von der Kommunistischen Partei gegen die Verfälschungen des Marxismus-Leninismus durch die „Viererbande" verteidigt, sondern auch vom ganzen chinesischen Volk in der Praxis bewiesen.

Am Beispiel der Dampfturbinenfabrik Harbin

Bei ihrem Besuch in der Volksrepublik China Ende 1977 besuchte die Delegation des Kommunistischen Bundes Österreichs auch die Dampfturbinenfabrik von Harbin. Wir erfuhren dort, wie die 8.600 Arbeiter der Fabrik im harten Kampf den Sabotageversuchen der „Viererbande" entgegentraten und sahen die ausgezeichneten Leistungen, die sie nach dem Sturz der konterrevolutionären Clique vollbrachten.

Während die Fabrik bei ihrer Inbetriebnahme 1958 nur 12.000- und 25.000-Kilowatt-Turbinen herstellen konnte, werden jetzt 100.000- und 200.000-Kilowatt-Turbinen sowie Gasturbinen produziert. Eine Anlage für die Produktion von 1,000.000-Kilowatt-Turbinen ist im Bau.

Schon bei der Fertigstellung der Fabrik waren die Arbeiter mit der Sabotage durch den Revisionismus konfrontiert. Die Sowjetunion, die bei der Projektierung der Fabrik geholfen hatte, zerriß 1960 alle Verträge, rief ihre Experten zurück, lieferte Anlagen entweder nicht oder ließ sie wieder zurücktransportieren. Doch die Arbeiter der Fabrik haben, gestützt auf die eigene Kraft, alle Anlagen selbst gebaut.



Die Arbeiterinnen der Dampfturbinenfabrik Harbin stehen wie die Männer an der vordersten Front der Produktionsschlacht. Sie bilden 25% der Belegschaft, in der Fräserei sogar 60%. Im Bild eine vorbildliche Arbeiterin.

Die „Viererbande" setzte bei ihren Versuchen, die Produktion zu sabotieren und stillzulegen, vor allem an der Frage des Zusatzlohns an.

Das System des Zusatzlohns, das 1965 in allen Fabriken eingeführt wurde, allerdings überall anders gehandhabt wurde, schaffte die „Viererbande" im November 1967 praktisch ab, indem sie den Zusatzlohn gleichmäßig auf alle Arbeiter verteilte. Diese absolute Gleichmacherei widersprach völlig dem im Sozialismus herrschenden Prinzip: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Auf dieses sozialistische Prinzip wies Mao Tsetung aber mehrmals hin und es wurde in der Verfassung festgehalten. Deshalb schlug das Parteikomitee der Fabrik 1973 eine Änderung des Systems vor. Die damals eingeführte Form des Systems gilt auch heute noch. Er wird auf Grundlage einer Diskussion und Beurteilung der einzelnen Arbeiter in ihren Arbeitsgruppen und der Entscheidung durch die leitenden Kader verteilt. Die Kriterien sind: Verläßlichkeit bei der Arbeit, Pflege der Maschinen, das Bemühen um technische Neuerungen und die politische Schulung. Daß vor der Vergabe des Zusatzlohns die politische Haltung des Arbeiters, ob er rot und fachkundig ist, von seinen Kollegen geprüft wird, ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Systems des Zusatzlohns in der Turbinenfabrik. 90% der Arbeiter erhalten diesen Zusatzlohn, der niedrigste beträgt 4 Yüan, der höchste, den nur Schwerarbeiter bekommen, 8 Yüan.

Nach der Einführung dieses Systems 1973 entfachten einige Anhänger der „Viererbande" eine wütende Kampagne gegen das Parteikomitee. In Wandzeitungen verleumdeten sie es, daß es ein bürgerliches System praktiziere, daß es ein System des materiellen Anreizes durchführe, das der Politik nicht den Vorrang geben würde. Sie griffen das Parteikomitee auch an, weil es die Arbeiter der Fabrik dazu aufgerufen hatte, den Arbeiter Gu Kai, der in einem Jahr die Arbeit von 4 Jahren macht, zum Vorbild zu nehmen, und ihn als Bahnbrecher beim Aufbau des Sozialismus bezeichnete. Dies wurde als Theorie vom „Primat der Produktivkräfte" verteufelt. Gu Kai beschimpften die Anhänger der „Viererbande" als „Maschine, die sprechen kann, ein sprechendes Schaf".

Unter Anleitung des Parteikomitees führten die Arbeiter der Fabrik einen scharfen Kampf gegen die konterrevolutionären Störmanöver und hielten an der Förderung der Produktion fest. Dieser Kampf zwischen dem marxistischen und dem revisionistischen Weg fand auch in den Produktionsziffern seinen Niederschlag:

1973 wurde der staatliche Plan um 2 Monate vorfristig erfüllt.

1974 initiierten die Handlanger der „Viererbande" die Angriffe auf das Parteikomitee und riefen dazu auf, „produziert nicht für die falsche Linie". Dadurch sank die Produktion sehr stark und nur unter Anspannung aller Kräfte konnten die Arbeiter gerade einige Tage vorzeitig den Plan erfüllen.

1975 konnte dank der Leitung der Partei und des Volkes durch Genossen Deng Hsiao-ping, der im Auftrag Mao Tsetungs das ZK leitete, trotz der von der „Viererbande" im Herbst gestarteten Kampagne gegen Deng, der Plan um einen Monat im voraus erfüllt werden.

1976 entfalteten Handlanger der „Viererbande" ihre Sabotagetätigkeit unter der Flagge des „Kampfs gegen die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen." Sie waren zwar nur 20 Leute, hatten aber Unterstützung von oben. Nur dank großer Mühen und Anstrengungen der Arbeiter und der Parteiorganisation konnte der staatliche Plan 5 Tage vor der Frist erfüllt werden.

1977 hat sich die Lage der Produktion sehr verbessert. Der Plan wurde 2 Monate vorfristig erfüllt und zum Zeitpunkt des Besuchs der Delegation, am 5. November, wurde bereits mit der Produktion für das nächste Jahr begonnen.



Ein automatisches Produktionsband in der Fräserei. Auf diesem Gebiet hat die Turbinenfabrik Harbin bereits Weltniveau erreicht. Die Arbeiter bemühen sich ständig, durch technische Neuerungen die Produktivkräfte weiter zu entfalten. An den Schaufeln der Turbinen haben sie Verbesserungen vorgenommen durch Auftragen einer stärkeren Legierung.